

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Pf., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur, Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 2,50 Pf. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pr. Monat. Stengen, in der Post-Setzungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Ausführl. Junf. I. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 20. November 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ueber den Entwurf des neuen preussischen Kommunalabgaben-Gesetzes

hielt neulich Genosse Rechtsanwalt Land s im Elberfelder Sozialdemokratischen Volksverein einen Vortrag, den wir nach dem Bericht unseres dortigen Bruderorgans hier wiedergeben, weil das Thema der Kommunalbesteuerung jedenfalls erste Beachtung seitens der Parteigenossen verdient. Genosse Land s führte aus:

Die sozialdemokratische Partei hat ein wesentliches Interesse, sich lebhaft mit diesem Gesetzentwurf zu beschäftigen. Er wird zwar im Landtage beraten werden, wo die Arbeiterklasse infolge des Wahlsystems nicht zu Worte kommen kann; seinen praktischen Inhalt kann er aber erst durch die Steuerordnungen der einzelnen Kommunen erhalten. Und gerade der Nachweis, wie sehr diese Steuerordnungen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und jedes einzelnen Arbeiters einzuwirken vermögen, wird der beste Sporn für jeden Arbeiter sein, mit allen Kräften für die Eroberung der Kommunalverwaltungen einzutreten.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist von dem Bestreben getragen, den Jammer der bestehenden Klassen über die neue Mehrbelastung durch das Einkommensteuer-Gesetz vom vorigen Jahre und die gleichzeitig vorgeschlagene Vermögenssteuer dadurch zu stillen, daß hier der Weg geöffnet wird, auf welchem die städtischen Lasten größtenteils von den bestehenden Klassen auf die beschloßen übergewälzt werden können.

Der Entwurf bestimmt, daß die Ausgaben bestritten werden sollen, soweit die Ueberweisungen und Einkünfte aus dem städtischen Vermögen nicht zureichen, durch Gebühren und Beiträge, indirekte und direkte Steuern und Naturaldienste. Steuern sollen nur subsidiär erhoben werden und direkte nur, soweit die indirekten nicht zureichen.

Gewerbliche Unternehmungen sollen rein kapitalistisch verwaltet werden; sie sollen mindestens die Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals decken. Schon diese Bestimmung verdient von unserem Standpunkt herben Tadel. Bei städtischen Unternehmungen sollte mehr auf angemessene Entlohnung der Arbeiter, als auf Verzinsung des Anlagekapitals gesehen werden; und Betriebe wie z. B. unser Wasserwerk und die Badeanstalt müßten ihre Leistungen wenigstens den Beschloßen gratis zur Verfügung stellen.

Der Entwurf gestattet weiter für Benutzung von Anlagen, Anstalten und Einrichtungen im öffentlichen Interesse, sogar von Schulen, Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten Gebühren zu erheben, welche in den letzterwähnten Fällen allerdings unter den Selbstkosten bleiben dürfen. Von unserem Standpunkt aus müßte in diesen Fällen aber Unentgeltlichkeit gesetzlich vorgeschrieben werden.

Ebenso zu tadeln ist die Zulassung der Gebühren für Beaufsichtigung von Bauten, Messen, Märkten und Lustbarkeiten, da alle diese Kosten auf die Konsumenten, d. h. die breite Volksmasse, abgewälzt werden.

Dagegen muß man sich mit dem Prinzip des § 7 einverstanden erklären, der die Kosten für Anstalten und Einrichtungen, die z. B. den Grundeigentümern, Gewerbetreibenden besonders von Vorteil sind, auch durch besondere Steuern von diesen einzuziehen gestattet. Ob aber von dieser Bestimmung in unseren großenteils aus Grundeigentümern zusammengesetzten Stadtverwaltungen der nötige Gebrauch gemacht werden wird, erscheint allerdings mehr als zweifelhaft.

Schließlich ist hier die Bestimmung zu erwähnen (§ 8), daß Schlachtungsgebühren insoweit zugelassen werden sollen, daß außer Deckung der Betriebskosten eine achtprozentige Verzinsung des Anlagekapitals herauskommt. Das heißt nichts anderes, als eine indirekte Besteuerung des Fleisches, die nur eine weitere Einschränkung des so schon allzu geringen Fleischkonsums der Arbeiterklasse herbeiführen kann. — Soweit die Einkünfte aus den erwähnten Gebühren und Beiträgen nicht zureichen, werden zunächst indirekte Steuern zugelassen, sofern keine reichsgesetzlichen Bestimmungen im Wege stehen.

Ausgenommen von der indirekten Besteuerung sind allein Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennmaterial. Diese Ausnahmen sind sehr löblich; nur hat sich vorhin (§ 8) gezeigt, daß auf einem Umwege die indirekte Fleischsteuer doch zugelassen ist. Ueberhaupt müßten von der indirekten Steuer im Interesse des Proletariats alle Massenkonsum-Artikel, z. B. Bier, Gemüse etc. ausgeschlossen sein. Praktisch werden indirekte Steuern nur auf solche gelegt und somit allein die Arbeiter belastet, während von unserem Standpunkte aus als einzige zulässige indirekte Steuer die Besteuerung von wirklichen Luxusartikeln zu nennen wäre.

An letzter Stelle treten schließlich die direkten Steuern ein und Realsteuern auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb und Einkommensteuer. Die Realsteuern dürfen ganz neu geregelt werden. Wenn bei dieser Regelung die Interessen der beschloßen Klassen maßgebend wären, müßte sie so erfolgen, daß einmal eine Abwälzung der Steuer auf die breiten Massen ausgeschlossen und zweitens die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses nicht gehemmt, sondern wenigstens angepörrt würde. Dies ist aber nur möglich, wenn von jeder Gebäudesteuer abgesehen und die Grundsteuer nach Maßgabe der Rente, d. h. des Verkaufswertes der Grundstücke bemessen wird. Die Höhe der Rente eines Grundstücks ist zu bestimmter Zeit eine feste, sie wird bestimmt durch die Differenz zwischen der Ertragsfähigkeit des betreffenden Grundstücks und der Ertragsfähigkeit eines gleichen Grundstücks an der Grenze des Anbaus. Eine Steuer auf die Rente kann deshalb nie abgewälzt werden, ist vielmehr von

dem Eigentümer zu tragen. Eine energische Rentensteuer zwingt aber zur festen Ausnutzung des Grundstücks, sie hindert das jetzt übliche spekulative Zurückhalten von un- oder schlechtbebauten Terrains; sie wirkt deshalb auf Erhöhung der Bauhätigkeit und muß eine bessere und billigere Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses zur Folge haben. Jede Gebäudesteuer wird die entgegengesetzte Wirkung üben. Da sie alle Gebäude gleichmäßig trifft, wird sie auf die Mieter abgewälzt werden; da sie das Kapital gegenüber jedem anderen Kapital belastet, wird sie die Bauhätigkeit hemmen. Also nur die Rentensteuer kann von hier aus gebilligt, diese aber muß sogar aufs entschiedenste empfohlen werden. Einer energischen Durchführung einer solchen stehen aber die Bestimmungen des Entwurfes über das Verhältnis der einzelnen Steuerarten zu einander und — das überwiegende Interesse der bestehenden Klassen im Wege.

Was schließlich die noch übrig bleibende direkte Einkommensteuer betrifft, die nie 100 Prozent der Staatssteuer übersteigen soll, so ist zu tadeln, daß die Heranziehung der Einkommen unter 900 Mark zugelassen wird. Wenn die Steuerbeträge auch geringe sind, bis 4 Mark, so entbehren diese Kategorien doch jeden Groschen schwer, auch hat die Praxis bisher stets gezeigt, daß die Einnahmen aus diesen Steuern fast durch die Kosten der Einziehung aufgewogen werden. Wenn aber weiter gestattet ist, die Einkommensteuer durch Aufwandsteuern, Miethsteuer etc. zu ersetzen, so würde das eine wesentliche Benachteiligung der Beschloßen zur Folge haben, die überall einen erheblich größeren Prozentsatz ihres Einkommens für Miete aufgeben müssen als die Beschloßen und deshalb durch eine solche Steuer verhältnismäßig härter betroffen werden, wie durch eine Einkommensteuer.

Schließlich ist gegen die Einführung von Naturaldiensten insoweit energisch Front zu machen, als sie besonders für die etwa freigelassenen Einkommensstufen unter 900 M. zugelassen werden sollen.

Daß endlich bestehende Vorrechte der Beamten und Militärs und sogenannte ererbene Rechte, Grundsteuerfreiheiten aus besonderem Titel, nicht angetastet werden, versteht sich bei diesem Gesetz von selbst.

Alles in Allem: Während wir von einem gerechten Steuersystem verlangen würden, daß es nur den Mehrverth trifft und deshalb neben der progressiven Besteuerung der Einkommen von etwa 1200 M. an nur noch die Grundrente und Luxusartikel besteuert, läßt der Entwurf an allen Ecken und Enden die direkte und noch mehr die indirekte Heranziehung des Arbeitslohes der breiten Arbeitermasse zur Tragung der Kommunallasten zu. Deshalb auf, überall zur Beteiligung an den Kommunalwahlen!

Feuilleton.

Abdruck verboten.

18

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Vorschuß bei der Kasse zu nehmen, war ein sehr einfacher Vorgang, aber er hatte ihn sehr bald abgeknigt. Er hatte sein Gehalt auf vier Monate im voraus erhalten, außerdem noch sechshundert Franken auf seine Zeilenbeiträge, außerdem noch sechshundert Franken, Jacques Rivol, der eine offene Tasche hatte, dreihundert Franken schuldig; außerdem qualte ihn noch ein Haufen kleiner, unmerklicher Schulden von hundert Sous bis zwanzig Franken.

Er fragte Saint-Potin, auf welche Methode er noch hundert Franken aufreiben könnte, aber selbst dieser erfindungsreiche Kopf wußte kein Mittel mehr. Daron ergrimmte über seine Noth, die noch fühlbarer als früher war, weil er mehr Bedürfnisse hatte. Ein dumpfer Born gegen alle Welt stieg in ihm auf, eine wachsende Erbitterung, die in jedem Augenblick, bei jedem Anlaß, aus den wichtigsten Gründen ausbrach.

Zuweilen legte er sich die Frage vor, wie er es bloß angefangen hätte, in jedem Monat tausend Franken durchschneidlich ohne jede besondere Verschwendung, ohne jeden besonderen Einsatz zu verbrauchen. Fühlte er dann acht Franken für ein Diner, fünf Franken für ein Diner, das er in irgend einem Boulevard-Restaurant verzehrt hatte, so war sofort ein Louisdor angegeben; dazu kamen dann noch zehn Franken Silbergeld, die ihm so täglich

unmerklich unter der Hand fortglitten, und 80 Franken waren voll. Dreißig Franken täglich ergab aber eine Monatsausgabe von neunhundert Franken. Die Ausgaben für Kleider, Schuhe, Kragen, Heiden, Wäsche hatte er dabei noch gar nicht einmal mitgezählt.

Am 14. Dezember hatte er keinen Pfennig mehr in der Tasche und konnte auch kein Mittel entdecken, sich irgendwoher Geld zu verschaffen.

Er machte es so, wie er es früher oft gemacht hatte; er aß nicht zu Mittag und sah dann am Nachmittag in voller Wuth in der Redaktion, um die Zeit mit Arbeit tot zu schlagen.

Um vier Uhr erhielt er ein Telegramm von seiner Geliebten; es lautete: „Wollen wir zusammen dinnern und dann einen Ausflug machen?“

„Kann heute nicht dinnern,“ erwiderte er sofort. Dann aber überlegte er und sagte noch hinzu: „Aber um neun Uhr erwarte ich Dich in unserer Wohnung.“

Er schickte einen Redaktionsdiener mit dem Billet fort, um das Telegramm zu sparen, und sann dann nach, wie er sich heute Abendbrot verschaffen könne.

Um sieben Uhr war er noch immer rathlos und fühlte dabei eine schwere Leere im Magen. Da entschloß er sich, zu einer verzweifelten Krieglitzflucht zu nehmen. Er ließ alle seine Kollegen nach einander fortgehen, und als er allein war, klingelte er heftig. Der Diener des Direktors, der dablitzte, um die Bureauräume zu hüten, stellte sich ein. „Hören Sie Foucart,“ sagte Daron mit eifriger Stimme und kramte dabei neßlos in den Taschen, „ich habe mein Portemonnaie zu Haus gelassen und muß zu einem Diner im Luxembourg-Restaurant. Beihen Sie mir doch fünfzig Sous, damit ich die Droschke bezahlen kann.“

Der Mann zog drei Franken aus seiner Westentasche und fragte: „Brauchen Sie nicht mehr, Herr Daron?“

„Nein, das genügt. Danke sehr.“

Sobald er die Silberstücke in der Hand hatte, lief er rasch die Treppe hinunter und speiste in einer Kneipe, wo er in Tagen der Noth zu verweilen pflegte.

Um neun Uhr sah er vor dem Kamin, wärmte sich die Füße und wartete auf seine Geliebte.

Sie kam, die kalte Straßenluft hatte sie erregt und in eine lebhaftere, heitere Stimmung versetzt.

„Wenn es Dir recht ist,“ sagte sie, „machen wir jetzt gleich einen Ausflug. Das Wetter lockt ins Freie.“

„Warum erst fortgehen,“ brummte er verdrießlich, „hier sind wir ja auch gut aufgehoben.“

„Du kannst Dir garnicht vorstellen, was für prachtvoller Mondschein draußen ist,“ fuhr sie fort, ohne ihren Hut abzulegen.

„Schon möglich, aber ich mag heute nicht spazieren gehen.“

Er sagte das mit wüthendem Gesicht. Sie war davon betroffen und fragte beleidigt: „Was hast Du denn? Warum nimmst Du denn solches Benehmen an? Ich äußere den Wunsch einen Spaziergang zu machen, und Du weißt ich wahrhaftig nicht, weshalb Du darüber böse wirst.“

„Ich bin nicht böse,“ erwiderte er aufgebracht und erhob sich. „Es ist mir bloß langweilig spazieren zu geben.“

Sie gehörte zu den Frauen, die Widerstand ärgert und Unhöflichkeit außer sich bringt.

Mit kaltem Born erwiderte sie verächtlich: „So redet man nicht mit mir, das bin ich nicht gewöhnt. Ich geh' allein. Adieu!“

Er merkte, daß es ihr ernst damit war, eilte rasch auf sie zu, erfaßte ihre Hände, küßte sie und stammelte: „Verzeih, mein Herz, verzeih. Ich bin heut Abend so reizbar, so nervös. Ich hatte Verdrießlichkeiten, Ärger in der Redaktion, verzeihst Du.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. November.

Aus Paris bringt das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ folgende Meldung:

In einer Versammlung der zur Zeit hier anwesenden sozialistischen Führer wurde auf Antrag der Marxisten beschlossen, die Berichte von dem Berliner Sozialistenkongress abzuwarten, bevor man weitere Entschlüsse fassen sollte. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrer Unzufriedenheit mit den letzten Resolutionen Ausdruck, man habe darin die sozialistischen Prinzipien aufgegeben.

Aus diesem Bericht des offiziellen Bureau's ist nur ersichtlich, daß unsere Pariser Genossen, wie nicht anders zu erwarten, so einsichtsvoll waren, keinen Beschluß zu fassen über Dinge, von denen sie nur aus gegnerischen Entstellungen Kenntnis hatten. Was den letzten Satz der Depesche anbetrifft, so wird er schon durch den ersten widerlegt.

Der Bundesrath genehmigte in der gestern unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Staatsministers Dr. Freiherrn v. Riedel abgehaltenen Plenarsitzung die Entwürfe zum Reichshaushalts-Etat für 1893/94 über den allgemeinen Pensionsfonds, für die Verwaltung des Reichsbeeres, der Marine-Verwaltung und der Reichsschuld und erteilte den Befehlswürfen, betreffend die Gewährung von Zollbegünstigungen an nicht meistbegünstigte Staaten, wegen Abänderung des Gesetzes vom 28. Mai 1873 über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1893/94, wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsbeeres, der Marine etc., sowie betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete Kamerun, Togo und das südafrikanische Schutzgebiet für 1893/94, ferner dem Entwurf von Vorschriften über die steuerfreie Verwendung von unedelmännlichem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken die Zustimmung. Mit dem Antrage des Reichskanzlers wegen Wiederbeschaffung der erledigten Stelle eines ständigen Mitgliedes des Reichs-Versicherungsamts erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Heute traten die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Handel und Verkehr und für Justizwesen zu einer Sitzung zusammen.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die Generaldebatte über die Steuervorlagen fort. Der konservative Abg. v. Jagow sprach gegen, der konservative Abg. v. Jago für die Vorlagen. In längerer Rede bekämpfte der Abg. Eugen Richter dieselben. Nach ihm nahmen der Ministerpräsident Graf Culemburg und der Finanzminister Wiquel das Wort zur Verteidigung der Vorlagen. Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Das Geständnis Bismarck's, daß er die Emser Depesche gefälscht habe, um aus der „Chamade“ eine „Panfare“ zu machen, d. h. das unvorbereitete Frankreich zu einer Kriegserklärung an das vorbereitete Deutschland zu zwingen, hat auf alle Kreise der Bevölkerung, einzig die sozialdemokratischen ausgenommen, geradezu verblüffend gewirkt. Daß die „glorreichste Periode der deutschen Geschichte“ von dem Hauptakteur als das Ergebnis eines unerhörten Substanzstückes hingestellt wird, das ist freilich auch danach angethan, jeden, der noch das kleinste Restchen von Achtung vor der offiziellen Geschichtsmachelei und Geschichtsschreibung in sich hatte, wie ein Keulenschlag zu treffen. Am gründlichsten gerichmetert sind die National-liberalen, die den Urheber des Substanzstückes zum National-heiligen und das Substanzstück selbst zum höchsten Heiligen der Nation zu erheben suchten, und der Fälschung den Charakter einer vielleicht nicht gerade hochmoralischen, aber jedenfalls hochstaatsmännlichen Handlung zu verleihen. Mit Ach und Krach hatten es einige Wortklaubler schon fertig gebracht, die „Chamade“ und „Panfare“ in ganz harmlose Begriffe umzuwandeln — da verdarb ihnen Bismarck selber das Konzept, indem er in seinem Hamburger Blatt das Geständnis ausführlicher wiederholte. — Nun bleibt nichts anderes übrig, als dem bluttriefenden Verbrechen den allhernden, strahlenden, blendenden Mantel patriotischer Glorie umzuwerfen, der schon so viele Verbrechen, so viele Sämann, so vielen Schmutz hat zudecken müssen. Da dieser Mantel aber sehr viele Löcher hat, so

Ein wenig sanfter, aber noch nicht befriedigt erwiderte sie: „Das geht mich nichts an. Ich will aber nicht der Ständeböde Deiner schlechten Laune sein.“
„So hör' doch, mein Schatz,“ sagte er und zog sie an den Händen nach dem Sofa hin, „ich wollte Dich ja nicht beleidigen, ich überlegte meine Worte gar nicht.“
Er hatte sie zum Sitzen gezwungen und kniete vor ihr nieder: „Hast Du mir auch verziehen? Sag, daß Du nicht mehr böse auf mich bist.“
Sie murmelte mit kalter Stimme: „Mag jed' denn gut sein, aber mach' so etwas nicht noch einmal.“ Dann erhob sie sich und fügte hinzu: „So, jetzt wollen wir ausgehen.“
Er lag noch immer auf den Knien vor ihr und flehte: „Bitte, bitte, bleiben wir doch hier. Thu' mir doch den Gefallen, sag ja, ich bitte Dich, sag ja.“
„Nein,“ erwiderte sie hart und bestimmt. „Ich will spazieren gehen. Deinen Launen geb' ich nicht nach.“
Er flehte noch dringender: „Bitte, bitte, ich habe ja einen Grund, einen sehr ernsthaften Grund.“
„Nein,“ sagte sie von neuem. „Wenn Du nicht mit mir ausgehen willst, geh' ich allein. Adieu!“
Sie hatte ihn mit einem Stoß von sich abgeschüttelt und ging auf die Thür zu. Er eilte ihr nach und schloß sie in seine Arme:
„So hör' doch, liebste, beste Glo, so hör' doch, thu' mir doch den Gefallen.“ Sie schüttelte starr aller Antwort nur den Kopf und suchte sich aus seinen Armen los zu machen.
„Liebste, läse Glo, ich hab' ja einen Grund,“ stammelte er.
Sie blieb stehen und sah ihm gerade ins Gesicht: „Du lägst ja... Welchen denn?“
Er wurde roth und wußte nicht, was er sagen sollte.

daß die abstoßende Wahrheit hindurchblickt, so braucht man Autoritäten, welche den Patriotismus, den Ruhm und die Größe des Säkularmenschen bezeugen. Und da, nachdem er, der gewaltige, ein Vierteljahrhundert lang angebetete Blut- und Eisengötze, sich selbst geschändet hat vor allem Volk, die lebenden Autoritäten keine Autorität mehr haben, so müssen die Todten herhalten. — und so ist man denn in der Noth auf einen einst vielgenannten Todten verfallen, der freilich zur Zeit, da er für den Fälscher der Emser Depesche Feigenhühn ablegte, bereits seit 10 Jahren und mehr ein todtler Mann war — nämlich auf Arnold Ruge, weiland — vor 1848 — Redakteur der Halle'schen Jahrbücher und später, mit Marx, Herausgeber der Pariser Jahrbücher — seit dem 1849er Revolutions-Kladderadatsch, erst platonischer Revolutionsmüher in London, dann misvergnügter Revolutionsweiser, und schließlich deutschthümelnder Patriot — das berühmte Urbild des Atta Troll von Heinrich Heine, dem er die Unsterblichkeit verdankt.

Und Atta Troll — wir wollten sagen: Arnold Ruge — der Entloftungsjunge für Bismarck, hat das Feigenhühn, auf welches die Vertheidiger Bismarck's sich jetzt berufen, ausgestellt am — 12. Juli 1870, einen Tag vor dem Datum der Emser Depesche.

Also daß kein Verbrechen vorliegt, soll bewiesen werden durch ein Feigenhühn, das am Tage vor Verübung des Verbrechens abgegeben worden ist!

Das Geständnis des Fürsten Bismarck, daß er die Weltgeschichte durch ein Verbrechen verdirbt hat, und daß er durch eine Fälschung Säkularmenschen geworden ist, scheint seinen Bewunderern den letzten Rest ihres Verstandes genommen zu haben.

Die Vermögenssteuer erfüllt die Bourgeois mit Schrecken. Die Angst, die sie haben, daß der Staat einen Einblick in ihren Geldschatz thun, könnte nicht größer sein, wenn sie eine Einbrecherbande mit Stenometern und Dietrich an ihrem Goldschatzschloß bekämen. Die „Kölnische Zeitung“, die eifrigste Parteigängerin Baare's, die es ganz gerechtfertigt fand, daß er die Wohlthäter der Arbeiter der Steuerbehörde überlieferte, damit nur kein Pfennig der Steuer entzogen werde, während er selbst und seine Genossen dem Staat und der Gemeinde Tausende hluterzogen, steht natürlich in ihrer Entrüstung in vorderster Reihe. Sie schreibt:

„Das Einschlagungs-Geschäft, wie es uns die neue Einkommensteuer mitgebracht hat, wäre das reine Kinderpiel gegen die unerträglichen Belastungen, die wir der Vermögenssteuer zu verdanken hätten. Jeder Kaufmann, jeder Gewerbetreibende, jeder Handwirth müßte es sich gefallen lassen, daß die Einschlagungskommission mit feinstochter Gewissenhaftigkeit sein Geschäft bis auf den letzten durchhöbert und die intimsten Geschäftsgeheimnisse, die er vielleicht selbst vor Freunden sorgsam hütet, zum Gegenstand kritischer Erörterungen macht. Ja, nicht bloß Geschäftsleute, sondern jeder Privatmann, dem das Schicksal mindestens 6000 M. in den Schooß geworfen hat, müßte sich dieselben Unannehmlichkeiten gefallen lassen, so daß ihm am Ende sein Wischen ganz und gar verleidet würde. Wir sind überzeugt, daß manche Hölle vorlämen, wo die Pflüchtigen lieber etwas mehr Steuern zahlen wollten, wenn sie sich dadurch der Einschlagungsqual entziehen könnten. Also nicht die Steuer an sich ist das Dreckende und Bößige, sondern ihre Veranlagung, die etwas an die Segnungen des Polizeistaates gemacht, die überdies auch die Gefahr wirtschaftlicher Schädigung mit sich brachte, da vor der Geschwägigkeit und unbedachter Indiskretionen doch niemand ganz sicher ist, — mögen noch so gute Bürgerschaften dagegen angeboten werden. Und alle diese lästigen Unannehmlichkeiten würden sich von Jahr zu Jahr mit schauernder Regelmäßigkeit wiederholen! Kein Wunder also, daß große und kleine Kapitalisten, große und kleine Kaufleute, große und kleine Fabrikanten, große und kleine Landwirthe sich gegen die Zumuthung sträuben, die ihnen der Finanzminister mit den Schereisen der Vermögenssteuer auferlegen will.“

Wie die Kölnische Meze doch die Segnungen des „Polizeistaates“ verabscheut, wenn sie dem Geldbeutel des Bourgeois zu theil werden, während sie doch dem arbeitenden Volke nicht genug von diesen Segnungen zuzuwenden kann!

Hamburgische Verfassungsreform. Der Hamburger Senat plant wirklich eine Reform. Wie wir aus dem „Hamburger Korrespondent“ erfahren, schwebt dem Senat als Ideal einer Staatsverfassung eine Uebersetzung der medienburgischen ins hamburgische vor. Die Bürgerschaft soll bestehen aus 60 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten, 25 vom börsenfähigen Handelsstand gewählten Kaufleuten, 25 von den Gewerbetreibenden im Anschluß an die Berufsgenossenschaften, 25 von den Notabeln, den Rit-

Sieht Du wohl, wie Du lägst, Du schlechter Mensch,“ sagte sie empört. Und mit einer mühevollen Bewegung riß sie sich weinend von ihm los.

Er hielt sie noch einmal an den Schultern zurück und bereit alles zu gestehen, um einen Versuch mit ihr zu verhindern, sagte er mit trostloser, verzweifelter Stimme: „Ich habe keinen Pfennig Geld in der Tasche. Nun wußt Du den Grund.“

Sie blieb auf der Stelle stehen und sah ihm scharf in die Augen, um dort die Wahrheit zu lesen. „Was sagst Du?“

Er war bis über die Ohren roth geworden. „Ja, ich habe keinen Pfennig in der Tasche. Keinen Pfennig, begreiffst Du? Nicht zwanzig Sous, nicht zehn Sous, nicht soviel, um einen Litrer zu bezahlen, wenn wir in ein Café eintreten. Du zwingst mich Dir diese Schande zu gestehen. Ich konnte heut' wahrhaftig nicht mit Dir ausgehen, ich hätte es nicht über's Herz gebracht Dir, wenn wir vor unsern Getränken gesessen hätten, in aller Ruhe zu erzählen, daß ich sie nicht bezahlen kann...“

Sie sah ihm noch immer gerade ins Gesicht: „Ist das auch wirklich wahr?“

In einem Augenblick hatte er all seine Taschen umgekehrt, Hosentaschen, Westen- und Rocktaschen und flüsterte: „Nun... bist Du nun... zufrieden?“

Blicklich breitete sie leidenschaftlich ihre Arme aus, fiel ihm um den Hals und stammelte: „O, Du armes Herz, Du... Du armes Herz... Das hätte ich ahnen sollen... Wie ist es denn nur gekommen?“

Er erford eine währende Geschichte. Er hätte seinen Vater, der sich in Verlegenheit befand, unterstützen müssen. Er hätte ihm nicht nur all seine Ersparnisse gegeben, sondern auch noch große Schulden seinetwegen gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

gliedern der Anwalts- und Kerkzammer, den studierten Lehrern der Staatsschulen, höheren Beamten etc. und 25 von den Grundeigentümern gewählten Abgeordneten. So hofft man in Hamburg eine „Reform“ zu schaffen, die das Dikt in den Händen des Geldproleten läßt.

Verhaftungen von „Anarchisten“ wurden in den letzten Tagen aus vielen Städten, u. a. auch aus Hamburg und Altona gemeldet. In den Verhaftungen an den genannten Orten bemerkt unser Bruderorgan, daß „Hamburger Echo“:

„Soweit unsere Informationen reichen, befindet sich unter den Gefangenen nicht ein einziger Anarchist. Alle sind sie das Opfer eines nichtswürdigen Substanzstückes geworden, das irgend ein Gallunke von der Gesellschaft der Londoner „Autonomie“ ausgehört hat. Schon vor geraumer Zeit wurde uns von verschiedenen Personen (nicht den jetzt Verhafteten) mitgetheilt, daß sie unverlangt und gegen ihren Willen aus London etc. anarchistische Schriften, die „Autonomie“, Flugblätter etc. zugesandt erhielten. Wir gaben den betreffenden Personen stets den Rath, ungeküsst die Zusendungen zu vernichten und unter keinen Umständen ein Blatt weiter zu geben, da alles Spiegelmache sei und sie sich die größten Unannehmlichkeiten zuziehen könnten. Unser Rath fand glücklicherweise Beachtung und die Spittel erreichten diesmal ihren Zweck nicht. Nachher aber fanden sie einen anderen Weg, ihr Sündenbündel zu verdienen. Ueberall, und auch in Hamburg-Altona, giebt es einzelne Personen — glücklicherweise nur wenige — welche infolge ihres Temperaments, mitunter auch aus anderen, persönlichen Reibereien etc. entflammenden Gründen, die große sozialdemokratische Partei verlassen, weil sie ihrer Meinung nach nicht „entschieden genug“ vorgeht. Das sind — hier wenigstens — die Elemente, aus welchen sich hauptsächlich die sogenannten „Unabhängigen“ rekrutiren. Dazu kommen noch harmlose junge Leute, welche, ohne daß sie die sozialdemokratische Partei verlassen, sich doch gerne an den Kraftproben des „Sozialist“ betheiligen. Nun aber ist es ein sehr merkwürdiger Zufall, daß überall da, wo zwei oder drei Unabhängige auftauchen, die „Autonomie“ und Blätter ähnlichen Schlages in den Besitz der Anarchisten kommen. Bald erhalten die Leute, die alles andere nur seine Anarchisten sind, Zusendungen von Schriften blutdürstigen Inhalts aus London und — anderen Orten. Zwei, drei Mal geht alles gut; plötzlich aber, wenn so eine unverlangte Sendung eben eingetroffen ist, erscheint auch die Polizei, findet natürlich das „gefährliche“ Material, der Adressat wird verhaftet und sich hinter Eisengittern, mit der trostreichen Aussicht auf einen Hochverrathesprozeß und seine schlimmen Folgen. Und dabei sind die Leute vollkommen schuldlos; ihr einziges Vergehen ist durchweg die Unbesonnenheit, anarchistische Schriften aufzubewahren, anstatt sie zu beseitigen. Darf man aber einen Menschen bestrafen (und gegen sogenannte Anarchisten ist schon mehrmals auf Zuschuß erkannt worden), weil er eine Unbesonnenheit, die niemand den geringsten Schaden bringt, begangen hat? Darf man ihn ins Zuchthaus schicken, weil ihm die Klarheit des Geistes fehlt, weil er vielleicht Geschmack an hochtönenden Phrasen findet? Nein! Wir protestiren dagegen, daß man einige harmlose Leute, die niemand etwas zu Leide gethan haben, ins Gefängnis stellt. Wir erklären offen, daß wir die ganze Angelegenheit für die Sache einiger in London und Berlin befindlichen Spittel halten, die, um nicht überflüssig zu erscheinen, einen „Anarchistenprozeß“ hervorgerufen wollen. „Geheim Verbindeungen“ von Sozialdemokraten aufzuklären (richtiger zu erfinden), geht nach dem Fall des Sozialisten eigenes nicht mehr an; also her mit den „Anarchisten“! — Ein eigenthümliches Licht aber wirft es auf das Treiben der „Unabhängigen“, daß sie es sind, welche die zukünftigen Opfer der Spittel werth unter ihre Fahne sammeln und daß dann einige Stroiche in die Lags kommen, den Anarchisten Parolen zu stellen und sie ins Unglück zu führen. Wie gesagt, wir sind von der Unschuld sämtlicher hier Verhafteten ganz und gar überzeugt; wir möchten behaupten, daß keiner von ihnen eine Abnung hatte davon, daß er „Anarchist“ sein soll, fern, daß sie an alles andere eher gedacht haben, als sich zum Verbreiter anarchistischer Ideen zu machen oder gar die „Propaganda der That“ zu fördern. Alle sind sie die Opfer eines von langer Hand her vorbereiteten Schurkenstückes geworden. Wir hoffen und erwarten, daß die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt werden. So unangenehm uns die „Unabhängigen“ sind, so verwerflich und niederträchtig ihre Kampfweise gegen die sozialdemokratische Partei ist — wir müssen im Interesse der Gerechtigkeit unsere Stimme erheben auch für diejenigen, welche uns angefeindet haben. Die Leute sind unsere besten Ueberzeugungen noch keines Vergehens schuldig, am allerwenigsten aber eines Vergehens, wie es in den Anarchistenprozeßen gewöhnlich Gegenstand der Verhandlungen ist. Die Gerechtigkeit gebietet aber, unschuldig Verhaftete wieder in Freiheit zu setzen.“

Der Vorstand des deutschen Kriegerbundes erhebt Namens einer halben Million alter Soldaten einen Protest gegen die Verunglimpfungen der Landwehr seitens des „Militär-Wochenblattes“, noch mehr aber protestirt derselbe gegen die „demokratischen“ (was gleichbedeutend mit „feindlich“ gebraucht wird) Exercieren, welche aus den Artikeln des „Militär-Wochenblattes“ Kapital gegen Kaiser und Reich“ zu schlagen suchen. Aus dem ganzen Wortlaut dieses Protestes sieht man, daß er sich vornehmlich gegen Herrn Richter und Genossen wendet. Der Vorstand des Kriegerbundes besteht eben nur aus Landwehr-Offizieren, die an „Schneidigkeit“ den Linien-Offizieren nicht nachstehen wollen und bei denen, welche bürgerliche Stellung sie auch einnehmen mögen, jeder Hauch „freimüthiger“ Gesinnung so verpönt ist, daß es schon einen besonderen Rath verräth, wenn ein Reserve- oder Landwehr-Offizier sie im stillen Kämmerchen verräth.

Aus Frankreich. In der französischen Deputirtenkammer ist die Generaldiskussion über den Preshgeß-Entwurf beendet. Die Radikalen bekämpfen ihn prinzipiell, die Rechte will ihn zum Sturz des Ministeriums verurtheilen. Die Vertheidigung der Generaldiskussion wird als ein Sieg der Regierung, welche sie bestrafte, gepriesen. Der Antrag hierauf und der Uebergang zur Beratung der einzelnen Artikel des Gesetzeswurfs wurde mit 329 gegen 228 Stimmen angenommen. Die Majorität bestand aus den Opportunisten, einem Theil der radikalen Linken und einem Theil der konstitutionellen Rechten.

Floquet wird von sämtlichen Blättern einstimmig aufgeführt, sich sofort gegen die Anklage zu vertheidigen, daß er im Dezember 1888 der Panama-Gesellschaft zwangsweise 300.000 Franks zur Wahlagitation gegen Boulanger abgenommen habe. — Die Vorladungen gegen die Verwaltung der Panama-Gesellschaft ergehen erst in der nächsten Woche. Nach der ersten Gerichtsitzung werden die Verhandlungen um 2 Monate vertagt.

Die Polizei verhaftete einen deutschen angeblichen Anarchisten, Namens Juchel, der jedoch jede Anknüpfung über seine Heimath verweigert. Derselbe ist kurz vor dem Attentat in der rue des bons enfans in Paris eingetroffen und gilt als Mitthäter.

In London kam es gestern, nachdem ein Meeting im Tower infolge „aufsehensreicher“ Reden aufgelöst war, zu einem Handgemenge zwischen Arbeitlosen und der Polizei. Als die Polizei den die City durchziehenden Manifestanten zu auflösen versuchte, wurden mehrere verwundet.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärverträge und den Militarismus erklärten sich weitere Versammlungen in Aken (Ref. Martens, Stöckert, Rieders und Oberlangensbielau (Ref. Kühn). In 11. badischen Wahlkreis finden heute vier Protestversammlungen statt; in der Rheinpfalz wurden gestern bzw. werden heute insgesamt acht Protestversammlungen abgehalten.

Von der Agitation. Aus Martens wird der Rhein. Westf. Arb.-Ztg. geschrieben: „Während 30 Vorlegethnen aus dem westlichen Bezirk des Landkreises Dortmund unternehmen am Sonntag Morgen in aller Frühe einen Ausflug, um die Arbeiterzeitung zu verbreiten. Als Sammelplatz war Jede „Schwerin“ bei Castrop, die Domäne der Zentrumspartei bestimmt. Von hier aus ging ein jeder, mehrere Hundert Zeitungen unter dem Arm, von Haus zu Haus, zuerst den oberen Stadt, sodann den unteren mit dem sozialistischen „Sitz“ belegend. Von „Schwerin“ aus ging's dann nach Hege, „Sittler“, um von hier aus über Haxel, Dingen, Oelrich, Bodelschwingh, Westerbode, Frohnde, Herfunde den Waldweg anzutreten. Anfangs glaubten die Genossen auf Widerstand zu stoßen, wurden aber bald eines Besseren belehrt. Abgesehen von der durchweg freundlichen Aufnahme, die sie fanden, konnten sie die Wahrnehmung machen, daß es in den Köpfen der dortigen Arbeiter auch zu dämmern beginnt. Das beweisen nicht nur die Versicherungen über die gegenwärtigen Verhältnisse, sondern auch die zahlreichen Abonnements auf die „Arbeiterzeitung“.“

Zum Anfall der Stadtverordneten-Wahlen in Breslau bemerkt die dortige „Volkswacht“: „Es hat sich gezeigt, daß der aller, allergrößte Teil der Arbeiter Breslaus nicht im Stande ist, eine jährliche Steuer von 12,60 M. aufzubringen. Gemäß der beste Beweis dafür, wie niedrig die Lohnsätze, wie schlecht der Verdienst in der Königl. Haupt- und Residenzstadt Schleiens sein muß. Bezeichnend genug allerdings ist es, wenn man, obwohl man weiß, daß die Verdienste gering sind, die Steuerföge nach so hoch läßt, bezeichnend genug für die freizügige Stadtverwaltung. Den letzten Stuhl, den letzten Schrank möchte oft der Steuerkollektor aus der Stube des Arbeiters holen, der sich nur für die Steuern schänden und plagen muß. Trotzdem aber hat er nicht die Berechtigung, jemand zu wählen, der seine Interessen besser wahren würde, als die Herren vom Prellkur, die auch — Arbeiterfreunde.“

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Chemnitz wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten in der Klasse der Anfalligen 1960—2000 Stimmen und in der Klasse der Unanfalligen 1958—2000 Stimmen abgegeben. Bei der vorigen Wahl erhielt unsere Partei kaum 1800 Stimmen. Demnach ist das Resultat der Wahl für uns ein gutes, wenn uns der Sieg auch noch nicht zuzufallen. Die Kandidaten der zu einem Kartell vereinigten Gegner wurden in der Klasse der Anfalligen mit 2529—4060 Stimmen und in der Klasse der Unanfalligen mit 2026—4974 Stimmen gewählt.

In Stettin wurden bei den Stadtverordneten-Wahlen im ersten Bezirk (Kasabie) von unseren Kandidaten der Rentier J. Petermann mit 811 (bei 898 insgesamt abgegebenen) Stimmen gewählt, während Buchdruckereibesitzer Fritz Herbert 108 Stimmen erhielt und mit dem gegnerischen Kandidaten, Restaurateur Krause, für welchen 194 Stimmen abgegeben wurden, sich einer Stichwahl zu unterziehen hat. In den übrigen Bezirken unterlagen unsere Kandidaten. Die Sozialdemokratie beteiligte sich in Stettin zum ersten Male an den Gemeindevahlen, das Ergebnis derselben ist demnach befriedigend.

In Graßau bei Stettin wurden drei Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Läden Scheid erhielten die drei Kandidaten der Sozialdemokratie 150—160 Stimmen, die 7 Gegner 72—233 Stimmen. Zwei unserer Genossen kommen mit den gegnerischen Kandidaten in Stichwahl. Auch hier beteiligte sich unsere Partei zum ersten Male an der Gemeindevwahl.

In Oera haben bei der Gemeinderaths-Wahl die vereinigten Gegner gefehlt; dagegen ist, wie die „Reinische Tribüne“ mitteilt, die Zahl ihrer Stimmen gegen das Vorjahr zurückgegangen, während unsere Stimmenzahl bedeutend stieg.

In Luckenwalde erhielt der sozialdemokratische Kandidat die meisten Stimmen, jedoch nicht die absolute Mehrheit, weshalb er sich einer Stichwahl zu unterziehen hat.

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Dessau bekamen wir im Maximum 235 Stimmen, während die höchste Stimmenzahl der Gegner 1775 betrug. Das „Volkblatt für Anhalt“ meint hierzu: „Bei der erstmaligen Beteiligung an den hiesigen städtischen Wahlen und unter Berücksichtigung des hier bestehenden Wahlsens von 1000 Mark konnten wir eigentlich keine größeren Hoffnungen hegen, wenn wir sehen, daß nur 3548 wahlberechtigter Bürger vorhanden sind neben über 4000 städtischen Steuerzahlern, die von der Beteiligung an den städtischen Wahlen überhaupt ausgeschlossen sind, da sie nicht genügend Steuern zahlen, ohne denselben zu geben, die überhaupt keine Steuern zahlen, da sie ein geringeres Einkommen als 600 M. jährlich haben, und deren Zahl hier auch wohl gering ist.“

Bei der Gewerbegerichtswahl in Weibert liegt in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratische Liste. In der Unternehmerklasse wurde ebenfalls ein Kandidat unserer Partei gewählt.

Aus Frankenhäusen meldet das „Saalfelder Volksblatt“ daß bei der Kandidaturwahl am 11. Kreise der sozialdemokratische Kandidat 208 Stimmen erhielt, während der Gegner mit 398 Stimmen den Sieg davontrug. Bei der letzten Wahl im Jahre 1890 bekamen wir nur 62 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat also auch in diesem Kreise gewaltige Fortschritte gemacht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Schneiderher Strafkammer verwarf die Berufung des Genossen Lux, welcher wegen Befeldigung einer Schererin vom Reichsgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Genosse Adolf Ziele in Burzen sollte durch eine von ihm in der „Burgener Zeitung“ veröffentlichte Notiz das dortige Garnison-Kommando beleidigt haben und laut Urteil des Reichsgerichts hierfür 30 M. Strafe zahlen. Das Beispiel fand das Reichsgericht, bei welchem er Berufung einlegte, sprach ihn frei.

Wegen Befeldigung eines Maurermeisters wurde Genosse Karl Ziele, Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, vom dortigen Reichsgericht zu 80 M. Geld- und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

In Braunschweig wurde eine Vereinsversammlung der Zimmerer polizeilich aufgelöst, weil ein Maurer referierte. Er sprach über das Baugewerbe, zu welchem die Zimmerer bekanntlich auch gehören. Seine politische Mahregel charakterisiert drastischer, als die schärfste Kritik es könnte, die Marxisten, nach welchen in Braunschweig die Arbeiter von der Verbände behandelt werden.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Vergolter und Vergolterinnen!

Bei den Delegiertenwahlen, welche unsere Ortskrankenkasse in der am Montag, den 21. November, Abends 8 Uhr, Arminhollen, Kommandantenstraße, stattfindenden Versammlung vorzunehmen hat, werden, wie wir bestimmt erfahren haben, einige reaktionäre Elemente versuchen, durch Ueberrumpelung das Best in die Hände zu bekommen. Es ist daher Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, welchem an der weiteren gedeihlichen Entwicklung unserer Kasse gelegen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen, damit das Vorhaben der Gegner, uns zu bevorzugen, energig zurückgewiesen werden kann. Seid daher sämtlich am Platz, Kollegen, dann wird der Sieg unser sein!

Mit kollegialem Gruß

Gruf Diste.

Die Gewerbegerichts-Beisitzer-Kandidaten der Bretterträger, der Kistenmacher, der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter werden hierdurch ausgeschrieben, am Montag, den 21. November, Abends 8 Uhr, bei Geylhoff, Mariannenstraße 4, zu erscheinen.

Mit kollegialem Gruß

E. Stein, Friedensstraße 80.

An die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Möbelpolier Berlin. Kollegen! Heute, Sonntag, Nachmittags 2 Uhr, findet die Generalversammlung obiger Kasse im Lokale Androasstr. 20 statt, in welcher u. A. das neue Statut zur Vorlage und Beratung gelangt. Hier ist es nun Pflicht aller Mitglieder, die Delegierten zum Besuch der Generalversammlung zu veranlassen, da sich bei der Neuberathung des Statuts noch Vortheile für die Mitglieder erzielen lassen. Es läßt sich z. B. ermöglichen der Wegfall der 8 Kassenzettel, die Zahlung der Krankenunterstützung auch für Sonn- und Festtage, sowie die Zahlung der vollen Unterstützung für länger als 13 Wochen u. s. m. l. Kollegen! Wir haben gesehen, daß, als es galt, die freie Arztwahl auch für unsere Kasse einzuführen, Delegierte und Mitglieder sehr säumig waren; ist dieses bei der heutigen Versammlung wieder der Fall, dann haben wir uns nicht zu beklagen, wenn für uns Nachtheiliges ins neue Statut Aufnahme findet. Jetzt ist es noch an der Zeit, Vortheile für die Mitglieder zu erreichen, für später fürchten wir, daß die Wehrde für uns günstige Statutenänderungen so leicht nicht genehmigen wird. Mögen daher die Mitglieder nicht veräumen, die Delegierten an ihre Pflicht zu mahnen. Statutenentwürfe sind beim Vorstehenden Reuter, Friedensstr. 89 (alte Nummer) und beim Kantapeten Leberhofs, Oranienstr. 109, zu haben. Nach Schluß der Krankenkassen-Versammlung findet Abends 7/7 Uhr eine Versammlung der Möbelpolier mit Damen statt, in welcher Kollege Paul Prundt (Delegierter zum Parteitag aus Cöckmannsdorf) über Gewerbesverhältnisse in Sachsen sprach in unserer Sprache und Kollege Reuter über Aberglauben sprechen wird. Nachher folgt Besprechung mit Lang. Alle Kollegen nochmals zu recht zahlreichem Erscheinen ersuchend, zeichnet mit kollegialem Gruß Robert W. s. e. r., NO., Fliederstr. 6.

Sämtliche Barbiergehäfte Garburgs werden auf Anregung der Gehilfen vom 4. Dezember ab Sonntags Nachmittags 4 Uhr geschlossen. Die Friseurpale haben sich untereinander verpflichtet, bei Nichtinnehaltung der Vereinbarung 10 M. an die Armenkassen zu zahlen. Als Ersatz soll von dem bezeichneten Tage ab an Sonnabenden, Abends von 8 Uhr, bis Sonntags Nachmittags 4 Uhr das Haarschneiden für die Person von 25 Pf. auf 40 Pf. erhöht werden. Man denkt hierdurch das Publikum daran zu gewöhnen, daß es das Haarschneiden an den Wochentagen vornehmen läßt.

Die Ober-Postdirektion zu Magdeburg veröffentlicht in der Magdeburger „Volkstimme“ eine Verichtigung, die wir nachfolgend zum Abdruck bringen, da die betreffende Notiz dieses Blattes unter Angabe der Quelle im „Vorwärts“ reproduziert wurde:

In Nr. 206 der „Volkstimme“ vom 12. d. M. ist unter der Ueberschrift „Die Militärinvaliden behandelt werden“ ein Paß zur Sprache gebracht, monach ein Invalide M. aus R. . . . l bei der Postanstalt in R. . . . l als Laufbriefführer gegen den Bezug von 1 Mark täglich angestellt gewesen und nach einer Postdienstzeit von 11 Jahren und 29 Tagen mit einer Pension von monatlich 30 Pf. in den Ruhestand versetzt sein soll.

Zur Klärung dieser Angaben, welche sich nur auf den im 45. Lebensjahre stehenden Militärinvaliden, Landbriefträger a. D. Rahrstedt in Wahlwinkel beziehen können, bemerke ich ergebnis folgendes:

Der genannte Invalide, welcher als solcher vor seiner Aufnahme in den Postdienst an Einnahmen aus Militärfonds 540 M. jährlich bezogen hat, ist am 1. September 1885 mit einem Anfangsgehalt von 510 M. und dem Wohnungsgeld-Zuschuß von 60 M. jährlich als Landbriefträger etatsmäßig angestellt worden und hat unmittelbar vor seiner, auf seinen Antrag wegen andauernder Krankheit, nach einer Postdienstzeit von 7 Jahren 4 Monaten erfolgten Versetzung in den Ruhestand ein jährliches Gehalt von 850 M. und den tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß bezogen.

Bei seinem Uebertritt in den Ruhestand ist ihm das gesetzliche Ruhegehalt von 258 M. jährlich gewährt worden, von welchem Betrage 232 M. auf die Militärkasse und 26 M. auf die Postkasse entfallen.

Küherdem bezieht Rahrstedt eine Kriegs- resp. Verwundungsgeldzulage von 288 M. jährlich; seine Beiträge aus Militärfonds und aus der Postkasse stellen sich demnach jetzt auf insgesamt 546 M. jährlich.

Die Redaktion der „Volkstimme“ ersuche ich ergebenst, mit Bezug auf die vorstehenden Ausführungen eine entsprechende Berichtigung in Ihr Blatt gefälligst anzunehmen.

Der kaiserliche Ober-Postdirektor: R e h b o d t.

Danach zählt also das „dankbare Vaterland“ dem im Kriege verwundeten Mann täglich rund 1 M. 50 Pf. Nobel! —

Späte Erkenntnis. Einer der ehemals wärmsten Vertheidiger der Verfassungsgesamtheit, der konservative Reichstags-Abgeordnete Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen hat, wie das „Sächs. Volksblatt“ berichtet, in einer Versammlung zu Eibenstock den Innungsgemeinschaften erklärt, daß es mit dem Verhängnisnachweis doch keinen Haken habe; er hätte sich inzwischen mehr über die „Verfassung“ der Innungen orientiert und obwohl er f. B. mit seinem Freunde Adersmann für den Verhängnisnachweis eingetreten sei, so wisse er heute doch nicht, ob er noch einmal dafür stimmen würde.

Wenn die Meldung richtig, dann wird das Umsatzen des Herrn Hartmann wohl in der veränderten Frontstellung seine Ursache haben, welche die Reichsregierung jetzt gegenüber den berechtigten Innungsgemeinschaften einnimmt.

Unternehmer-Diffidat. Die „Burgener Zeitung“ hatte über die Mißhandlung eines Lehrlings durch dessen Vorgesetzten berichtet. Der Besitzer der betreffenden Fabrik, G. W. Schäß, welcher übrigens in der Notiz gar nicht genannt worden war, griff sich nun aus seinem Personal die Arbeiter heraus, die er in Verdacht hatte, der „Burgener Zeitung“ die Mittheilung gemacht zu haben, und drohte ihnen mit Entlassung, wenn sie ihm den Namen des Thäters nicht nennen würden. Die Redaktion jenes Blattes schrieb hierauf dem Fabrikanten, daß sein Verdacht irrig sei, indem ihn die drei Arbeiter die Mittheilung nicht gemacht hätten. Nun erschienen die Arbeiter auf der Redaktion und verlangten im Auftrage des Fabrikanten die Namensnennung des Einsenders, da sie sonst ent-

lassen würden; die Redaktion lehnte dieses Ansuchen selbstverständlich ab und schrieb dem Fabrikanten, daß sie den Namen des Einsenders nicht nennen dürfe, selbst auf die Gefahr hin, daß er seine Drohung wahr mache. Der Fabrikant schrieb dann der Redaktion u. a.: „Sind die drei Leute Ihrer Meinung nach wirklich unschuldig, und wollen Sie dieselben vor der Entlassung aus der Arbeit bewahren, so handeln Sie lediglich im Interesse derselben, sowie im Interesse des sozialen Friedens, wenn Sie mir den wirklich Schuldigen namhaft machen.“ Die Redaktion versicherte in einem Antwortschreiben abermals, daß keiner der drei Arbeiter die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gebracht habe. Der Name des Genähsmannes werde nicht genannt werden. Trotzdem entließ der Fabrikant die drei Arbeiter. Die Arbeiter Würzens haben gegen diesen unerhörten Uebergriff des Unternehmers gütigend Stellung genommen.

Der Delegiertentag der sächsischen Textilarbeiter und Arbeiterinnen, der wegen der Cholera verschoben worden war, findet, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet, nunmehr am 27. Dezember in Glauchau statt.

Zur Frage der Entschädigung für unerschuldet erlittene Haft theilt die Mannheimer „Volkstimme“ folgenden Fall mit: Am 6. November traf ein Handwerksbursche, namens Johann Lang aus Obermühlern in der Schweiz in Mannheim einen Landmann, der ihn mitnahm und in zwei Wirthshäusern mit Getränken regallirte. Des vielen Trinkens ungewohnt, verwechselte Lang, als er in seine Herberge zum Schiff zurückkehrte, seinen Hut. Kaum war er dort, als der Besitzer des vertauschten Hutes kam und denselben abholte und Lang bemerkte, er sollte sich seinen Hut nur in dem betreffenden anderen Wirthshaus holen. Lang that dies und wurde nun von den Wästen mit dem Rosenamen „Dieb“ empfangen. Nach kurzem von einem Schutzmänn verhaftet und in das Amtsgefängnis abgeführt, wofür er bis zum 16. November saß und mit Tabakrippen beschäftigt wurde. Der Konful der Schweiz, an den Lang sich brieflich wandte, tröstete den Gefangenen: er werde genau so behandelt werden, wie die Gefangenen deutscher Nationalität, im übrigen könne er ihm nicht helfen. Wenn er ja vernunftig werden sollte, so sei jedenfalls die Strafe durch die Untersuchungsbehörde vermindert. Am 18. November nun wurde Lang vom Schöffengericht freigesprochen, da die Zeugenaussagen seine Unschuld so evident erwiesen, daß der Amtsanwalt nicht einmal einen Strafantrag stellte. Lang war gerechtfertigt, aber die paar Pfennige, die er sein nannte, hatte er in der Untersuchungsgefängnis zugefucht. Der Ersatz für die verlorene Zeit und die unschuldig erlittene Haft bestand in folgender Bescheinigung:

Dem Johann Lang von Obermühlern wird bescheinigt, daß er in der Zeit vom 6. d. M. bis heute sich dahier wegen Diebstahls in Untersuchungsgefängnis befand, heute jedoch rechtskräftig freigesprochen wurde.

Mannheim, den 16. November 1892.
Großh. Bad. Amtsgericht.
Gerichtsschreiberei. Fuchs.

Von der Handwerksbursche, der sein Geld in der Untersuchungsgefängnis zugefucht hatte, nun leben soll, ehe er wieder Arbeit findet, darüber zerbrechen sich die Richter nicht den Kopf. Falls er aber „schlecht“ geht, so verflucht er gegen das Gesetz desselben Staats, der ihn „im Wege Rechtens“ unschuldig, im Gefängnis sitzen ließ, und er wird, wenn der Gendarm ihn beim Rechten ertappt, bestraft und zwar wiederum „im Wege Rechtens“.

Die „Kronen“, „Kronen“ veröffentlicht folgendes für den bürgerlichen Klassenhaat charakteristische Eingangslied:
Dem Herrn L. Bezirksamtmann in Senftenberg.

Wir fordern Sie, Herr Bezirksamtmann, hiermit auf, künftighin den Fabrikarbeitern nicht zu drohen und die Arbeiterschaft, wenn sie ihre Beschwerden vorbringen will, ruhig anzuhören. Es ist Ihre Pflicht, als politischer Beamter, einen gerechten Standpunkt einzunehmen und nicht immer auf Seite des Kapitals zu stehen. Ihre Thaten werden wir nächstens veröffentlichen.
Die gefesestundigen Arbeiter.

Beendet ist der Streik der Tafeleweber in Kolomea.

In der Maschinenfabrik der Firma Lederer u. Porzes in Königsfeld-Drann ist ein Streik ausgedroht.

Literarisches.

„Berliner Volkstribüne.“ Sozialpolitisches Wochenblatt. Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pf. Inhalt der Nr. 47 Aus der Woche. — Sozialreform — Sozialismus. — Aus Frankreich. — Gedicht. — Novelle. — Die Juraföderation und Michael Bakunin. X. — Ein Brief Friedrich Engels'. — Der Kampf um Dasein in der Menschheit. III. — Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. D. W. Dietz Verlag) ist soeben das 8. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Pant um den Biffistler. — Buffalo und Tennessee. Von G. H. George. — Arbeiterzustände in Australien. Von Max Schippel. (Schluß). — Der Streik von Garmang. Von Paul Lafargue. — Notizen. — Feuilleton: Kunde von Ringenwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. D. W. Dietz Verlag) ist uns soeben die Nr. 23 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Heuchler und Otternzucht. Anträge sozialdemokratischer Frauen zum Parteitag. — Doktor Dorothea Schläger. — Feuilleton: Am Nordpol. Nach dem Englischen von V. Oliverio. (Fortsetzung.) — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Notizen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) vierteljährlich ohne Bestellgeld 33 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Insektenpreis die zweigespaltenen Beilagen 20 Pf.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften:

Die tödtet man Bazillen und wie heißt man die Schwindsucht? Von Ferdinand König, Halberstadt.

Die Legende vom heiligen nugendeten Noth in Trier und das Verbot der 4. Lateranensynode. Von Dr. G. Kaufmann. Verlag Walter u. Wolpert's Buchhandlung, Berlin W., Kleiststr. 16—17.

Sandhaas des Wissens. Von Wilhelm Bölsche. 6. Heft. 4 50 Pfennige. Verlag W. Paul's Nachfolger (H. Jerosch), Berlin.

Deveschen.

(Deveschen des Bureau Herold.)
Röln, 19. Nov. Die „Röln. Volks-Zeitung“ meldet aus Saarbrück: 500 in Wildstock versammelte Bergleute protestirten gegen die neue Arbeitsordnung und verlangten Abänderung derselben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, 20. November. Opernhaus. Lohengrin. Montag: Die Hochzeit des Figaro. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans. Montag: Das Buch Job. Festsitz-Theater. Halsen wider Halsen. Montag: Die Cameliendame. Berliner Theater. Julius Cäsar. Montag: Dora. Wallner-Theater. Die Ehre. Montag: Dieselbe Vorstellung. Deutsches Theater. Der Misanthrop. Montag: Kollege Crampton. Die Neuvermählten. Avoll's Theater. Fidele. Montag: Der Freischütz. Residenz-Theater. Prinzessin Georges. Montag: Im Pavillon. (Le Parfian). Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Pariser Leben. Montag: Dieselbe Vorstellung. Thomas-Theater. Der Einsam. Montag: Dieselbe Vorstellung. Adolph Ernst-Theater. Berlin, wie es weint und lacht. Montag: Die wilde Madonna. Alexanderplatz-Theater. Der Müller und sein Kind. Montag: Dieselbe Vorstellung. National-Theater. Romeo und Julia. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Belle Alliance-Theater. Am Altar. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Einmalige Aufführung:
Berlin
wie es weint und lacht.
Vollständigt mit Gesang in 3 Akten von F. Berg und D. Kalisch. Musik von H. Conradi.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Zum 76. Male:
Die wilde Madonna.

Alexander-Platz-Theater.
Heute Abend 7 1/2 Uhr: zum 1. Male:
Der Müller und sein Kind.
Volksdrama in 5 Akten v. C. Raupach.
Montag und die folgenden Tage:
Sport-Mädel.

American-Theater.
Neu! Die Trockenwohner, oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hof aus, von Oscar Wagner. Hauptrolle: Der urkomische Genie.
Jeden Abend jubelnder Beifall.
Der feine Reisser.
Berliner Lokalposse von O. Wagner.
Neu! Die Wiener Original-Soubrette
Clotilde Kowala.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. Sonntags 6 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Fuß!!
ein
Riesen-Kind!!!
Ohne Extra-Entrée.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Sensationell!
Prinzess Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr ständig.
Ohne Extra-Entrée.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bierlokal.
G. Schönitz, Cuviststr. 46.

Brauerei „Friedrichshain“

Am Friedrichshain. — Pferdebahn-Verbindung. — Königsthor.
Am Sonntag, den 20. November 1892
(Toten-Sonntag):

Gr. Gesang- und Instrumentalkonzert,
veranstaltet von den Gesangsvereinen
Granderhey, Steinmetze, Morgenroth II, Weiße Ross, Gleichheit, und Gesundbrunnen Männerchor (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes), unter Leitung ihres Dirigenten Herrn A. Miesch.
Anfang 4 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr.
Der volle Reinertrag wird der Arbeiter-Bildungsschule überwiesen. Alle Sanges- und Parteigenossen sind höflich eingeladen.
9208L. J. A.: Das Komitee.

Buss' Salon, Große Frankfurterstraße 85.
Sonntag, den 20. November 1892 (Totenfest):
Großes Gesangs-Concert
von den Vereinen:
Buchbinder Männerchor, Hand in Hand II u. Hoffnung (Wilmersdorf).
Mitgl. d. Arb.-S.-B. Dirigent Carl Malmens. 110b
Anfang 6 Uhr. Programm 90 Pf.
(Der gewöhnliche Abend des Buchbinder-Männerchors bleibt aus.)

Gesangsverein „Männer-Chor St. Urban“.
(V. d. A.-S.-B. Chormeister O. Gulan).
Heute, Sonntag, den 20. November (Toten-Sonntag), findet in Reinhard's Neuem Gesellschaftshaus, Hasenheide 5-7, ein
Großer Lieder-Abend,
verbunden mit **Instrumental-Konzert,** statt. Nachdem Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. — Programm 30 Pfennig.
Freunde und Gönner des Vereins einen genussreichen Abend versprechend, ladet bestens ein. 157/10 Das Komitee.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Sonntag, den 20. November 1892, (Totenfest) Abends 7 1/2 Uhr:
Große Sportvorstellung.
Ausr. sämtlicher neu engagierter Kunstspezialitäten I. Ranges. U. a.: Sechs Springpferde, in Freiheit dress- und vorgef. vom Direktor Fr. Renz. Mr. James Phillis, der beste Schürreiter der Welt, mit d. Schulpferde Markir. Konkurrenz-Schule, ger. v. d. Damen Fel. Clot. Hager und Oceana Renz. Quadrille aus der Zeit Friedrichs des Großen. Gebr. Martinotti, weltberühmte Akrobaten. Mr. Leopold Renz, hervorragender Jockeireiter der Gegenwart. Die aus 14 Personen bestehende Arabertruppe Hadjo Abdallah.
Morgen, Montag, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung mit neuem Programm und Auf Heigoland. Billet-Vorverkauf beim „Zwaidendank“, Markgrafenstraße 61a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.
Berlin, Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstraße.
Sonntag, 20. Novbr. (Totenfest), Abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Neu! Der Rapphengst Neu!
Osman Pascha
als **Luftschiffer.**
Ausr. Ausr. sämtl. Künstler-Spezialitäten, sowie Reiten und Vorf. bestdress. Schul- und Freispferde.
Montag 7 1/2 Uhr: Gr. Vorst. Osman Pascha als Luftschiffer etc. Näheres die Plakate.

Concordia-Festsäle
C. Säger
Andreasstr. 64 und Krautsstr. 38.
Jeden Sonntag:
Grosses Konzert.
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach dem Konzert:
Großer Ball
ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern.
Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Regelbahnen, Billard und Vereinzimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benützung unter kulantesten Bedingungen. 49/8

Berliner Bod-Brauerei. Kreuzberg.
Heute Sonntag: 1156
Gr. Künstler-Spezialitäten-Vorstellung. Näheres Plakate. Anfang 8 Uhr.

Charlottenburg.
Bismarck's Höhe.
Jeden Sonntag, bei fast beständigem Orchester: **Grosser Ball.** 104b
Es ladet freundlichst ein H. Franks.

Philipp's Festsäle (früher Stein)
Rosenthalerstr. 38. Fernspr. N. 3 Nr. 130
empf. seine Säle zu Festlichkeiten (Hochzeit, Ball, Kommerz etc.) mit u. ohne Bühne. Gleichzeitig empfehle meinen vorzüglichen Mittagstisch zu kleinen Preisen vorzügliche Abendkarte.

Fest-Säle
zur bevorstehenden Saison empfiehlt gratis 26052
Weberstr. 17. B. Nieft, Weberstr. 17.

Kaiser Friedrichs-Garten Rixdorf.
Anesebeckstr. 77. Herrmannstr. 87.
Jeden Sonntag von 4 Uhr ab:
Großer Ball.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zu jeder Tageszeit zur Verfügung. 2 renovierte verdeckte Regelbahnen. Hierzu ladet ergebenst ein
Eduard Worsing.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein
Weiss- und Bairisch-Bierlokal,
Zahlstelle der Zentral-Kasse der Tischler, der Tischler, des Verbands der Metallarbeiter und des Sanitätsvereins.
Wilhelm Schmidt, Adalbertstr. 16.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale „Königsbau“, Große Frankfurterstraße 117:
Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
376/4 Der Vorstand.

Bereins-Versammlung
der **Stuckateure u. Berufsg.**
am Dienstag, den 22. November 1892, Abends 7 Uhr,
Alte Jakobstr. 48a.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Feststehende Beiträge bitte zu begleichen.
271/5 Der Vorstand.

Möbelpolierer!
Heute, Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale Andreasstraße 26:
Versammlung mit Damen.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Paul Pfand aus Sachsen über: „Die Erwerbsverhältnisse in Sachsen speziell in unserm Beruf.“ 2. Vortrag des Koll. Reuter über „Aberglauben“. Nach der Versammlung Beisammensein mit Tanz. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. erhoben. — Montag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr in obigem Lokale **aussordernt. Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Vorlegung des revidierten Statuts. 2. Antrag Reuter Arbeitsnachweis betreffend. 3. Gewerkschaftliches. Ausgabe von Proben von Dr. Sauermann's Nachpolitur. — Daß alle Kollegen am Sonntag mit ihren Damen und alle Mitglieder am Montag erscheinen, erwartet Der Vorstand.
NB. Die Generalversammlung der Krankenkasse ist heut Nachmittag 2 Uhr in obigem Lokale. Unser Arbeitsnachweis Blumenstr. 88 in Henke's Bierhaus und Oranienstr. 197 in Mohr's Restaurant ist hiermit zur unentgeltlichen Benützung empfohlen. D. O. 252/6

Fachverein der Tapezierer
Berlins und Umgegend.
Montag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Volk (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kraus: Aus Deutschlands historischer Vergangenheit. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.
Der Unterricht in der Hochschule findet jeden Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Freygang, Schützenstr. 18-19, statt. 311/4

Öffentliche Versammlung
der **polnischen Arbeiter**
Charlottenburgs und Umgegend.
Sonntag, 20. November 1892, Nachm. 4 Uhr, im II. Saal in Bismarckshöhe, Charlottenburg, Bismarckstr. 80 und Wilmersdorferstr. 89.
Um zahlreiches Besuch bittet
Der Einberufer.

Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.
Sonntag, den 20. November (Totenfeier):
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert,
ausgeführt vom
Männer-Gesangsverein „Liederlust“
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), Dirigent Herr Hoppe, sowie unter Mitwirkung des Gesangsdirektoren Herrn Hugo Herzog.
Musik von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“.
Nach 12 Uhr: **Tanz-Kränzchen.**
Billets sind bei den Mitgliedern, sowie in allen mit Plakaten beleuchteten Handlungen à 30 Pf. zu haben. — Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Freunde und Genossen ladet hiermit freundlichst ein 157/9
Der Vorstand.

Fortuna-Säle
Straußbergerstr. 3.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Jeden Donnerstag: **Gesellschaftstanz.**
*) Dieselben sind zu allen Privatfestlichkeiten unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. S173L
Hochachtend H. Birk.
Großer Saal u. Vereinzimmer für Wochenabende und einige Sonntagsabende zu vergeben. Herzog's Salon, Inhaber: C. Albrecht, Memelstraße 67. 141b

Pommersche Küche,
Büchingsstr. 15, am Platz.
empf. ihren anerkannt vorzüglichen Mittagstisch, Port. 40 Pf. mit Bier: Suppe mit Braten und Kartoffeln, oder Gemüße mit Fleisch, Sonnabend, Sonntag und Montag: Gänsebraten à 60 Pf. Abendkarte von 30 Pf. an, bis 12 Uhr. 2940b] W. Runge, Büchingsstr. 15.
Parteigenossen empfehle mein schön eingerichtetes Lokal zum gefälligen Besuch. Vereinzimmer als Zahlstelle für 40 Personen. Jeden Dienstag Schlachtfest; Abends Würste-Auspielen auf dem Billard. Edmund Reuter, 32448
Swinemünderstr. 45.

Bestes Weißbier ohne Wasserzusatz,
16 Große oder 32 Kleine für 3 Mark liefert
Emil Böhl,
19672
Frankfurter Allee 74.
Fernsprech-Anschluß Amt VII 1511

Wedding-Casino, Schulstr. 29.
Vereinszimmer zu 20 bis 50 Personen, sowie ein grosser Saal, 820 Personen fassend, zu Versammlungen und Feiern, auch Sonntags zu haben. 2 verdeckte Regelbahnen sind zu vergeben. 2061b
Empfehle mein Weiß- u. Bairisch-Bierlokal. Al. Vereinszimmer, auch als Zahlstelle zu vergeben. 157b
F. Danerow, Magdeburger Platz 6.
Empfehle all. Freunden u. Genossen mein **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.**
Kleiner Saal für 150 Personen (auch als Vereinszimmer) sowie 2 Regelbahnen sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Dasselbst Zahlstellen des sog. Wahlvereins für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Verband der Metallarbeiter, Deutscher Tischler-Verband, Arbeiter-Bildungsschule, Genossenschaftsbäckerei.
Otto Klein, Schönleinsstr. 6.
Besonderer Umstände halber sind meine **Festsäle** am 2. und 3. Weihnachtstags an Vereine und Gesellschaften zu vergeben. 193b
Hoffmann, Oranienstr. 130.
Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Vereinszimmer m. Pianino zu vergeben. 2622b
Fris Fröhlich, Raumnstr. 43.
„Zum gemüthlichen Dicken“
Görllitzerstr. 63, Ecke Lützenbergerstr. für d. d. Seelen v. 1 Uhr Nachts geöffnet. 2575b
Wehl.
Achtung! Südwest!
Empfehle allen Freunden und Genossen meine Kranzbinderei und Blumengeschäft.
C. Maetzing,
Yorkstr. 65, Ecke Hagelberger-Strasse.
Dierzu zwei Beilage.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 273.

Freitag, den 20. November 1892.

9. Jahrg.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fünfter Verhandlungstag.

Berlin, 19. November.

Der Vorsitzende Gottlieb-Bremen eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Begrüßungen sind eingetroffen vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London und aus Wühlhoff im Voigtland.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Webel die Absehung der beiden Punkte: „Antifemismus und Sozialdemokratie“ und die „Wirtschaftlichen Krisen und ihre Folgen“ in Rücksicht auf die beschränkte Zeit des Parteitages. Die Anträge aus der Mitte des Parteitages seien wichtiger als die theoretischen Auseinandersetzungen.

Singer empfiehlt den Antrag ebenfalls: Ueber diese beiden Fragen sind die Delegierten vollkommen einverstanden, so daß, nachdem die Delegierten von den zu diesen beiden Punkten vorliegenden Resolutionen Kenntnis genommen, im Laufe der Sitzung über sie abgestimmt werden kann.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit die Absehung der beiden Punkte von der Tagesordnung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verabreichung steht Punkt 11: Verabreichung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, die bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.

Die Anträge der Genossen in Hamburg III, die eine Abänderung des zweiten Theils des Programms Absatz 1 und des zweiten Theils Ziffer 2 dahin vorschlagen, daß 1. betreffs des Wahlrechts „Ratt“ das 20. Jahr“ zu setzen ist die „Großjährigkeit“ und das erforderliche Alter für die „Großjährigkeit“ festgesetzt wird, und 2. daß der Parteitag eine Deklaration darüber geben möge, wie der Passus im Programm zu verstehen sei, der von der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde handelt, finden nicht die nötige Unterstützung und gelangen deshalb nicht zur Verhandlung.

Mehger-Hamburg bedauert das tief. Die Anträge seien für die Hamburger gerade bei ihrem Kampf gegen das Patriarchat von Bedeutung. Es seien Streitigkeiten über die angeregten Punkte in den Kreisen der Genossen entstanden. Die Genossen des Kreises Naumburg, Zeh-Weigensfeld haben beantragt:

11. Theil, Ziffer 6 den Punkt „Religion ist Privatangelegenheit“ zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehren sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegenstehen, oder die nach Erlösung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen.“

Da der Antrag die nötige Unterstützung findet, erhält Hoffmann-Zeh das Wort zur Begründung: Es sei nötig, die dunkeln Gegenden zu erhellen, dort, wo das Dogma noch herrsche, dies zu bekämpfen. Wer noch fest im Banne des Dogmas stehe, wer glaube, daß ohne Gottes Hilfe kein Spahn vom Tode fällt, der sei auch nicht für wirtschaftliche Fragen zu interessieren. Er habe vielleicht die größte Erfahrung in der Landagitation, und es sei ihm zur Ueberzeugung geworden, daß es nicht nur nicht schade, sondern nützlich, wenn man gegen die Religion ankämpfe. Wann könnten auch die Gegner nicht mehr mit der Behauptung kommen, wir trieben Heuchelei.

Inzwischen ist von Hollmar der Antrag eingelaufen, über alle zum Programm gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen, da es inopportun sei, jetzt schon wieder eine Programmänderung vorzunehmen.

Dieser Antrag gelangt zur Annahme.

Da die Anträge zur Organisation bereits ihre Erledigung gefunden haben, kommen diejenigen zur Presse zur Verhandlung.

Es beantragen Parteigenossen in Stuttgart: Um einen Mangel, welcher dem Zentralorgan der Sozialdemokratie anhaftet, zu beseitigen, wäre es wünschenswert, daß die Redaktion des „Vorwärts“ veranlaßt würde, in den einzelnen Ländern (Provinzen) geeignete Parteigenossen zu beauftragen, von Zeit zu Zeit orientierende Berichte einzusenden, damit der „Vorwärts“ ein getreueres Bild von den tatsächlichen Verhältnissen gäbe, als dies durch kleine redaktionelle Notizen und Auszüge möglich ist.

Geiger-Stuttgart giebt die Begründung. Die Vorteile, die aus dem Verbesserungsvorschlag hervorgehen würden, seien gering, die Kosten klein.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es beantragen Genossen in Bielefeld: Den „Vorwärts“ zu veranlassen, sich einer präziseren Berichterstattung zu befleißigen.

Schlömer-Bielefeld: Daß manches in der Redaktion des

„Vorwärts“ mangelhaft sei, habe der Chefredakteur selber zugegeben. Redner tadelt die veraltete Berichterstattung über die Prügeln bei den letzten Stadtverordneten-Ergebnissen und weiter, daß der „Vorwärts“ nicht auf die Angriffe des „Sozialist“ gegen das Liebknecht'sche Gehalt erwidert und die Höhe des Gehalts nicht mitgeteilt habe.

Singer: Daß jeder einzelne den Wunsch hegt, daß das Zentralorgan von allen tatsächlichen Vorgängen Kenntnis nimmt, ist selbstverständlich. Ich fürchte nur, daß auch nach der Annahme des Bielefelder Antrages alles so bleiben wird, wie es ist. Die unpräzise Berichterstattung liegt ja nicht am bösen Willen der Redaktion, sondern an den Verhältnissen. Gegen die Schlömer'sche Begründung wehrt sich Redner auf das entschiedenste. Auf jedes Geschwätz der Gegner zu antworten, komme dem Zentralorgan nicht zu. Was Liebknecht's Gehalt betreffe, so hätte jeder Genosse, der sich dafür interessiert, durch eine Anfrage an die Parteileitung das Nötige erfahren können. Unwahre Gerüchte sollten nicht zum Gaudium der Gegner breitgetreten werden.

Schulze-Bernburg wünscht, daß der „Vorwärts“ auf die namenlosen Angriffe des „Sozialist“ reagiere, da man in der Provinz, wo mancher Genosse zur Unterhaltung noch den „Sozialist“ lese, sonst Gefahr laufe, dupirt zu werden.

Liebknecht betont, daß er schon neulich erklärt habe, es sei manches am „Vorwärts“ zu bemängeln und er habe auch die Gründe offen gelegt. Er habe selbst vielleicht im Leben nie so gearbeitet als seit er am „Vorwärts“ sei, und oft schon sei er mit dem Gedanken umgegangen, entweder sein Mandat und die Agitation aufzugeben oder die Redaktion niederzuliegen.

Jeden Gegner, den er achte, suche er zu widerlegen. Ersteres sei aber beim „Sozialist“ nicht der Fall. Derselbe habe in der ganzen Zeit seines Bestehens nichts anderes zu thun gewußt, als der Sozialdemokratie in niederträchtigster Weise in den Rücken zu fallen, obgleich er doch eigentlich, wenn er auch getrennt von der Sozialdemokratie kämpfte, den gemeinsamen Gegner, die Bourgeoisie, bekämpfen sollte. Das Blatt habe aber nur der Bourgeoisie in die Hände gearbeitet, es könne nicht als ein Vertreter des Proletariats gelten. Er habe seit einem halben Jahr das Blatt nicht mehr gelesen, und werde es auch nicht mehr thun. Alle Angriffe auf ihn von solcher schmutziger Seite prallten wie Erbsen an einem Stadtpanzer von ihm ab. Er wolle sich nicht vom Schweiß der Arbeiter, er stehe ganz im Dienste der Partei, die Partei verbiete durch ihn. Für mich stehen Leute, die solche Gemeinheiten aussprechen, unter aller Kritik. (Bravo — Gaudium.)

Stabernad-Berlin billigt es, daß der „Vorwärts“ auf die Artikel des „Sozialist“ nicht eingeht. Dadurch würde der „Sozialist“ nur noch mehr Stoff zu seinen Schmähereien erhalten.

Kienäcker-Guben bedauert, daß Schulze-Bernburg sich auf den „Sozialist“ verweist, in welchem doch nur Verleumdungen der gemeinsamen Art enthalten wären.

Börner-Berlin: Die Mängel, welche im „Vorwärts“ vorherrschen, sollten durch eine Preiskommission abgestellt werden, doch daß diese ihre Aufgabe nicht immer erfüllt, die Berichte vom Wintergarten und anderen Tingelängeln gehören nicht in den „Vorwärts“ hinein und müßten fortbleiben.

Buech-Mühlhausen will den „Vorwärts“ gegen weitere Vorwürfe geschützt wissen; die Anklagen gehören vor eine Preiskommission, aber nicht vor den Parteitag.

Mittag-Halle spricht dagegen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen und bei der Abstimmung dem Antrag Bielefeld zugestimmt.

Zur Verhandlung stehen die Anträge der

Genossen Frankfurt a. M.: Zum offiziellen Partei-Organ wird ein neu zu begründendes Blatt bestimmt, das wöchentlich einmal zu einem möglichst billigen Preis herausgegeben wird, und das zum Inhalt hat: a) die Partei-Bekanntmachungen, b) einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Grundsätze, c) eine Uebersicht über die sozialdemokratische Bewegung; und der Sozialdemokraten deutscher Junge in Brüssel: Der Parteitag möge beschließen, eine Wochenangabe des „Vorwärts“ herauszugeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat“.

Hoch-Frankfurt begründet den Frankfurter Antrag damit, daß die meisten Genossen in der Provinz den „Vorwärts“ nicht lesen könnten, weil er zu theuer und zu groß sei. Ein Wochenblatt zu billigem Preise werde einem langgeheulenen Bedürfnisse abhelfen; ein derartiges Blatt werde sich um alle Hälte rentiren, den Lokalblättern werde es keinerlei Konkurrenz machen.

Die „Tribüne“ könne eventuell vor einem derartigen Blatt umgestaltet werden, es komme eben vor allem auf den Inhalt an: die Partei-Bekanntmachungen, einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Grundsätze, eine Uebersicht über die sozialdemokratische Bewegung.

Der Vorstand der Partei werde eine Person als Redakteur finden, die diesen Ansprüchen genügen kann.

Krondt-Paris spricht im Namen der im Auslande lebenden

Genossen. Für diese sei ein Blatt wie der „Vorwärts“ zu theuer, er wünsche einen Ersatz für den „Sozialdemokrat“, dessen Eingehen sehr bedauert worden sei.

Schmid-Berlin bittet um Annahme des Wiesbadener Antrages, der da lautet: „Neben dem „Vorwärts“ ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentralorgan herauszugeben, welches die wichtigsten Partei-Angelegenheiten veröffentlichen und pro Nummer zum Preise von 5 Pfg. abgegeben wird.“

Den Preis brauche der Parteitag nicht festzustellen.

Frohme-Altona bittet die ganze Serie von Anträgen, die jetzt zur Debatte stehen, abzulehnen. Wenn es sich darum handle, besser, als es der „Vorwärts“ gethan, die Parteigenossen zu informieren, so sei hierzu nur eine veränderte redaktionelle Taktik notwendig; der Erfolg, den das neue offizielle Wochenorgan im besten Falle haben würde, sei, eine gefährliche Konkurrenz für die lokale Presse zu entfallen. Es könne alles erreicht werden, wenn die Uebersicht über unsere Parteibewegung im „Vorwärts“ eine regelmäßiger und systematischer würde.

Sug vertritt denselben Standpunkt.

Webel: Es hat mich gefreut, daß der Antrag auf Gründung eines derartigen Wochenblattes von verschiedenen Seiten eingebracht worden ist. Der Antrag war schon in Erfurt zur Diskussion gebracht, wurde aber leider abgelehnt, da der Parteivorstand wegen der Arbeiten in der Programmkommission verhindert war, seine sympathische Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Parteivorstand hätte auch dies Jahr wieder den Antrag gestellt, aber die Anträge aus der Partei machten es überflüssig. Die „Tribüne“ wird eingegeben, und damit fällt mancher Einwand weg. Kennenwerthe Konkurrenz wird ein derartiges Blatt den Lokalblättern nicht machen. Eine besondere Ausgabe des „Vorwärts“ kann das Blatt aber nicht werden, vielmehr denke ich es mir ähnlich wie den „Sozialdemokrat“, den „Volksstaat“ u. Das Blatt muß enthalten zwei Leitartikel, einen politischen und ökonomischen, eine gute politische Uebersicht und einen ausführlichen Bericht über die Bewegung. Die geeignete Persönlichkeit für die Redaktion wird sich finden lassen. Im Auslande ist vor allem das Bedürfnis äußerst lebhaft; von den ausländischen Genossen besonders in Oesterreich, dann aber auch in Frankreich, Schweiz, Belgien, England und Nordamerika werden gewiß manche auf das Blatt abonniren.

Subvention werde das Blatt wohl nicht erheischen, nützlich falls könne man im Hinblick auf den Zweck das kleine Opfer bringen. Unter allen Subventionen sei indess noch keine eigentlich für ein Wochenblatt gewesen. Das Blatt wird offizielles Partei-Organ neben dem „Vorwärts“ sein. Ich bitte um Annahme des prinzipiellen Theils der Frankfurter Anträge.

Fleischmann spricht für den von Wiesbaden aus gestellten Antrag. Er ist der Ueberzeugung, daß ein solches Wochenblatt in Kreise dringen würde, in die man bisher nicht dringen konnte. Die Bestrebungen Frohme's kann er durchaus nicht theilen.

Kieß-Magdeburg ist gegen die Gründung eines Wochenblattes, weil die Gefahr der Konkurrenz zu groß sei.

Kuch-Hollmar spricht für den von Wiesbaden aus gestellten Antrag und bittet, man solle sich durch die Sympathien des Auslandes nicht hierzu verführen lassen. Webel verlangt ein gutes originales Blatt, aber hier liegt ja gerade der Hase im Pfeffer. Er erinnere an die vielen Vorwürfe, welche der Redaktion des „Vorwärts“ gemacht worden sind und denen er sich nur deshalb nicht angeschlossen habe, um nicht in Verdacht zu kommen, als wolle er dem Genossen Liebknecht ein antworten. Liebknecht sagt selbst, daß ausreichende Kräfte fehlen, um das Blatt so bezugstellen, wie es von den Genossen verlangt wird. Und jetzt soll gar noch ein neues originales Blatt gegründet werden! Dort fehlen die Kräfte, wo aber will man sie für das neue Unternehmen herbekommen? Kann wäre er doch der Meinung: lieber ein gutes als zwei schlechte Blätter. Er sieht in dem Verlangen nach der Gründung eines Wochenblattes nur die alte zentralistische Tendenz, welche uns schon so viel Schaden verursacht hat, und bittet daher um Ablehnung.

Zeh-Gamburg meint, Frohme habe sich aus dem Grunde wohl gegen die Neugründung gewandt, weil dadurch das „Schweiden“ für die Redakteure beschränkt werde. Im übrigen empfiehlt Redner Webel's Ausführung zuzustimmen.

Schulze-Königsberg schließt sich gleichfalls Webel's Rede an. Ein Schlußantrag wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung werden 110 Stimmen für, 118 Stimmen gegen die Anträge auf Schaffung eines Wochenblattes abgegeben. Das Wochenblatt ist abgelehnt. (Bravo.)

Der Antrag der Königsberger: „Zur Förderung der Agitation in den östlichen Provinzen, besonders Ost- und Westpreußen, wird ein Organ auf Kosten der Partei begründet.“

sowie der Antrag von Hengsbach-Köln, der „Rheinischen Zeitung“ Unterstützung zu geben, daß sie sechs Mal wöchentlich erscheinen kann,

Die Waffen nieder!

78

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

„Fürchtest Du nicht eins? Man merkt die Absicht und —“
„Verstimmt wird man doch nur durch eine durchsichtige Absicht, die der Urheber schlau zu verbergen meinte. Die Meinige aber liegt unverhohlen zu Tage — ist sie doch mit drei Worten schon auf dem Titelblatt verhandelt.“

Die Taufe hat nun gestern stattgefunden. Diese Feier gestaltete sich zu einer doppelt glückverheißenden, denn meine Tochter Sylvia und ihres kleinen Neffen Taufpate — den wir schon lange heimlich im Herzen trugen —: Graf Anton Deluigny — haben sich bei dieser Gelegenheit verlobt.

So bin ich durch meine Kinder rings von glücklichen Verhältnissen umgeben. Rudolf, seit sechs Jahren in den Besitz des Dohly'schen Majorats gelangt und seit vier Jahren mit der ihm von Kindheit an bestimmt gewesenem Beatriz, geborenen Griesbach — dem wunderlieblichsten Geschöpf, das man sich vorstellen kann — verheiratet, sieht nun durch die Geburt eines Erben seinen sehnlichsten Wunsch erfüllt. Kurz: beneidenswertes, glänzende Loos.

Ein im Garten eingemauertes Diner versammelte die Taufgäste. Die Glashären standen offen und die Lust des herrlichen Sommernachmittags strömte rosenduftend herein.

Neben mir, an unserer Tafelrunde, saß Gräfin Lori Griesbach, Beatriz's Mutter. Dieselbe ist nunmehr Wittwe. Ihr Mann fiel in der bosnischen Expedition. Sie hat sich den Verlust nicht stark zu Herzen genommen. Keinesfalls

trägt sie ewige Trauer. Im Gegentheil: diesmal ist sie mit granatrohem Broccat und brillantem Schmucke ausgestattet. Sie ist gerade so oberflächlich geblieben, wie sie es in ihrer Jugend war. Toilettenfragen, ein paar französische und englische Modernen, Gesellschaftsklatsch: das genügt noch immer, ihren Horizont zu füllen. Selbst das Reflektiren hat sie nicht ganz gelassen. Auf junge Leute hat sie es zwar nicht mehr abgesehen, aber ältere, hohen Rang oder hohes Amt bekleidende Persönlichkeiten sind vor ihren Eroberungsgelüsten nicht sicher. Gegenwärtig scheint mir, hat sie Minister Allerdings auf's Korn genommen. Dieser hat übrigens seinen Namen gewechselt: wir nennen ihn jetzt, eines neu angenommenen Ausdrucks halber „Minister Andererseits.“

„Ich muß Dir ein Geständniß machen,“ sagte mir Lori, nachdem ich mit ihr auf des Länflings Gesundheit angestochen. „Bei dieser feierlichen Gelegenheit, da wir unseren beiderseitigen Ekel getauft haben, muß ich Dir gegenüber mein Gewissen entlasten. Ich war ganz rustliche in Deinen Mann verliebt.“

„Daß hast Du mir schon öfters gestanden, liebe Lori.“

„Er blieb aber stets ganz gleichgiltig.“

„Auch das ist mir bekannt.“

„Da hattest doch einen goldtreuen Mann, Marika! Dasselbe kann ich von dem meinigen nicht behaupten. Aber nichtdestoweniger: es hat mir sehr leid gethan um Griesbach. Nun — er starb eines glorreichen Todes, das ist mein Trost. Freilich ist das eine langweilige Existenz als Wittwe. Besonders, wenn man älter wird. . . so lange man Freier und Rourmacher hat, ist die Wittwenschaft nicht ohne. . . aber jetzt, ich versichere Dich, es wird einem in der Einsamkeit ganz melancholisch. . . Bei Dir ist das etwas anderes: Du lebst bei Deinem Sohn. . . aber ich verlange mir gar nicht, bei der Beatriz zu bleiben

. . . Sie verlangt es sich übrigens auch nicht: Schwiegermutter im Haus, das thut nicht gut; denn man will doch im Hause die Herrin sein. . . Zwar ärgert man sich mit den Diensthofen, das ist schon wahr; aber wenigstens kann man über sie befehlen. Du darfst es mir glauben: ich wäre gar nicht abgeneigt, noch einmal zu heirathen. Natürlich eine Verunmündetheit mit irgend einem gezeiten —“

„Minister oder so etwas —“ unterbrach ich lächelnd. „O Du Schlau — Du durchblickst mich schon wieder! Du — schau dorthin: bemerkst Du denn nicht, wie der Toni Deluigny in Deine Sylvia hineinredet? Das ist ja Kompromittant.“

„Daß gut sein. Die Beiden sind auf dem Wege von der Kirche hierher eintig geworden. Sylvia hat es mir anvertraut — morgen wird der junge Mann bei mir um ihre Hand anhalten.“

„Was Du nicht sagst? Nun, dann kann man ja gratuliren! Soll zwar mitunter ein leichter Vogel gewesen sein, der schöne Toni. . . aber das sind sie ja alle — das geht schon nicht anders und wenn man bedenkt, welche prächtige Partie er ist. . .“

„Daß hat meine Sylvia nicht bedacht: sie liebt ihn.“

„Nun, desto besser — das ist eine schöne Zugabe in die Ehe.“

„Zugabe? Es ist das Un und Auf.“
Einer der Gäste, ein k. u. k. Oberst a. D., klopfte am sein Glas und: „oh weh — ein Toast!“ dachten wohl die meisten, indem sie ihre Sondergespräche unterbrachen und sich feuszend ansahen, dem Redner zu lauschen. Es war aber auch zum seufzen; dreimal blieb der Unglückliche stecken und die Wahl seiner vorgebrachten Wünsche war nicht minder unglücklich. Der Länfling wurde gepriesen, in einer Zeit geboren worden zu sein, in der das Vaterland bald

und der Antrag Meister-Hug, der Parteivorstand möge über die Notwendigkeit neuer Blätter entscheiden,

liegen weiter vor.

Königsberger weist auf den Mangel hin, unter welchem der Osten der Presse leidet.

Focher-Danzig empfiehlt Gründung eines Wochenblattes.

Läterow-Berlin rät, ein Kopsblatt zu gründen, das in Berlin gedruckt wird.

Meister-Hannover legt die humoristische Beilage der „Magdeburger Volksstimme“ vor, die nur faules Gewäsch enthalte und unsere Bestrebungen beschwäche. Das Magdeburger Blatt muß vom Parteivorstand unterstützt werden, wir müssen daher Einspruch erheben können.

Kuer: Der Antrag Meister ist praktisch undurchführbar, er würde die Aktionsfähigkeit der Genossen in der Provinz lähmen. Redner wendet sich gegen den Königsberger Antrag. Den Königsberger Antrag bittet er, dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Sloamke-Bielefeld empfiehlt den Königsberger Antrag. Der Boden dort sei gut für ein Wochenblatt, bisher habe es nur an brauchbaren Verwaltungsbeamten gebrach.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen; der Antrag Königsberger gelangt zur Annahme, der Antrag Focher-Berlin, sowie der von Meister-Hug wird abgelehnt.

Die Verhandlungen werden hierauf durch eine längere Geschäftsordnungsdebatte unterbrochen, die sich um die Frage dreht, ob der Parteitag in der Lage ist, seine Verhandlungen bis um 6 Uhr vollständig zu beenden, oder ob eine Schlußsitzung am Montag erforderlich ist. Das Votum ist für heute nur bis 6 Uhr zu haben.

Einige 30 Delegierte erklären, heute abreisen zu müssen.

Dennoch beschließt der Parteitag, um die aus der Mitte der Partei gestellten Anträge gründlich zu beraten, am Montag Morgen weiter zu tagen und jetzt nur eine einstündige Mittagspause einzutreten zu lassen.

Dies geschieht. Schluß 1 1/2 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr mit der Verlesung einer Reihe von Begrüßungstelegrammen, die aus der Schweiz, von den russischen sozialistischen Studenten, aus Nürnberg u. s. w. zahlreich eingetroffen sind.

Die Beratung der zum Kapitel „Presse“ eingebrachten Anträge wird fortgesetzt.

Genossen in Ebersfeld beantragen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die in der Verlagsanstalt von Kuer u. Komp. in Hamburg erscheinende „Neue Welt“ sowohl an Inhalt (Text und Illustration) als auch äußerer Ausstattung mehr wie bisher ihrem Zweck als Beilage sozialdemokratischer Blätter entspricht.

Parteiengenossen des 6. Wahlkreises beantragen: 1. Für die Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ (die „Neue Welt“) ein anderes Blatt zu beschaffen, das selbigen nicht den Anforderungen genügt, die an ein prinzipiell und wissenschaftlich zu haltendes sozialdemokratisches Blatt gestellt werden müssen.

Ulenbaum-Ebersfeld findet zu geringe Abwechslung in dem Blatt. Statt der zwei langen Romane sollten belehrende und unterhaltende Artikel aus dem Gebiete der Weltgeschichte und der Wissenschaft gebracht werden. Alte Glucks würden bemerkt; einmal sei ein Bild der „Neuen Welt“ 8 Tage vorher in einem schiffschen Blatte erschienen. Für den Preis könne ein besseres Papier geliefert werden. Dem Ebersfelder Blatte sei eine Unterhaltungsbeilage von einem Privatunternehmer für 3 M. für das Tausend angeboten worden, während die „Neue Welt“ 11 M. koste. Man solle davon absehen, aus der „Neuen Welt“ Ueberschüsse herauszuschlagen.

Kurtz-Berlin: „Was thun?“ sei ein sehr guter Roman gewesen, aber daß er immer in kleinen Abschnitten habe veröffentlicht werden müssen, habe seine Wirkung beeinträchtigt. Die Illustrationen taugten nicht; es sollten Originalbilder gebracht werden, nicht alte Glucks. So viele junge Künstler seien vorhanden, die so gewonnen werden könnten.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Baake erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Görard erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Baake erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Görard erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Baake erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Görard erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Baake erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Görard erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Baake erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Görard erklärt, er könne für sich als Redakteur der „Neuen Welt“ ungefähr dasselbe geltend machen, was Liebkecht für sich als Chefredakteur des „Vorwärts“ gesagt habe. Ihm selber gefalle das Blatt auch nicht besonders, eine Schuld aber treffe ihn nicht. Als er die Redaktion der „Neuen Welt“ übernahm, habe er, weil er eine viertelmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, das Material für die ersten 26 Nummern im voraus redigieren müssen; unter dieser Kalamität habe das Blatt begreiflicherweise sehr zu leiden gehabt. Wenn man sich immer auf die alte „Neue Welt“ berufe, so solle man doch auch bedenken, daß diese fast zehn mal so teuer war, wie die jetzige. Hiervon abgesehen, sei die jetzige „Neue Welt“ nur Beilage für die Parteiblätter, welche den Unterhaltungsbeilagen bürgerlicher Blätter die Waage zu halten habe, während die ehemalige „Neue Welt“ ein abgeschlossenes, selbständiges, belehrendes Blatt war. Daß die Romane so wenig Beifall gefunden haben, bedauere er, doch solle man auch hier die Schwierigkeiten bedenken, die dabei zu überwinden seien.

Kiesel-Berlin schließt sich diesen Ausführungen an. „Was thun?“ sei schwer verständlich gewesen.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhalten das Wort der Redakteur der „Neuen Welt“, Baake, und der Geschäftsführer der Hamburger Drucker, Görard.

Das Budget sei sehr beschränkt. Eigentliche sozialistische Romane existieren nur in geringer Anzahl und die, welche wirklich eine solche Tendenz innehaben, seien den älteren Parteigenossen aus der alten „Neuen Welt“ und dem „Gesellschaftler“ bekannt. Diese Romane von neuem abzuveröffentlichen, ginge doch nicht an. Die Auswahl der Romane sei eine um so schwieriger, als er sowohl mit den großen Ansprüchen der vorgefertigten geistig freiesten Genossen zu rechnen als auch die Wünsche derjenigen Genossen zu erfüllen habe, welche der Auffklärung noch bedürften. Hier komme neben der verschiedenen Bildungshöhe der Geschmäcker in Betracht, der ja in der Literatur eine große Rolle spiele. In der politischen Bewegung hätten wir in dem Programm eine bestimmte Marschroute, in der Literatur gebe es eine solche für und nicht. Was die Illustrationen anlangt, so versichere er, daß das Mögliche getan worden sei. Das Budget, welches dafür ausgeworfen sei, sei aber ein so geringes, daß damit absolut nicht mehr zu schaffen sei. Man solle bedenken, daß z. B. Scherer's Familienblatt“ innerhalb eines Jahres 80 000 Mark für Illustrationen ausgegeben habe; mit einer solchen Summe lasse sich freilich Besseres machen.

Den Genossen Antrick mache er nur darauf aufmerksam, daß „Die Wittagegöttin“ auf eine Verherrlichung des Sozialismus durch Haus nicht hinauslaufe, im Gegenteil werde im Roman der Nachweis dafür erbracht, daß nicht allein der grobe, sondern auch der sich als höchste Blüthe der Kultur ausprägende seine, philosophische auf Schwindel und Selbsttäuschung beruhe.

Der Roman sei antipolitisch, rationalistisch, noch einige Nummern weiter und jedem Leser werde dies klar sein. Es besteht die Absicht, an Stelle der langen populären Abhandlungen die kurze Notiz künftig zu pflegen, um so mehr Abwechslung auf dem beschränkten Raum zu bereiten.

Wir streben auch hier stetig nach Besserung, so gut die äußeren Bedingungen es irgend gestatten.

Gerard-Hamburg will, da der Vorredner bereits einen Teil der Einwände entkräftet habe, nur die technische Frage etwas näher berühren. So Antrick's Bemängelung des Papiers. Das Blatt hätte kein Defizit bringen sollen, und es seien die verschiedensten Berechnungen angestellt worden, wie viel man für das Papier auswerfen könne. Das Ergebnis sei gewesen, daß die Nummer per 1000 nur 11 M. kosten solle, und für diesen Preis sei es schlechterdings unmöglich, ein besseres Papier zu verwenden. Wenn man einen höheren Preis anlegen wolle, dann wolle er gern besseres Papier verwenden. Ueberschüsse würden nicht gemacht, trotz der hohen Auflage deckt sich das Blatt nur gerade.

Was Antrick's weiteren Vorwurf über die Mangelhaftigkeit der Bilder betreffe, so gelte hier derselbe Grund. Man könne nur 60-70 M. für jedes Gluck ausgeben, müsse also nothwendig auf alte Glucks zurückgreifen; er wisse wohl, daß eine ganze Reihe von Parteigenossen künstlerisch wertvolle Leistungen hervorbringe, man hätte aber, wie gesagt, keine größeren Mittel zur Verfügung gehabt, und ohne größere Aufwendung sei es unmöglich, mehr zu leisten.

Gründerberg-Hartha meint, es gebe doch gute, für uns geeignete Romane, so Verha von Sautner's „Die Waffen nieder!“ der jetzt im „Vorwärts“ erscheine.

Bebel: Der Parteivorstand hat zu verschiedenen Malen sich mit der „Neuen Welt“ beschäftigt und dabei auch die finanzielle Seite der Frage erwogen. Es ist überlegt worden, ob der Preis nicht weiter herabgesetzt werden könne. Das Budget für Beiträge und Bilder solle erhöht werden, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Defizit entsteht. Sehr schwer sei es, einen guten und durchschlagenden Roman zu finden, wie den Sautner'schen. Der „Vorwärts“ habe dafür vorher eben auch mehrere schlechte Romane gebracht. Für einen Roman könnten wir höchstens 8-900 M. ausgeben, wo bürgerliche Blätter 8-9000 M. ausgeben. So schon Antrick's Idee sei, so erfordere sie doch ein ganz anderes Budget, als hierzu in der „Neuen Welt“ vorhanden sei. Redner empfiehlt den Ebersfelder Antrag und bittet den von Berlin VI damit für erledigt zu erklären.

Halle-Strurt hält es für nothwendig, das Budget zu erhöhen und einen Teil der Ueberschüsse des Hamburger Geschäfts hierfür zu verwenden.

Die Debatte wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Ebersfelder Antrag angenommen und der Antrag von Berlin VI damit für erledigt erklärt.

Zusammen zur Beratung gestellt werden vom Vorsitzenden folgende Anträge:

Die Broschüre von W. Bracke „Nieder mit den Sozialdemokraten“ wird, nachdem die Zahlenangaben in derselben aus dem Jahre 1874 durch die entsprechenden des Jahres 1890 ersetzt sind, in Massenauslage gedruckt und den Genossen für die Agitation zum Selbstkostenpreise oder gratis zur Verfügung gestellt.

Parteiengenossen in Reg: Die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke auch in französischer Sprache neu erscheinen zu lassen, die Zahlenangaben aus dem Jahre 1874 aber durch die entsprechenden des Jahres 1890 zu ersetzen.

Parteiengenossen in Düsseldorf und dem V. Sächsischen Wahlkreise: Broschüren, welche zu Massenverbreitungen benutzt werden sollen, sind nur zum Preise der Herstellungskosten an die Genossen zu verabfolgen, und wo es angängig ist, auch alle Schriften, welche von verstorbenen Parteigenossen herkommen. Ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die besseren Bücher, welche das mangelnde Wissen der Genossen ergänzen sollen, nicht

tigen Politikern zugegebene, durch die Wehrhaftigkeits-Einfaltung der Nachbarstaaten und durch die politische Situation bedingte Nothwendigkeit, alle anderen Rücksichten dem eisernen Zwang der militärischen Kräftigung unterzuordnen.

„Der leibhaftige Beitarbeiter!“ bemerkte jemand halblaut. „Andererseits“ fuhr aber fort:

„Unsommer, als dadurch ja eine Bürgerschaft geschaffen wird für die Erhaltung des Friedens. Denn, indem wir in traditionellem Patriotismus zur Sicherung der Grenzen es der unangesehenen Steigerung der Wehrkraft unserer Nachbarstaaten gleichthun, erfüllen wir eine erhabene Pflicht und hoffen, etwa drohende Gefahren auch fernherzu zu bannen. So erhebe ich denn dieses Glas auf dasjenige Prinzip, welches, wie ich weiß, unserer Baronin Martha so sehr am Herzen liegt — ein Prinzip, das auch die Signaturmächte der mitteleuropäischen Friedensliga hochhalten, und ich fordere Sie auf, mit mir anzustoßen: Es lebe der Frieden! Möge seine Wohlthat uns noch recht lange erhalten bleiben!“

„Darauf trinke ich nicht,“ sagte ich. „Der bewaffnete Friede ist keine Wohlthat... und nicht lange soll uns der Krieg verhalten bleiben, sondern immer. Wenn man sich auf die Meerfahrt macht, soll die Versicherung nicht genügen, daß recht lange das Schiff an seiner Rippe zerfalle. Daß die ganze Fahrt glücklich überstanden werde, danach wird der ehrliche Kapitän trachten.“

Doktor Bresser, noch immer unser bester Hausfreund, kam mir zu Hilfe:

„In der That, Excellenz, können Sie an den ehrlichen, aufrichtigen Friedenswillen jener glauben, die mit Leidenschaft, mit Begeisterung — Soldaten sind? Die alles, was den Krieg gefährdet — nämlich Abrüstung, Staatenbund, Schiedsgericht — nicht nennen hören wollen? Könnte denn die Freude an Arsenalen und Festungen und Wandern und dergleichen bestehen, wenn diese Dinge

wirklich nur als das betrachtet würden, wofür man sie ausgiebt: als Vogelscheuchen? Also, damit man sie niemals brauche, der ganze Kostenaufwand ihrer Herstellung? Die Wälder müssen ihr ganzes Geld hergeben, um an den Grenzen Befestigungen zu machen, in der Absicht, sich über die Grenzen hin Ruhndanden zu verwerfen? In einer bloßen Friedensaufrechterhaltung-Gendarmerie läßt sich das Militär nicht herabdrücken — der oberste Kriegsherr wird doch nicht einem Heer von ewigen Kriegsvermeidern vorsetzen sollen? Sinter dieser Maske — der „vis pacem“-Maske — blinzeln die einverstandlichen Blicke, und die jedes Kriegsbudget bewilligenden Abgeordneten blinzeln mit.“

„Die Volksvertreter?“ unterbrach der Minister. „Man kann den Opfermuth doch nur loben, dessen diese in ersten Zeiten niemals erlangen und welcher in der einseitigen Votierung der entsprechenden Besche erhebenden Anstand findet.“

„Verzeihen Sie, Excellenz, diesen einseitigen Stimmt abgeben wollte ich einem nach dem andern zuerst: Pein! Ja wird jener Mutter ihr einziges Kind runden; — deines dohrt jenem armen Wicht die Augen aus; — deines schließt eine unerschütterliche Wäckerin in Brand; — deines geräumpft das Hirn eines Dichters, der deines Landes Ruhm gewesen wäre... Aber ihr habt dieses „Ja“ vorletzt, um nur ja nicht feige zu scheinen — als ob man gerade nur für sich die Affentierung fürchten möchte. — Seid ihr denn nicht da, um des Volkes Willen zur Gestung zu bringen? Und das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden...“

„Ich hoffe, lieber Doktor,“ bemerkte der Oberst bitter, „daß Sie niemals Abgeordneter werden; das ganze Paris würde Sie ausspfeien.“

„Mich dem anzusehen, würde schon beweisen, daß ich nicht feige bin. Gegen den Strom zu schwimmen erfordert die stählerne Kraft.“

(Schluß folgt.)

mit indirekten Parteileuten und Sozialprolet belegt werden dürfen. Auch müssen in kürzester Zeit einige für die Landbevölkerung berechneten Agitationschriften, woran bis jetzt immer noch ein fühlbarer Mangel ist, veranlagt werden.

Genossen in Ebersfeld und dem I. Inhaltlichen Wahlkreise: In Anbetracht, daß den Genossen besonders auf dem Lande und in den kleineren Städten die mündliche Agitation durch Lokalabtreiber etc. sehr erschwert wird, dieselben daher zur Förderung der Agitation mehr auf die Verbreitung unserer Literatur angewiesen sind; in fernerer Erwägung, daß die Mehrzahl unserer Parteibroschüren zum Gratistheftchen zu theuer sind, wird der Parteivorstand beauftragt, kleine populär abgefasste Schriften (Flugblätter) in größeren Mengen herstellen zu lassen und dieselben den Vertrauensmännern und Genossen gratis zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Herstellung trägt die Parteikasse.

Genossen in Frankfurt a. M.: Das Parteiprogramm soll mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zweck der Massenverbreitung als Agitationschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.

Hannover erhält das Wort

Kurze Hannover, welcher die Broschüre von Bracke „Nieder mit den Sozialdemokraten“ für die beste Agitationschrift hält, und eine starke Neuauflage wünscht, die so billig wie möglich abgegeben werden müsse. In Hannover habe man jetzt den Plan gefaßt, alle vier Wochen ein kleines Blatt herauszugeben, das für die Provinz Hannover berechnet sei. Man wolle dieses Blättchen hauptsächlich für die Landbevölkerung haben, es sei besser, ein regelmäßig erscheinendes Flugblatt für eine bestimmte Provinz zu haben, als unregelmäßig erscheinende Flugblätter, die für ganz Deutschland berechnet sind.

Der Vorsitzende fordert hierauf die Delegierten auf, Voten für die Vorstandswahl einzurichten.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Sittig-Hannover beantragt, die Broschüre Bracke, „Nieder mit den Sozialdemokraten“ zeitgemäß umzuarbeiten, da sie wegen ihres populären Tones große Wirkung erziele.

Heinrich-Altona wendet sich gegen den Antrag der Ebersfelder Genossen, da man beratige Broschüren nicht für ganz Deutschland veröffentlichen könne. Diese Frage müsse jede Provinz selbst regeln.

Gegen den Antrag der Mehr Genossen bemerkt Redner, daß es ihm zweifelhaft erscheine, ob eine Auflage von Bracke's Schrift „Nieder mit den Sozialdemokraten“ sich rentire. Er bittet diesen, sowie die folgenden Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Kaiser-Reg beauftragt den Antrag der Mehr Genossen.

Bebel: Im Sommer seien eine ganze Anzahl Flugblätter gedruckt und unsonst abgegeben worden, und auch die zukünftige Parteileitung werde diesem Grundsatz huldigen. Der Frankfurter Antrag sei indessen ungewöhnlich, weil eine Schrift über das Parteiprogramm existire; wolle man dem noch eine Parteigeschichte anschließen, so werde das ein ziemlich dickes Buch werden, und der Preis müsse auch höher werden.

Mit dem Wunsch Heinrich's Altona, alle Anträge dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, sei er einverstanden.

Eine Reihe weiterer Anträge seien undurchführbar.

Eine Schrift über die Lage der Landarbeiter könne leider deshalb vorerst noch nicht herausgegeben werden, da der Parteivorstand von einer ganzen Reihe von Schriftstellern, die darüber genaue Schilderungen zu geben befähigt waren, im Stich gelassen worden sei.

Augustin-Berlin befürwortet den Antrag, daß die Broschüre von W. Bracke „Nieder mit den Sozialdemokraten“ zeitgemäß umgearbeitet werde.

Dieckhoff-Dorhmund wünscht, daß vor allem die Protokolle von den früheren Kongressen, so vor allem vom Kongress von Gotha, neu aufgelegt werden.

Hilcher-Budeburg meint, es müsse den einzelnen Kreisen resp. Provinzial-Parteitagen überlassen bleiben, über die besonders geeigneten Broschüren zu beschließen.

In den folgenden Abstimmungen wird der Antrag Heinrich, die Anträge der Ebersfelder Genossen dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, angenommen.

Der Antrag der Mehr Genossen wird gleichfalls dem Parteivorstand zur Erwägung überwiehen.

Der Antrag, die Broschüre von W. Bracke neu aufzulagen, nebst dem Amendement, diese Broschüre zeitgemäß umzugestalten, wird angenommen.

Die weiteren Anträge werden abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Meißner, ein Flugblatt über den Militarismus herauszugeben, wird angenommen.

Die Genossen in Solingen stellen folgende Resolution: Der Parteitag 1892 hat mit größtem Ansehen davon Kenntnis genommen, daß die Beschlüsse des Halle'schen Parteitages, wonach Reklamen und Lotterio-Anzeigen die Spalten der sozialistischen Parteipresse verschlossen bleiben sollen, von Parteiblättern, namentlich dem „Vorwärts“ und dem „Hamburger Echo“, in größter Weise verletzt werden. Dergleichen mißbilligt der Parteitag, daß die „Mainzer Volkszeitung“ die von dem Kommandanten und dem Oberbürgermeister von Mainz unterzeichnete Aufforderung zu einem Kaiser-Geburtstags-Festessen in ihrem Inseratentheile

wirklich nur als das betrachtet würden, wofür man sie ausgiebt: als Vogelscheuchen? Also, damit man sie niemals brauche, der ganze Kostenaufwand ihrer Herstellung? Die Wälder müssen ihr ganzes Geld hergeben, um an den Grenzen Befestigungen zu machen, in der Absicht, sich über die Grenzen hin Ruhndanden zu verwerfen? In einer bloßen Friedensaufrechterhaltung-Gendarmerie läßt sich das Militär nicht herabdrücken — der oberste Kriegsherr wird doch nicht einem Heer von ewigen Kriegsvermeidern vorsetzen sollen? Sinter dieser Maske — der „vis pacem“-Maske — blinzeln die einverstandlichen Blicke, und die jedes Kriegsbudget bewilligenden Abgeordneten blinzeln mit.“

„Die Volksvertreter?“ unterbrach der Minister. „Man kann den Opfermuth doch nur loben, dessen diese in ersten Zeiten niemals erlangen und welcher in der einseitigen Votierung der entsprechenden Besche erhebenden Anstand findet.“

„Verzeihen Sie, Excellenz, diesen einseitigen Stimmt abgeben wollte ich einem nach dem andern zuerst: Pein! Ja wird jener Mutter ihr einziges Kind runden; — deines dohrt jenem armen Wicht die Augen aus; — deines schließt eine unerschütterliche Wäckerin in Brand; — deines geräumpft das Hirn eines Dichters, der deines Landes Ruhm gewesen wäre... Aber ihr habt dieses „Ja“ vorletzt, um nur ja nicht feige zu scheinen — als ob man gerade nur für sich die Affentierung fürchten möchte. — Seid ihr denn nicht da, um des Volkes Willen zur Gestung zu bringen? Und das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden...“

„Ich hoffe, lieber Doktor,“ bemerkte der Oberst bitter, „daß Sie niemals Abgeordneter werden; das ganze Paris würde Sie ausspfeien.“

„Mich dem anzusehen, würde schon beweisen, daß ich nicht feige bin. Gegen den Strom zu schwimmen erfordert die stählerne Kraft.“

(Schluß folgt.)

veröffentlicht. Der Parteitag verlangt ausdrücklich, daß sowohl die Lotterien-Anzeigen wie die Veröffentlichung von Gewinnlisten, sowie Reklamen und Petitionsgesuche in den Parteiblättern keine Stelle finden, und ermahnt überhaupt, daß die Parteipresse eine possendere, würdigere Haltung beobachtet.

Ziele: Wozu bezieht den Antrag von Hülse, Feldmann und Genossen, der lautet: „Der Parteitag möge beschließen: Den Expeditionen unserer Presse ist nicht gestattet, Annoncen in der Parteipresse aufzunehmen, die zum Besuch gebogelter Lokale auffordern.“

Konrad vertheidigt das Mainzer Parteiblatt, daß zur Aufnahme der Annoncen verpflichtet gewesen sei auf Grund eines Vertrages mit dem Bürgermeisteramt.

Dr. Diederich empfindet den Antrag der Solinger. Die „Frankl. Tagespost“ habe quer über das ganze Blatt eine Reklame zum Besten einer Lotterie zu Gunsten der Christuskirche gebracht.

R. Fischer, Berlin hebt hervor, daß im „Vorwärts“ seit zwei Jahren keine Lotterie-Annoncen erschienen sei. Er bittet den Solinger Antrag abzulehnen.

Kl. G. Einhorn: Ein Inserat, wie es die „Mainzer Volkszeitung“ gebracht, hätte unter keinen Umständen in einem Parteiblatt erscheinen dürfen.

Der Antrag von Hülse, Feldmann und Gen. wird angenommen.

Die Resolution der Genossen in Solingen wird bis auf den Satz die „Mainzer Volkszeitung“ betreffend abgelehnt.

Schumann-Wiesfeld beantragt: „Der Parteitag spricht seinen Tadel über einen Bericht des „Halberstädter Sonntag-Motter“ über den Parteitag aus.“

Reiner verliest unter der Heiterkeit des Parteitages einen Teil des Artikels.

Frohme stellt den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen.

Das geschieht.

Es wird zur Wahl des Parteivorstandes geschritten.

Sich des Parteivorstandes bleibt Berlin.

Ein Antrag, fernhin 3 statt 2 Sekretäre zu wählen, findet nicht die nötige Unterstützung.

Das Wahlergebnis wird später bekannt gemacht.

Es liegt zur Beratung eine Resolution von Hartmann-Friedrichshagen vor, welche die Haltung des „Vorwärts“ zu den Gebrauchswerten mißbilligt, besonders den für die Tamulanten getragenen Ausdruck „Lumpenproletariat“.

Hartmann begründet seinen Antrag damit, daß man die Leute, wenn sie auch moralisch unter uns ständen, doch als Produkt der heutigen Gesellschaft betrachte und sie nicht derartig beschimpfen dürfe, sie gehörten doch schließlich auch zu den Proletariern, wenn man sich auch nicht mit ihnen zu befreunden brauche.

Siebknecht erwidert, der Gedankengang des angegriffenen Artikels des „Vorwärts“ sei ein vollständig richtiger gewesen.

Die Februarrevolution seien keine revolutionäre Erhebung gewesen; die Februarrevolution, vor der Märzrevolution 1848 hat es ganz anders angesehen. Da habe der Gedanke gleichsam in der Luft gelegen. Nicht so sei es im vorigen Februar in Berlin gewesen. Da seien Exzesse vorgekommen, für die kein ehrlücher Proletariat die Verantwortung auf sich nehmen wolle.

Ein Vorschlag, und der war von gewissen Leuten beabsichtigt, wäre der höchste Non sens gewesen; derartige Narheiten könnten Sozialdemokraten nicht begehen, das würde uns den Gegnern ans Messer liefern.

Wir haben nur das Proletariat gefehlt, als wir uns in jenem Artikel gegen das Lumpenproletariat wandten. Der Ausdruck ist ein historischer; Karl Marx war es, der ihn aufbrachte. Wenn es das Lumpenproletariat ein Produkt der heutigen Gesellschaft und zu beklagen. Das wissen wir auch.

Die Lumpenproletarier sind die aus der regellosen Arbeit herausgelassenen. Das sind die sogenannten Ballonmänner, die die Arbeiter, der ganze Nonnagel, der gesamte Abfall der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Lumpenproletarier sind nichts weniger als revolutionär, die stehen der bürgerlichen Gesellschaft nicht gegenüber, sie wollen im Gegenteil innerhalb derselben leben.

In der sozialistischen Gesellschaft wird es kein Lumpenproletariat geben können, dort fehlen die Lebensbedingungen.

Wenn diejenigen, die gegen den „Vorwärts“ polemisiert haben, in der Geschichte bewandert wären, dann hätten sie alle aus der Geschichte gelernt, daß als in der Junischlacht im Jahre 1848 die Bourgeoisie sich in höchster Noth befanden habe, das Lumpenproletariat von ihr organisiert worden sei, als „garde mobile“, und diese habe nach 6 Tagen heißen Kampfes das revolutionäre Proletariat geworden. Wer aber, wie es im vergangenen Februar der Fall gewesen, Fenster einwirft und plünder, der sei kein Proletariat, sondern ein Lumpenproletariat, vielleicht in schlimmerem Sinne, als Karl Marx es gemeint habe. (Lebhafte Beifall, Gabelstutzen.)

Hieraus wird nach einigen kurzen Bemerkungen Stadttagung die Resolution von Hartmann-Friedrichshagen und Partei-Genossen von Sagan beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. daß seitens der sozialdemokratischen Partei eine rege Agitation entfaltet werde zum Zweck der Einbeziehung der Proletariatsparteien in die gewerkschaftlichen und — wo dies möglich — politischen Organisationen der Arbeiter und ihrer Verbände; — poltischen Organisationen der Arbeiter und ihrer Verbände; zielbaren Beteiligung an dem Befreiungskampf ihrer Klasse;

2. daß die sozialdemokratische Partei kräftig dafür agitire und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür einrede, daß den Arbeiterinnen der freie, unbeschränkte Gebrauch des Vereins- und Koalitionsrechts gewährleistet werde;

3. daß von der sozialdemokratischen Partei in den Zeiten der Koalitionsverhandlungen veranlaßt werden mit dem Zweck, gegen die politische Rechtslosigkeit des weiblichen Geschlechts zu protestieren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletariatsparteien zu tragen.

Frau Clara Zetkin, Stuttgart begründet den Antrag der Mainzer Frauen in einer lebendigen Rede. Man kann so leicht sie aus, einwenden, daß der Inhalt des Antrages selbstverständlich sei, daß damit offene Türen eingetragt würden. Dennoch sei es wahr, daß bisher die sozialdemokratische Partei zur Gewinnung der weiblichen Proletarier nicht dies nicht alles getan habe, was sie thun konnte, sondern auch nicht, was sie im Interesse des Kampfes, der Befreiung des Proletariats thun mußte. Nach Maßgabe der Gelegenheit, die ja freilich Jahrgängen übergeben darbieten, sollen die Frauen sich sowohl politisch wie gewerkschaftlich betheiligen, lernen, aufklären, agitieren, propagandieren. Wir müssen den Kampf der Frau gegen den Mann fallen lassen; wohl enthält die Gesellschaft auch diesen Gegensatz, aber wenn wir ihn hervorheben wollen, wo es sich um den Kampf beider gegen das Kapital handelt, so wäre das Zeitvergeuden. Aufhaltung auf dem Wege zum Siege. Es gilt das Wort: Der Mann hat uns mit Peitschen gezüchtigt, aber nun züchtigt uns der Unternehmer mit Störpionen. Die Bourgeoisie fürchtet schon, daß wir die Reihen der kämpfenden Sozialdemokratie verharren würden, und sie bemüht sich, uns auf ihrer Seite zu ziehen, damit wir unseren Einfluß auf die Männer zu Gunsten der Erhaltung der heutigen Zustände geltend machen. In England haben während der jüngsten Wahlbewegung vornehmlich Frauen die Arbeiterfrauen besucht, die Mütter der Arbeiterinnen ergriffen, damit der Mann für die bürgerlichen Parteien wähle. Nicht als Frau beschränke ich den Kampf, sondern als Parteigenossin. Und nicht aus Gerechtigkeit sollen Sie den Antrag annehmen: keine Partei, die die Macht erobern will, kann aufgehen in der Be-

wunderung der schönen Augen der Dame Gerechtigkeit. Es gilt, die Reihen der Sozialdemokratie zu verharren durch die Arbeiterinnen, was wichtiger ist als die Gewinnung der Kleinbürger, und den Sieg des internationalen Sozialismus über das internationale Kapital zu beschleunigen.

Die Anträge werden angenommen. Schluß 6 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr.

Verichtigung. In dem Bericht des „Vorwärts“ über die Kontrollmarke heißt es, daß Schmidt-Friedberg sich gegen die Kontrollmarke wendet, auf Grund jahrelanger trüber Erfahrungen. Das ist nicht der Fall. Im Gegentheil habe ich ausgesprochen, daß ich die Kontrollmarke warm begrüßt und für sie agitiert habe, aber entschieden dagegen bin, daß die sozialdemokratische Partei sie zur Prinzipienfrage machen soll, sie vielmehr den Gewerkschaften als Kampfmittel überlassen müsse.

Fritz Schmidt-Friedberg.

Lokales.

Die sozialdemokratischen Veräußerungsvereine sind auch nicht untätig, wenn es gilt, sich mal in die Agitation zu fügen. So unternahmen am letzten Sonntag die Mitglieder des Rauchklubs „Rote Kelle“ und des Stalklubs „Kreuz-Sube“ eine Agitationstour nach Belgig-Wiesenburg. Eine Anzahl Parteigenossen aus dem ersten Berliner Wahlkreis hatten sich angeschlossen. Einer der Teilnehmer schreibt uns über den Verlauf der Tour:

Am Sonntag waren große Mengen Massel-Zeitungen, „Wahrer Jakob“, „Vorwärts“ und etwa 3000 Flugblätter mitgenommen worden. Die Abfahrt erfolgte früh 6 Uhr 15 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz direkt nach Belgig. Ein Teil der Genossen wurde nach Lübnitz vorausgeschickt, die übrigen begannen ihre Arbeit in Belgig. In Lübnitz regte sich ein Herr v. Sechow gar mächtig über die Geschichte auf. Er kam in voller Pracht nach dem Gasthof und stellte sich als „aktivistischer Edelmann“ vor. Wenn er geglaubt hätte, uns damit imponieren zu können, so war er mächtig schief gewickelt. Er kam mit einigen antisemitischen Redensarten, es wurde ihm aber bald so heimgeleuchtet, daß er ebenso schnell wieder verschwand, wie er aufgetaucht war. Die Ortschafsten Eichholz, Seiten, Kriest und Schlemmen wurden hierauf mit Material belegt. In Kriest legte sich der Herr Förster ins Mittel. Er schimpfte eine mächtige Raht herunter und trieb seine Höflichkeit so weit, einem der Flugblätter-Vertheilenden zuzurufen: Du Himmel, wilst Du machen, daß Du aus dem Gehölz heraus kommst, sonst bringe ich Dich auf die Straße. Der Genosse lachte dieses höfliche Exemplar von Waldläufer gehörig aus, duchte ihn wieder und ging ruhig seines Weges. Nachdem noch Neuhütte gründlich besetzt worden war, wurde der gemeinsame Weitermarsch nach Wiesenburg angetreten, das Nachmittags um 4 Uhr erreicht wurde. Hier tauchte auch ein Genosse auf, der sofort den Namen eines der Flugblättervertheiler in sein Notizbuch eintrug. Die Wiesenburg Genossen hatten uns schon erwartet und dafür Sorge getragen, daß uns in einem Gasthof ein besonderes Zimmer reserviert worden war. Der Genosse, der Amisdiener und eine andere Person nahmen auch mit in dem Zimmer Platz. Der Genosse ließ vor lauter Liebenswürdigkeit beinahe über. Er legte den innigsten Wunsch, mal beobachten zu können, wie eine sozialdemokratische Versammlung aussehe. Wir erklärten ihm, daß wir eine solche in 2 Stunden arrangieren würden, wenn wir die politische Genehmigung dazu hätten. Erst als wir dem Genosse den Vorschlag machten, selbst die politische Ueberrückung der Versammlung zu übernehmen, kam er auf die Idee, daß dahinter wohl eine Uebertretung des Vereinsgesetzes stecken könnte. Gegen 8 Uhr wurde die Rückfahrt nach Berlin angetreten, das wir um 10 Uhr erreichten.

Wie es mit den Wohnverhältnissen auf dem Lande beschaffen ist, geht daraus hervor, daß männliche Arbeiter bei 11hündiger Arbeitszeit 90 Pf. täglich, weibliche dagegen nur 40 Pf. verdienen.

Schließlich muß konstatiert werden, daß die Landbewohner uns jetzt nicht mehr als Räuber, Diebe und Vagabunden betrachten, sondern sich schon daran gewöhnt haben, in einem Sozialdemokraten einen Menschen zu sehen, der es mit den Verdräntanten der „bürgerlichen“ Gesellschaft getrost aufnehmen kann.

Der Winter nimmt kalendermäßig zwar erst am 21. Dezember seinen Anfang, doch fragt der raue Geselle wenig nach Kalenderbestimmungen, und so hat derselbe bereits lange vor der festgesetzten Zeit seinen Einzug in Berlin gehalten. Der Winter ist nicht nur ein Schrecken des nothleidenden Proletariats, die hieraus resultierenden Konsequenzen bergen auch einem gewissen Schrecken für die bürgerliche Gesellschaft in sich, und trifft oder hat dieselbe bereits ihre Vorbereitungen getroffen, um der Schrecknisse des Winters gedachter Art Herr zu werden. Als kleiner Ventilator sind die Wärmehallen zu betrachten, welche der Zentralverein für Arbeitsnachweis eingerichtet hat und deren gaslichte Hallen bereits eröffnet sind, frierenden Proletariern wenigstens bei Tage etwas „Warmes“ bietend. Für die Nacht bietet das Asyl für Obdachlose angenehmen Aufenthalt, wenigstens den Glücklichen, denen es gelingt, Aufnahme zu finden. In welcher Weise die herrschenden Gewalten ihre Vorbereitung für den Winter getroffen haben, wird ersichtlich aus folgender Notiz, die wir in bürgerlichen Blättern finden:

„Das alte Stadtvoigtei-Gefängnis am Rollenmarkt wird gegenwärtig erweitert, um neue Räume für die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Gefangenen zu gewinnen. Zahlreiche Maurer und Zimmerer sind beschäftigt, dem Hauptgebäude, das bisher nur zwei Stockwerke hatte, ein drittes aufzusetzen; die Arbeiter sollen so gefördert werden, daß die neue Etage bereits am 1. Dezember bezogen werden kann. Die Etage enthält drei große Säle, die Platz bieten für 165 Sträflinge.“

Also am 1. Dezember können bereits 165 „Sträflinge“ das ihnen bereitete „Heim“ beziehen! Das dasselbe nicht lange leer stehen wird, läßt sich mit Gewißheit annehmen, denn die angezogene Notiz besagt weiter:

„Zur Zeit macht sich in der Stadtvoigtei der Winter schon recht geltend. Der Bestand des Gefängnisses und seiner Filialen ist schon auf 1419 gestiegen. Auch Pötkusee ist schon jetzt mehr denn überfüllt; 1872 Gefangene waren gestern dort internirt, 272 mehr, als eigentlich Platz vorhanden ist.“

Und der Winter läßt erst an! Bei einigen Nachdenken dürften diese Thatsachen doch wohl geeignet sein, den besüßenden Klassen die lebhafteste Freude über die fruchtbarste Eröffnung der ersten Eisbahn in diesem Winter etwas zu trüben. Vielleicht machen die „Wahlthätigkeitsbazare“ in diesem Winter bessere Geschäfte, als sonst!

Der bekannte Graphologe von „Schroers Familienblatt“, Redakteur W. Langenbruch, wurde, wie verschiedene Blätter melden, als gerichtlicher Schreibsachverständiger ein für alle Mal vereidigt. Mit dieser Bestallung hat man zum ersten Male die alte Uebellieferung durchbrochen, wonach nur „Schönschreiber“ aus der Schule oder aus dem Bureau als tauglich zur Schriftbegutachtung befunden wurden, sehr zu Unrecht, wie bekanntlich zahlreiche Freiwörter dargehen haben, die der nunmehr ernannte Gutachter häufig vor Gericht nachgewiesen hat.

Wir begrüßen diese Neuerung mit aufrichtiger Freude, denn hoffentlich ist der Herr Langenbruch derselbe bahnbrechende Graphologe, der vor einigen Jahren in „Schroers Familienblatt“ aus der Handchrift unseres Prokuristen Jakob Bomberger den Charakter des Reichstagsabgeordneten Ludwig Bomberger bis in

die allerfeinsten Einzelheiten schilderte. Wenn wir uns damals gestatteten, trotz der leichtvollen Schilderungen des graphologischen Kenners die Geistes- und Charaktereigenschaften des uns persönlich sehr bekannten Herrn als einermassen von der graphologischen Darstellung abweichend darzustellen, so muß es doch einleuchten, daß die Berichte nunmehr die unzweifelhafteste Gewähr für eine absolut sichere Schriftenbegutachtung gefunden haben.

Berlin scheint auf die Ansicht verzichten zu müssen, in absehbarer Zeit den Grunewald als südlichen Park sein eigen nennen zu können. Von authentischer Seite erfährt der „Börsenkur.“ über die Verhandlungen wegen Verkaufes des Grunewaldes an die Stadt: Der Magistrat hatte beim Finanzministerium angefragt, welche Bedingungen der Stadtgemeinde Berlin für den Erwerb des Grunewaldes gestellt werden würden. Finanzminister Miquel war der Beratung nicht abgeneigt und hatte bereits in der Person des Geheimen Rathes Grandle einen Kommissar für die Angelegenheit ernannt, der sich mit dem landwirtschaftlichen Ministerium in Verbindung setzen sollte. Minister von Heyden glaubte jedoch auf keinerlei Verhandlungen eingehen zu dürfen und erklärte, daß von seiner Seite die Zustimmung zum Verkauf des Grunewaldes an die Stadt Berlin, sowie überhaupt nur irgend eines Theiles desselben, nicht erteilt werden könne. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Ministeriums ist diese Frage zur Erörterung gekommen und man hat sich einstimmig gegen den Verkauf ausgesprochen.

Die Kurpulsereien des indischen Gaukers Goolam Kador beschäftigten — wie bereits kurz gemeldet — bereits die königliche Staatsanwaltschaft. Wie wir erfahren, ist der „Wundermann“ von mehreren Geschädigten wegen Körperverletzung und wegen Betruges angezeigt worden. Einer der zur Anzeige gebrachten Fälle betrifft eine 33jährige Greisin, die aus dem linken Auge den grauen Star hatte, dessen Beschaffenheit alle Vorbereitungen für den besten Erfolg einer Operation zeigte. Durch den operativen Eingriff des „Wundermannes“ ist die alte Frau um alle Hoffnung betrogen worden, aus dem tranken Auge die Sehkraft wieder zu erlangen. Ein Gerichtshatter begab sich zu der in seiner Nachbarschaft wohnhaften Frau Sch. und erhielt von derselben folgende Auskunft über ihre Begegnung mit Goolam Kador: Die Frau hat zwei Söhne, die dem Kaufmannstande angehören. Der eine ist verheiratet, der jüngere wohnt noch bei der Mutter. Der Gatte und Vater ist längst tot. Eine Operation des erblindeten Auges der Mutter war von den Söhnen längst beabsichtigt, bisher aber unterblieben, weil die Familie erfahren haben wollte, daß die Operation mindestens 300 M. koste, und diese Summe vermochten die Söhne nicht kurzerhand anzubringen. Als nun der Wundermann in Berlin ankam und seine Reklame in das Publikum drang, da hoffte auch Frau Sch., daß sie mit Hilfe desselben ihr Augenlicht wieder erlangen könne, ohne den Söhnen ein allzu großes Opfer zumuthen zu müssen. Ohne Wissen der letzteren machte sie sich Montag, den 31. Oktober, auf die Wallfahrt nach der Friedrichstraße. Im Parteyzimmer fand sie eine dichtgedrängte Menge von hoffnungsdringenden, begeisterten Menschen, die alle das edelste Gut des Menschen, das Augenlicht, von dem Manne erwarteten, dessen Lob in allen Tönen erklang. Nach langem, langem Worten gelangte auch Frau Sch. in das Sprechzimmer. Hier befand sich der Arzt mit seinem Dolmetscher und zwei Damen, die ihm zur Hand gingen. „In zwei Minuten werden Sie sehen! Was können Sie zahlen?“ meinte Goolam Kador. „Ich weiß ja nicht, was Sie fordern!“ versetzte die Frau. Der Arzt verlangte 100 M., da die Patientin aber diese Summe nicht aufbringen zu können verneinte, ging er auf 90, 80, 70, 60 und endlich bis auf 50 M. herab, aber billiger könne er es nicht machen. Die Frau verriethete sich auch zu 50 M., erklärte aber, sie müsse sich das Geld erst von ihren Söhnen als Weihnachtsgeschenk geben lassen. Der Arzt und der Dolmetscher, sowie die beiden Damen redeten ihr aber zu, die Operation sogleich vornehmen zu lassen, da der Arzt nicht auf sofortige Bezahlung bestand und da er versicherte, daß die Operation ganz schmerzlos sei, so ließ sich die Frau bereuen. Der Arzt machte, nachdem das lebende rechte Auge verbunden worden war, einen senkrechten Einschnitt in die linke Schläfe, dann einen Querschnitt über die Hornhaut des Auges, was der Frau ganz unerträgliche Schmerzen machte. Als er die Hornhaut halb vom Augapfel weggezogen hatte, hielt er der Frau seine Finger vor das Auge und frag, ob sie die Finger sehe. Sie sah nur einen ganz leichten Lichtschimmer und hat, der Schmerzen halber die Operation zu beenden. Als dies geschah, fiel sie vor Schmerz in Ohnmacht. In einer Drofche wurde sie nach Hans befördert. Jetzt erfahren erst die Söhne von dem Vorgange. Der Kellere holte sofort den Oberstabsarzt Dr. D. herbei und dieser konstatierte, daß durch die verhehlte Operation die Sehkraft des linken Auges höchstwahrscheinlich definitiv vernichtet worden sei. Die Frau hat 14 Tage im Bett zubringen müssen, von Sehkraft ist keine Spur, der einzige Vortheil der ganzen Operation beruht in unerträglichen Kopf- und Augenschmerzen. Am Tage nach der Operation erschien der Dolmetscher in der Wohnung der Frau Sch., um sich nach deren Bestinden zu erkundigen. Ihm wurde gesagt, daß nunmehr „ärztliche“ Hilfe angeufen worden sei. Am zweiten Tage kam Goolam Kador selbst in Begleitung des Dolmetschers; er wollte die Kranke sehen. Der anwesende jüngere Sohn verwehrte ihm den Zutritt und bedankte ihn, wegen des Honorars solle er sich an seinen Bruder wenden. „Will mir Geld, will mir, will nur Reklame für Zeitung!“ rief Kador. Diese hat er freilich nicht erhalten, wenn er die erhoffte Reklame nicht durch diese sachgemäße Darstellung erhält, dann wird sie ihm vielleicht durch das beantragte Gerichtsverfahren gemacht, dann aber wohl in unerwünschtem Maße.

Die Charlottenburger Fabrik der Mittengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. ist gestern Abend in der ersten Stunde von einem Feuer heimgesucht worden, das vom Werkzeig-Baubureau ausging und sich über Fußboden, Wände, Fenster, Regale, Kästen u. dgl. verbreitete. Die herbeigerufene Berliner Feuerwehr besetzte die Gefahr, die Charlottenburger Feuerwehre, die erst nach der Berliner eintraf, trat nicht in Thätigkeit.

Verschwinden ist seit Donnerstag der 19 Jahre alte Jbiot Siegmund Erdten, Mohrenstr. 67 bei dem Vater in Wohnung gewesen. Der junge Mensch, der infolge von Krankheiten geistig gelitten hat, scheint sich ein Verdes angethan zu haben. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Er trug bei seiner Entfernung ein rothgestreiftes Porendhemd und einen Sommerüberzieher.

Ein schwerer Verdacht ist gegen eine Frau R. von Seiten der Polizei erhoben worden. In einem Hause der Wallstraße betrieb seit längerer Zeit der Kaufmann Rudolf R. einen Verkauf von Zigarren. Am 16. v. M. starb er plötzlich, und der Arzt stellte als Todesursache Wadenmarktsdarrs fest. Die Vorbereitungen für die Beerdigung waren bereits getroffen, da er schen vorgefunden die Revierpolizei, belegte die Leiche mit Beschlagnahme und ließ sie dem Schandhaufe zuführen. Ueber die Veranlassung hierzu meldet eine Lokalcorrespondenz folgendes: Der Dienstmann W., der mit dem Verstorbenen gut bekannt war, hörte von dem plötzlichen Todesfall und begab sich auf das Polizeirevier, wo er ausfragte, daß R. ihm vor einer Woche mitgeteilt habe, daß seine Ehefrau, die früher Sängerin oder Kellnerin gewesen sein soll, ihm in eine mit Schnaps gefüllte Flasche eine Flüssigkeit gemischt haben müsse. Er habe dies an dem widerlichen Geschmacke bemerkt und die Flasche vor Schrecken fallen lassen, so daß sie zerbrochen sei. Von dem Inhalte habe er daher gnoeds Untersuchung nichts mehr übrig behalten. Der Zeuge sprach im Anschluß hieran die Möglichkeit aus, daß R. durch Gift aus dem Leben geschieden sei. Der Hausverwalter J. gab seine Frau lieferten weiteres Belastungsmaterial gegen die Frau R. Hiernach hat diese eines Tages ihner, gegenüber eine Kruppe

Parlamentarische Berichte.

Abgeordnetenhand.

4. Sitzung vom 19. November, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, Dr. Miquel, von Schelling und Kommissarien.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern und der Einkommensteuer wird fortgesetzt.

Abg. Graf Vehr (fränk.): Die Vorlagen sind streng logisch durchdacht, aber es fragt sich doch, ob eine so umfassende Umwälzung unseres Steuersystems notwendig ist. Den Beweis dieser Notwendigkeit vermisse ich. Ich hätte gern gesehen, daß in der Debatte und mitemittheilt worden wäre, wie die Provinzialbehörden sich über die Reform ausgesprochen haben. Sie sind aufgefordert worden, nicht mit der Eile eines Schnellzuges, sondern eines Waggons ihr Gutachten abzugeben innerhalb acht Tagen, ja die unteren Behörden innerhalb vier Tagen. (Abg. Richter: Hört!) Die Vorlagen entsprechen durchaus nicht der Willensmeinung des Hauses. Es ist von der Ueberweisung der Realsteuern, aber niemals von der Aufhebung die Rede gewesen. Durch die früheren Steuern ist also niemand gebunden, denn die Vorlagen geben weit darüber hinaus. Die Gemeindesteuereinzuschläge sollen so hoch sein, daß die Gemeinden sie nicht mehr tragen können. Das ist doch nur für den Westen der Reich. Im Osten liegen die Dinge doch anders (Widerspruch rechts), einzelne Fälle vielleicht ausgenommen. Die Befreiung der Doppelbesitzerung soll herbeigeführt werden. Die Grundsteuer hat fast überall den Charakter einer Rente angenommen; sie wird bei Gutskauf und bei Pachtung immer abgerechnet. Die Zuschläge zur Grundsteuer haben allerdings eine andere Bedeutung, aber sie sind nicht so sehr hoch, daß deswegen eine völlige Umwälzung gerechtfertigt wäre. Meiner Meinung nach ist es gar nicht richtig, den Einwohnern der Städte ihr Leben so angenehm wie möglich zu machen (Widerspruch und Beifall), weil dadurch die Entvölkerung des Landes befördert wird. Mit der Umwälzung sind aber auch gar nicht so große Vortheile verbunden, daß man deswegen die Vorlage annehmen könnte. Et eine Erleichterung der Steuerlast tritt nicht ein, es handelt sich nur um eine Verschiebung der Last, und diese tritt auch nur ein mit Hilfe einer neuen Steuer, die durchaus keinen angenehmen Eindruck macht. Bei der derzeitigen Finanzlage scheint es mir nicht richtig, auf die Steuern, die man sonst als das Rückgrat der Staatsfinanzen bezeichnet hat, zu verzichten. Der Großgrundbesitzer erhält durch diese Vorlagen ein großes Geschenk. Die Ueberweisung der Grundsteuer war ein Unrecht, die Aufhebung würde ebenso unrecht sein, weil es sich dabei um ein Geschenk an die wohlhabenden Leute auf Kosten der Allgemeinheit handelt. (Abg. Richter: Hört!) Ferner haben die großen Städte einen Vortheil davon (Widerspruch links), weil sie die stetig wachsende Verbrauchssteuer erhalten. Sehr wenig angenehm berührt mich die Aufhebung der lex Duene. (Widerspruch rechts.) Die schwankenden Einnahmen aus derselben sind ja ungenügend, aber sie hat im übrigen recht wohlthätig gewirkt. Denn es ist ein großer Unterschied, ob man zu gemeinlichen Zwecken Steuern erhebt oder den Bedarf aus vorhandenen Mitteln deckt. Sollten wirklich einige Kreise falsche Verwendung vorgenommen haben, so hat die Aufsichtsbehörde den gebührenden Fehler gemacht, sie hätte solche Verwendungen verhindern können, denn das Gesetz enthält darüber ausreichende Vorschriften. Wenn die lex Duene aufgehoben wird, dann werden aber kurz oder lang die landwirtschaftlichen Böden aufgegeben werden. (Widerspruch rechts.) Sehr richtig! Links.) Dazu kommt die Aenderung des Wahlrechts durch die Aufhebung der Realsteuern. Wir werden die größten Anstrengungen machen müssen, um eine Verschlechterung des Wahlrechts nach der demokratischen Seite hin zu verhindern. Mindestens hätte das Wahlgesetz zugleich mit diesen Vorlagen vorgelegt werden müssen. Die Gefahr nach dieser Richtung hin ist so groß, daß ich die Gesetze nicht annehmen kann, ehe wir uns nicht über ein neues Wohlgesetz verständigt haben, welches mit diesen Vorlagen zugleich in Kraft treten muß. Warum soll die Vergewaltigung bei dieser Gelegenheit aufgehoben werden? Die Rückforderung der Grundsteuerentschädigung halte ich für ein großes Unrecht, zumal im Vorschlag der Regierung kein Prinzipienhalten ist. Warum soll der Gabe die Entschädigung zurückzahlen, der Käufer nicht? Die Verluste sind aufgehoben worden und dafür ist eine Entschädigung gezahlt worden. Jetzt wird das Privileg nicht wiederhergestellt, denn früher durfte überhaupt niemand von den Privilegierten eine Grundsteuer erheben, während das jetzt den Gemeinden und Kommunalverbänden gestattet bleibt, aber trotzdem soll die Entschädigung zurückgegeben werden. Aus allem geht hervor, daß auf diesem Wege ein wesentlicher Fortschritt nicht zu erreichen ist. Um das Ziel zu erreichen, will man eine Vermögenssteuer einführen. Warum ist der Name im letzten Augenblick geändert worden? Es ist keine Vermögenssteuer, es ist und bleibt eine Einkommensteuer. Man erreicht mit dieser Vorlage nicht einmal eine richtige Heranziehung des fünften Einkommens. Wie will man den Werth eines Guts schätzen, dessen Werth doch abhängt von der Verwaltung? Wenn man das Arbeitslohn besser behandeln will, dann muß man in der mittleren und unteren Einkommenssteuer einen Erleichterung einbringen lassen. Nach einem unglücklichen Kratze oder einer rationalen Salomität wäre eine Vermögenssteuer am Platze, aber nicht da, wo es sich nur um einen Ausgleich handelt. Warum werden die Ueberflüsse aus der Einkommensteuer nicht zur Deckung für diese Vorlage verwendet, warum will man das Einkommen der Beamten aufheben? Für die Schulmeister aus der Einkommensteuer, mehr als für die Beamten. Wenn die Vorlage angenommen sein werde, werden die Realsteuern noch lange belastet werden von Seiten der Gemeinden als bisher. Der Vortheil liegt hauptsächlich bei den großen Grundbesitzern. Daher mache ich keine Gesetze. Dadurch würde die Anknüpfung der Realsteuer im Lande vermehrt. Der Bauer würde wahrscheinlich lieber 10 pCt. mehr bezahlen als die neue Steuer, welche so tief in die Verhältnisse eingreift. Behalten wir die lex Duene in der Weise, daß sie nicht mehr, wenn auch nur auf 24 oder 20 Millionen. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Unternehmungen, welche sie begonnen haben, fortzusetzen. Ueberweisen Sie jetzt die 40 Millionen Ueberflüsse aus der Einkommensteuer an die Gemeinden oder an die Provinz; ich würde auch der Ueberweisung an die Gutsbezirke nicht widersprechen. Mit einer solchen Vertheilung würde jeder praktische Mann zufrieden sein können.

Generaldirektor der direkten Steuern Burghart: Wenn wirklich der Vorschlag des Vorredners allgemeine Zufriedenheit erzeugen würde, dann brauchen wir uns mit den Vorlagen nicht weiter zu befassen. Aber ich bezweifle nicht, daß sich gegen diesen Vorschlag noch viel mehr Widerspruch als gegen die Vorlage erheben wird. Zudem würde es nur ein schwankendes Uebergangsglied sein, in welches wir hineinkommen, und eine Steuerreform wäre dann mindestens auf ein Menschenalter hinaus ausgeschlossen. Die stärkere Heranziehung des fünften Einkommens soll ein Schlagwort sein! Jetzt nicht der Arbeiter seine Arbeitskraft auf, während der Rentier seine Kraft, das heißt sein Vermögen behält? Der

Vorredner meint, der Werth des Grundbesitzes könnte nicht geschätzt werden. Wird er denn nicht bei der Erbschaftsteuer, bei Verleihen und Veräußerungen ebenfalls geschätzt? Die Provinzialbehörden waren seit dem Frühjahr hingewiesen auf die Steuerreformpläne, sie hatten also Zeit ihre Gutachten vorzubereiten und die Regierung hat dieselben gründlich durchgearbeitet. Die Forderung der Ueberweisung war eine agrarische; es hieß, weg mit den Zuschlägen der Gemeinden; dafür sollen die Gemeinden die einfachen Staatssteuern übernehmen erhalten. Wenn die Gemeinden die Realsteuern erhalten, dann sollen sie dieselben nicht etwa übermäßig belasten; denn jede Realsteuer, die ohne Rücksicht auf den Schuldenstand erhoben wird, hat ihre Grenze in sich. Daß es aber mit den Zuschlägen zur Einkommensteuer anders steht als der Vorredner behauptet, beweisen die statistischen Zahlen, welche gerade für den Osten durchschnittlich höhere Zuschläge ergeben, als für den Westen, weil die Zuschläge zu den Realsteuern nur sehr wenig angewendet worden sind. Die ungemessenen Zuschläge zur Einkommensteuer sind der Reiz der Staatssteuern; denn bei 500 oder 600 pCt. Zuschlag kann keine richtige Einschätzung stattfinden. Bei aller Achtung vor dem deutschen Volke muß ich doch sagen: wenn durch Declaration der Steuerzahler gleich von vornherein 8 bis 16 pCt. seines Einkommens als Steuer feststellen soll, dann wird er nicht gern deklarieren.

Die Staatsregierung giebt die Realsteuern nicht leichtfertig weg, sie fordert ihren Preis dafür, die Ergänzungsteuer, welche manche Unbequemlichkeiten mit sich bringt. Die Realsteuern sind ein Opfer, welches die Regierung bringt für die Durchführung eines großen Planes.

Abg. von Jagow (kons.) erklärt, daß er im Namen der konservativen Partei spreche, welche in dieser Frage einzig sei. Die Vorlagen enthalten die Ausführung eines Punktes des Programms der konservativen Partei, der auch durch den § 82 des Einkommensteuergesetzes die Zustimmung beider Häuser des Landtages gefunden hat. Wenn der einzelne Steuerzahler vergleicht, wie er jetzt besteuert wird und wie nach Annahme der Vorlage, wenn für eine Gemeinde ein ähnlicher Vergleich angestellt wird, so ergibt sich daraus kein richtiges Material. Man muß untersuchen, ob diejenigen, welche jetzt übermäßig belastet sind, entlastet werden. Wer die Ungerechtigkeit der Grund- und Gebäudesteuer und der Bergwerksabgaben erkannt hat, wer solche Verbrauchssteuern verbessern will, der muß zur Aufhebung derselben kommen, oder erklären, daß er dem Belasteten diese ungerechte Last gönnt und sie nicht erleichtern will. Unser Staatsteuersystem ist ein Gemisch verschiedener Steuern, die bemessen sind nach dem Realbesitz und nach der Leistungsfähigkeit; die jetzigen Vorlagen erreichen eine vollständige Scheidung; sie basieren die Staatssteuern allein auf die Leistungsfähigkeit. Die lex Duene hat fast überall gut gewirkt, aber die Produktion hat sich im Laufe der Jahre wesentlich geändert. Einige wohlhabende Klassen wissen aber gar nicht mehr, was sie mit dem Gelde anfangen sollen. Aber dauernde Einrichtungen, welche dauernde Kosten verursachen, kann eine Kreisverwaltung nur dann schaffen, wenn sie dafür dauernd die Mittel hat. Aber man weiß ja nicht, wie lange die lex Duene Geld hergeben wird. Deshalb sehe ich der lex Duene gegen sehr pessimistisch, denn ihr Bestehen ist von allerlei Zufälligkeiten abhängig. Wenn das Reich die Ueberweisung einstellt, dann fällt die lex Duene. Das Unwesen der hohen Zuschläge zu den Staatssteuern können wir nur dadurch beseitigen, daß wir den Gemeinden die Realsteuern zugänglich machen. Die Finanzlage ist keine derartige, daß der Staat auf die Realsteuern einfach verzichten kann. Aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist ein solcher, daß die Reform jetzt am besten durchgeführt werden kann. Wir wollen deshalb den ganzen Plan unterstützen und uns an halber Arbeit nicht beteiligen. Man könnte daran denken, die staatlichen Realsteuern nicht aufzuheben, sondern nur den Beitrag derselben zu überweisen an die Bedürfnisse der Gemeinden. Welcher Instanz würde alledam an das Abgeordnetenhaus alljährlich eintreten, denn man könnte doch nicht dem Finanzminister die Verwendung dieser Fonds übertragen. Wir glauben, daß die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat. Aber ganz ohne Bedenken sind meine Freunde den Vorlagen gegenüber nicht, namentlich vermischen sie eine Regelung des Wahlrechts. Wir halten das allgemeine direkte Wahlrecht theoretisch für falsch und praktisch für gefährlich. Das Dualisten-Wahlrecht halten wir für das richtige. Die Klassen werden gebildet nach der Steuerleistung. Der Grund und Boden ist das feste Element des staatlichen Lebens. Deshalb ist seine Stellung beim Wahlrecht nicht danach zu berechnen, wie viel Steuern er an den Staat zahlt. Die Schmälerung des Wahlrechts der Grundbesitzer würde alle finanziellen Vortheile der Vorlage aufheben. Wir wollen die Vorlage möglichst zu stande bringen, aber wir wünschen keine Verschiebung des Wahlrechts im plutokratischen Sinne. Wenn nicht bis zum Abschluß dieser Reform und der Nachweis erbracht wird, daß unsere Verfassungen bezüglich der Verschiebung des Wahlrechts unbegründet sind, wenn nicht durch ein besonderes Wahlgesetz Generationen geschaffen werden, werden wir schweren Herzens gegen die ganze Reform stimmen müssen. Ich verlange nicht, daß die Staatsregierung schon heute darüber eine bindende Erklärung abgibt, denn aus der Throntrede haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung bemüht ist, eine Regelung des Wahlrechts herbeizuführen, wir würden die Verhandlungen nur führen, wenn wir jetzt eine bestimmte Erklärung verlangten. Die Zurückzahlung der Entschädigung für die aufgehobene Grundsteuerpflicht erscheint einem Theil meiner Freunde bedenklich. Ich halte die Streichung jeder Rückzahlung für nicht ganz gerechtfertigt; aber so weit wie die Regierungsvorlage geht, glaube ich doch nicht gehen zu können. Uebrigens würde es sich, wenn die Rückzahlung erlassen würde, nicht bloß um ein Geschenk an die Mittergutsbesitzer handeln, wie Herr Richter behauptet (Zuruf Richter's: Graf Vehr auch!) Ich rechne Sie beide jetzt so ziemlich zusammen. (Beifall.) Daran sind, abgesehen von einigen Städten, auch eine große Anzahl bäuerlicher Besitzer beteiligt. Wer sich an den Beratungen dieses Gesetzes beteiligt und nachher noch in agitatorischer Weise von einem Geschenk an die Mittergutsbesitzer spricht, der treibt eine bewußte falsche Agitation (Widerspruch und Lachen links). Das will ich heute schon feststellen. Ich bin der Meinung, daß die stärkere Heranziehung des fünften Einkommens besser im Rahmen der Einkommensteuer als durch die Vermögenssteuer bewirkt werden kann. In der Form einer Erbschaftsteuer kann der fehlende Bedarf von 35 Millionen Mark nicht beschafft werden. Wenn die Vermögenssteuer eingeführt werden sollte, dann dürfte der Werth der Grundstücke nicht nach dem Verkaufswert berechnet werden. Die Vorlage über die Gemeindeabgaben belastet wohl die Realsteuern etwas zu stark. Von einem Geschenk an die Gutsbesitzer kann nicht die Rede sein, denn es wird allen, die Realsteuern zahlen, dieselbe erlassen, also kein einzelner bevorzugt. Uebrigens trägt der Gutsbesitzer auch erhebliche Kommunallasten, er kann dieselben nur nicht unterwerthen auf die Einwohner des Gutsbezirks, wie das in den Gemeinden geschieht. Wenn der Staat auf die Steuern verzichtet, dann muß er auch genau rechnen und muß die schwankenden Ueberflüsse aus der Einkommensteuer und aus der lex Duene vorzüglich in Rechnung stellen. Wenn wir Vorzüge und Nachteile der Vorlage gegeneinander abwägen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat, daß sie die Sache

der Größe des Gedankens entsprechend auch vom großen Standpunkt aus behandelt hat. Meine Freunde werden bestrebt sein, in Uebereinstimmung mit der Regierung und, wie wir hoffen, in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses die Vorlage zu verbessern und fertig zu stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr.): Wir können dem Vorredner dankbar sein für seine offene Aussprache über die agrarischen Interessen. Die Herren wollen den Erlaß der Grundsteuer hinnehmen, aber sie wollen ihr Wahlrecht nicht verkürzen lassen. Es sollen auch einige kleine Leute Entschädigungen zurückzahlen haben. Dies spricht umso mehr dafür, daß auch die Käufer, nicht bloß die Erben von Gütern die Entschädigung zurückzahlen müssen. Graf Vehr ist zwar als konservativer Mann von dem Herrn Vorredner erkommungstüchtig; aber er hat doch den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, die Aufhebung der Grundsteuer kommt den Großgrundbesitzern zu gute. Wenn ich ein Steuersystem aufbauen sollte, würde ich die Grund- und Gebäudesteuer zur Gemeindesteuer machen; aber ich würde auch die Ausgaben, die der Staat daraus bestreiten hat, den Gemeinden mit überweisen. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist vielfach verlangt worden, aber niemals hat man daran gedacht die Mittel zu schaffen durch eine Vermehrung der Personalsteuern. Die vollständige Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer gehört in der That der allerletzten Zeit an, früher ist kein Agrarier so begehrt gewesen. Herr Bismarck ist ein Patron der Agrarier gewesen, aber an den Erlaß der Grund- und Gebäudesteuer hat er niemals gedacht. Daß der Finanzminister solche Forderungen bewilligt, erregt natürlich helle Freude bei den Agrariern. Und mit welcher Euphorie macht dies der Herr Finanzminister! Mit welchen schönen Reden begleitet er das Geschenk! Man könnte beinahe glauben, daß es sich um eine Forderung der Wissenschaft handelt, wenn die Herren nur den Steuererlaß annehmen; sie machen sich damit noch um das Vaterland verdient. Einem solchen Finanzminister kann man viele Sünden vergeben, die er an dem Konservatismus begangen hat. Zur Aufrechterhaltung des historischen Adels im Osten Preußens hat der Minister alle möglichen Liebesgaben vertheilt. Der historische oder nicht historische Adel ist nur so lange berechtigt, als er aus eigener Kraft eine Bedeutung erlangt. Welche Freude wird erst im Herrenhause über die Vorlage entstehen, wo Personen sitzen, welche nicht einen, sondern zehn und mehr Gutsbezirke besitzen, so daß der Grundsteuererlaß für eine einzelne Person sich bis auf 40000 Mark beläuft. Je verschuldeter der Grundbesitz ist, desto größer ist die Entlastung und deshalb ist auch der Juwel am größten in der „Kreuzzeitung“, dem Organ für den alten und verschuldeten Grundbesitz. (Große Heiterkeit.) Eine Verbesserung der Kommunalverhältnisse wird durch die Aufhebung der Realsteuern nicht herbeigeführt, denn die Gutsbezirke sind keine kommunalen Einheiten für sich (Widerspruch rechts); sie haben sich isolirt und neben ihnen stehen meist leistungsfähige Bauerngemeinden, denen nicht so viel erlassen wird. Der Finanzminister hat sich nicht als Agrarier, sondern als Urbauer vorgestellt. Wir haben Nachweisungen nur über die Städte über 10000 Einwohner. In diesen betragen die Schullasten 52 Millionen, die Ueberweisungen 35 Millionen; in den Gutsbezirken betragen die Ueberweisungen 9 Millionen, die Schullasten aber nur 3 Millionen Mark. Das ist die besondere Aufgabe des Herrn Miquel für die Städte! Wo eine kommunale Organisation besteht, ist es möglich, die Schullasten härter für die Gemeinde heranzuziehen, im Gutsbezirk fehlt es an jeder Möglichkeit dazu. Die zwei Millionen Hinterlassenen der Gutsbezirke haben von der Ueberweisung gar keinen Vortheil. Der Finanzminister meinte, daß früher die Ueberweisung der Grundsteuer an die Gutsbezirke bedenklich war, dieses Bedenken sei beseitigt durch die Kreisordnung und die Landgemeindeförderung, die kommunale Stellung der Gutsbezirke ist dadurch nicht im geringsten geändert worden. Deshalb hat sich auch die Regierung bei der lex Duene geweigert, die Ueberweisung an die Gemeinden statt an die Kreise zu vertheilen. Die Landgemeindeförderung hat nur die Möglichkeit geschaffen, die kommunale Ordnung der Gutsbezirke zu ändern, aber nicht einmal in dem Umfange, in welchem die Regierung es verlangte; ob überhaupt etwas auf diesem Gebiete geschehen wird, werden wir ja im nächsten Jahre sehen. Es ist eine Ungerechtigkeit gerade gegenüber den Bauerngemeinden im Osten, daß die Ueberweisung an die Gutsbezirke erfolgt, ohne eine gleichzeitige Reform der kommunalen Verhältnisse. Hätten wir ein wirkliches Reformministerium und nicht bloß ein Steuerministerium, dann würde es diese Handhabe der Ueberweisung nicht aus der Hand geben. Die ganze Organisation wird für die Zukunft erschwert. Eher würde es sich noch empfehlen, die Gelder an die Kreise zu geben. Nicht weil ich Vertrauen zu den Kreisen und zu den Kreisrägen hätte, ein solches Vertrauen hat die Einführung der lex Duene vollständig zerstört, aber es würden sich schon Mittel und Wege finden die Ueberweisung wirklich dem Lande zu Gute kommen zu lassen. Es ist richtig, daß der Realbesitz besonders zu den Kommunallasten herangezogen wird. Aber für den Grundbesitz leistet auch der Staat manches, indem er durch Lotationen die Wegebauten in den Provinzen unterstützt. Aber die Ausgaben des Grundbesitzes an den Staat werden aufgehoben, daher mußten auch die Provinziallotationen aufgehoben werden. Für laufende Kosten der Armen- und Schulverwaltung sollte der Grundbesitz innerhalb der Kommune nicht voraus belastet werden, aber alle Aufwendung für den Grund und Boden müßte auch von diesem allein getragen werden. Denn die Realsteuern haben allein den Vortheil davon; sie können die Steuer wieder einbringen durch die Kirchen, welche sie aus ihren Häusern beziehen. Durch Aufhebung der Staatrealsteuer wird der Realbesitz entlastet, ohne daß eine Verminderung der Zuschläge zur Einkommensteuer vorgeschrieben ist. Es sollen für 100 pCt. Einkommenssteuerzuschläge auch 100 pCt. Realsteuern erhoben werden; aber das steht mehr als es in Wirklichkeit ist, denn 100 pCt. Einkommenssteuer waren früher 75, sind jetzt 115 Millionen Mark, während 100 pCt. Grund- und Gebäudesteuer dasselbe geblieben sind. In Berlin würde es dahin kommen, daß ein Theil der Handsteuer erlassen werden muß, aber deren Erhebung selbst die Hausgracien in Berlin noch nicht geklagt haben. Auf die Einführung neuer Realsteuern rechne ich nicht; die Grund- und Gebäudesteuer wird in der veränderten Form beibehalten werden, die sie jetzt hat. In den einzelnen Kommunen ist das Wissen nicht vorhanden, um besondere neue Realsteuern zu schaffen. Das Wissen ist ja nicht einmal beim Finanzministerium vorhanden, sonst wäre doch eine Reform der Grund- und Gebäudesteuer ein leichtes gewesen. Es müßte doch wenigstens ein Rahmen gegeben sein, nach welchem die Gemeinden sich richten könnten. Das Kommunalsteuer-Gesetz ist äußerst interessant zu lesen; es sind viele richtige Gedanken darin enthalten. Das Gesetz ist ein Grundriß der Wissenschaft der Kommunalfinanzien, aber es fehlt an jeder Formulierung der Bestimmungsbeugnisse der Gemeinden. Diese Befugnisse sollen durch Gesetz festgesetzt werden. Das Gesetz stellt alles auf die Weisheit der Bezirks- und Provinzialräthe und des jeweiligen Finanzministers. Herr Miquel wird die Sache nach seinen Gedanken zu leiten suchen, aber das ihm das nicht immer gelingt, hat er wohl daran gesehen, daß die Gemeinden es verstanden haben, die Mehrerträge der Einkommensteuer zur Entlastung des Grundbesitzes zu verwenden. Das Verfahren wird also von der Meinung des jeweiligen Ministers abhängen. Das Kommunal-

steuer-Gesetz ist technisch das unvollständige; man sieht, mit welcher Hast und Eile dasselbe zusammengestellt ist. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß erst im Juli ein Wechsel im Ministerium des Innern eingetreten ist. Das Abgeordnetenhaus kann einen solchen Gesetzesentwurf nicht verbessern. Besonders zeigt sich die Unfertigkeit aber bezüglich der Gewerbesteuer. Es ist nicht richtig, daß die Gewerbetreibenden von den Kommunal-Einrichtungen denselben Vorteil haben, wie die Grundbesitzer. Deshalb haben auch die Städte über 10 000 Einwohner nur 8 pCt. Zuschläge zur Gewerbesteuer erhoben. Die Regierung scheint davon ausgegangen zu sein, daß die Gewerbetreibenden viele Arbeiter beschäftigen, welche der Kräfte wegen zur Last fallen. Dafür müssen aber die Unternehmer auch Versicherungsbeiträge zahlen, während auf dem Lande eine Krankenversicherung nicht besteht. Manche Gewerbe, wie z. B. das Versicherungsgewerbe u. s. w., beschäftigen aber nur sehr wenige Arbeiter. Deshalb muß die Gewerbesteuer besser behandelt werden als die Grund- und Gebäudesteuer. Das neue Gewerbesteuer-Gesetz ist für die kommunale Besteuerung gänzlich gemacht. Die Steuer ist Schankwirtschaften ist besonders behaftet; sie wird den Kreisen überlassen und die Gemeinden werden dadurch angezogen, ihrerseits Zuschläge dazu zu erheben. Man hat die Steuerzahler mehr belastet dadurch, daß man ihnen 35 Millionen Steuern mehr ansetzt. Dadurch hat man sie geschwächt in ihrer Fähigkeit, für die Gemeinden Steuern zu zahlen, und auf diesem Wege schreitet man immer vorwärts, denn die Vermögenssteuer ist nur eine weitere Einkommensteuer. Das ist nicht ein Erfordernis der Wissenschaft, sondern die Art des Posters Eisenhart, der seine Leute auf besondere Art kurirt. Die Heberzölle der Einkommensteuer und die Vermögenssteuer kommen meist aus den Städten, die Gleichzeitigkeit sieht aber mehr dem platten Lande zu, während in Städten die höchsten Gemeindefürsorge zur Einkommensteuer vorhanden sind. In den Städten werden 104 Millionen Einkommensteuer erhoben, überwiesen werden bloß 35 Millionen, wovon aber 90 Millionen abgehen für die Aufhebung der lex Foene, sodaß also bloß eine Erleichterung von 15 Millionen übrig bleibt. Der Städteinwohner sieht also schlechter da als vor der Steuerreform des Finanzministers. In den nicht besiedelten Städten giebt es nicht bloß keine Leute, sondern auch Arme, ebenso wie es auf dem platten Lande auch keine Majoratsbesitzer giebt. Die Armen- und Schulkosten wachsen in den Städten außerordentlich; davon haben die Grund- und Hausbesitzer vielleicht Vorteil, aber diese sollen gerade entlastet werden; für die anderen wächst die Steuerlast, ohne daß sie darauf einen Zuwachs an ihrem Wohlstande erhalten. Der Staat ist allerdings eine Einheit; die Einheitlichkeit hat aufgehört, seitdem die Dotationen durchgeführt worden sind, welche zum Nachteil der industrialisierten Bezirke verteilt worden sind; das stieg an mit den Provinzialdotationen, welche zu zwei Dritteln nach der Flächenverteilung sind, und hat sich fortgesetzt auch z. B. bei den Heberzöllen für die Wehrgebietsbezirke, die gleichmäßig erfaßt sind, trotzdem die Gehälter der Lehrer verschieden sind. Die indirekten Steuern stellt das Gemeindefürsorge-Gesetz in den Vordergrund. Sicher ist nur, daß die Realbesitzer entlastet, die anderen belastet werden. Die Einführung der Gebühren wird finanziell für die Gemeinden nicht wirksam sein. Die Steuer auf Schankwirtschaften wird den Gemeinden empfohlen. Das ist falsch, nachdem man den Brauntwein so sehr vertheuert hat. Eine indirekte Schanksteuer wird zugelassen dadurch, daß die Gebühren in den Salachhäusern so hoch bemessen werden können, daß die Anlagekapitalien sich mit 8 pCt. verzinsen. Der Finanzminister hat gesagt, die Wehrzölle gehörten nicht hierher. Gewiß gehören sie hierher, denn Herr Bismarck hat für die Wehrzölle immer die Grundsteuer als Ursache angesehen, deshalb muß bei Aufhebung der Grundsteuer auch der Wehrzoll fallen. In keinem größeren Gemeinwesen besteht neben der Einkommensteuer eine Vermögenssteuer; man hat immer beide vereinigt. Der Werth von Vermögenswerten wird schwer festzustellen sein. Der Minister will die Hauptlast besteuern; das sollte er lieber den Kommunen überlassen, welche durch ihre Einrichtungen die Werthsteigerung der Baupreise herbeiführen. Mir scheint, daß man die Vermögenssteuer ausgeben will. Wenn das

fundierte Einkommen stärker belastet werden soll, dann werden wir verlangen die Befreiung der Doppelbesteuerung für die Kleinverdienenden und eine Herabsetzung des Zolls in den unteren Stufen. Der Finanzminister führte uns einen Arzt vor, der bei 7000 M. Einkommen ebenso viel Steuern zahlen mußte, als ein Rentier mit demselben Einkommen, der sein Vermögen vererben könne, während der Arzt seinen Kindern nichts hinterlassen könne. Als es sich um die Besteuerung handelte, hat der Finanzminister für diesen armen Arzt nicht gesorgt; gerade diese Bevölkerungsklasse ist schärfer eingeklinkt worden als früher. Es wird den Arzt wenig trösten, daß der Rentier in Zukunft etwas mehr bezahlen muß. Der Finanzminister glaubt beweisen zu können, daß die Einkommensteuer eine Entlastung mit sich gebracht habe; er rechnete den Steuerbeitrag für den Kopf aus, aber es sind nicht mehr dieselben Köpfe in den betreffenden Steuerklassen; sie sind in höhere Steuerklassen befördert worden und dadurch mehr belastet, und das nennt der Minister dann Reform. Die Anhänger der neuen Einkommensteuer sind wohl jetzt wesentlich erleichtert worden, und da müht man uns zu, das Einkommensteuergesetz mit allen seinen Mängeln und Gebrechen unverändert zu lassen und noch ein neues Stodwerk darauf zu legen. Damit würden wir jede Handhabung für eine Reform des Einkommensteuergesetzes aus der Hand geben. Wenn die Vorlage nicht zuhande kommt, dann würden die Heberzölle der Einkommensteuer nach ein Jahr früher, nämlich schon 1894, dem Lande zufließen. Wenn man eine so große Reform durchführen will, wie kann die Regierung es dann verantworten, daß die Militärvorlage an den Reichstag kommt (Verweigerung rechts), welche das ganze öffentliche Interesse in Anspruch nimmt? Das Interesse des Landes wird sich der Steuerreform nicht mehr zuwenden, wenn die Militärdetabellen beginnen. Schon jetzt ist in der Minister des Innern seine Kreisblätter mit Militärartikeln, um vor den Russen und Franzosen granlich zu machen. (Heiterkeit.) Ein Theil der Abgeordneten gehört auch noch dem Reichstage an; auf die Mitwirkung derjenigen, welche bei der Militärvorlage mitwirken, müssen wir auch hier rechnen. Und wie denken Sie sich denn die Sache im Falle einer Reichstagsauflösung? (Widerstrebend rechts; Auf: „Das gehört nicht hierher!“) Wer die Auflösung des Reichstages bezweifelt, der zweifelt an dem Ernst des Reichstages. Denn wenn er eine solche Vorlage einbringt, muß er auch den Reichstag auflösen, wenn die Mehrheit erfolgt. (Zuruf: Für Sache!) Das gehört hierher. Es sprechen auch immer von den Wehrzöllen. Die Trennung des Reichsanzenalrates vom Ministerpräsidenten zeigt jetzt ihre nachtheiligen Folgen. Wenn das Ministerium noch in anderen Dingen stark wäre als in Steuerfragen, dann hätte es Widerspruch erheben müssen gegen die Einbringung der Militärvorlage in dem jetzigen Augenblicke. Wenn man den Karren zu voll gepackt hat, das er umfällt, so soll es uns freuen, wenn die Militärvorlage dabei mit weggerissen wird; das wäre die beste Lösung der Frage. (Widerstrebend rechts.)

Ministerpräsident Graf zu Stolberg: Die Voraussetzungen des Vorredners sind unrichtig; wir sind vom Reichstage freigelegt worden und haben unsere Meinung ausgesprochen. Da kann man nicht von Schwäche gegenüber den Anforderungen des Reiches sprechen. Es war die falsche Nachricht verbreitet, daß die Militärvorlage beim Bundesrath eingebracht sei, während sie beim Staatsministerium eingebracht war. Die Nachricht wurde sofort widerrufen, aber trotzdem wurde auf dieser falschen Nachricht umhergeritten, um Stimmung zu machen. Greifen Sie uns an, wenn wir unrecht thun; wir werden uns verteidigen. Aber schieren Sie uns nicht solche unrichtige Dinge in die Schuhe. Wir haben nicht nöthig, in jedem Augenblicke, wo Erwägungen noch schweben, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Wir treten mit dem Ergebnisse der Erwägungen hier oder im Reichstage vor die Öffentlichkeit. (Beifall.)

Finanzminister Miquel: Herr Richter hat eine sehr lange Rede gehalten und eine eingehende, zum Theil richtige Kritik geübt, aber er hat bisher immer verkannt, den Weg anzuzeigen, den man einschlagen muß. Herr Richter hat gesagt: Die Realbesitzer müßten kommunal- nicht Staatssteuern sein. Der Reform der Gewerbesteuer widersteht sich Herr Richter, weil wir angeblich

in Gelde schwimmen; er wollte die Taxe der Einkommensteuer so ermäßigen, daß ein Anfall von 15 Millionen entstanden wäre. Dann hätte man allerdings nicht die Mittel gehabt, um die Realbesitzer zu ermäßigen. Wir sind aber nicht mehr bei den theoretischen Erwägungen, sondern es liegt ein beschlossenes Gesetz vor, welches ausgeführt werden muß. Das Kommunalsteuer-Gesetz hat Herrn Richter gefallen als eine theoretische nationalökonomische Broschüre. Wir wollen sehen, welche besseren Vorschläge Herr Richter in der Kommission machen wird. (Zuruf Richter's: Militärvorlage.) Wer solche Behauptungen aufstellt, muß sie auch beweisen; gefährlich sind sie schließlich nicht, denn mit diesen Behauptungen kann niemand etwas anfangen. Es wäre mir sehr interessant, wenn Herr Richter brauchbare Vorschläge über die Vertheilung der Gemeindefürsorge zwischen Real- und Personalsteuern machen wollte, um so mehr, als ich die Schwierigkeiten der Sache würdige. Mit einer einfachen gesetzlichen Regel läßt sich die Sache nicht ordnen; dazu sind die Gemeindefürsorgeverhältnisse zu verschieden. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als neben den gesetzlichen Regeln zu individualisieren und über die richtige Handhabung muß dann die Aufsichtnahme wachen. Die Regierung wird sich bei dieser Frage nicht auf ihre Vorschläge verlassen. Herr Richter meint, wir geben die Realsteuer preis, aber entlasten nicht die Einkommensteuerzahler, sondern steigern ihre Belastung durch die Vermögenssteuer. Wo bleiben denn die Hundert Millionen? Sie können doch nicht kurzlos verschwinden? Die Steuern können nicht wieder in dieselbe Quelle zurückfließen, aus welcher sie gekommen sind. Wo die Steuerzahler wohnen, ist dem Staate gleichgültig. Das aus den Städten mehr Steuern fließen, weil dort steuerfähige Menschen in größerer Zahl sitzen, ist richtig. Aber dadurch wird die Steuerkraft der betreffenden Gemeinde nicht geschwächt. Es ist möglich, daß die Entlastung der Einkommensteuer in Städten nicht so groß sein wird, als die Mehrbelastung einzelner Familien durch die Vermögenssteuer. Wir sind aber der Meinung, daß die Realsteuern bisher eine zu große Belastung darstellten, welche erleichtert werden muß. Die Verminderung der Realsteuer ist kein Geschenk, sondern nur eine Wiedervergeltung für ein früher zugesagtes Anrecht. Herr Richter meint, man hätte die untern Stufe der Einkommensteuer entlasten sollen. Ja, denn gesagt, daß diese Steuerzahler ihre Einnahmen nur vom Arbeitseinkommen haben? Positive Vorschläge hat Herr Richter nicht gemacht: er will die Personalsteuern-Zuschläge nicht, er hält von den Gebühren nicht, indirekte Steuern will er auch nicht. Wie sollen denn die Gemeinden ihre Ausgaben decken? Das ist die Kritik der Einkommensteuer, die davon ausgeht, daß der Finanzminister oder Oberbürgermeister zu seinem Vergnügen Steuern verschleudert. Die Steuern sind zur Deckung für notwendige Ausgaben. In der „Freisinnigen Zeitung“ habe ich immer vortreffliche, geschickte Artikel gefunden, aber keine positiven Vorschläge. Ich habe gehört, Herr Richter wartet damit bis zu seiner großen Rede (Heiterkeit). So lang und schön die Rede war, so war sie doch nicht lang genug, denn das Beste fehlte. (Heiterkeit.) Herr Richter will erst das Verhältnis der Bundesräthe zu den Gemeindefürsorge ordnen. Das Verhältnis ist doch erst mit Zustimmung des Herrn Richter und seiner Freunde geordnet worden. Auf eine Neuordnung wird das Haus und die Mehrheit des Landes nicht warten wollen. Solche Verordnungsanträge können wir nicht akzeptieren. Es würde nach Herrn Richter's Wunsch das eine erreicht werden, daß die Reform Reform bleibt und die Einkommensteuer um 40 Millionen erleichtert wird. Damit würden wir auf jede Reform verzichten, es könnten die Realsteuern nicht überwiesen werden; sie würde in ihrer vollen Ungerechtigkeit bestehen bleiben. Ich fürchte daher nicht, daß Herrn Richter's Programm die Zustimmung des Landes finden wird.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Bogom, Richter und Graf Behr wird die weitere Verhandlung um 4 Uhr auf Montag 11 Uhr vertagt.

Herren- u. Anaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Winter-Paletots, Bestellungen nach Waas.
empfehlen wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 18, Ecke der Stettinerstrasse.
Ich habe keine Filialen und sehe mit ähnl. lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Uhren und Goldwaaren
Max Busse
157. Invalidenstr. 157, zwischen Markthalle und Ackerstr.
Gegründet 1877.
Für silberne und goldene Uhren, Regulateure u. Wecker direkter Bezug. Schweizer Fabrikpreise. Gold-, Silber-, Granat- und Korallenwaaren in massenhafter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Die neuesten, geschmackvollsten Muster stets zu Lager. Wasser Silberne und Eisen-Geräthe zu höchsten Preisen.
Spezialität: Goldene Ringe.
In den Werkstätten werden die besten Arbeitkräfte verlost beschäftigt, daher gewissenhafteste Ausführung von Reparaturen an Uhren und Goldsachen bei billiger Berechnung.

Gefärbt wird
für 2,50 bis 3,00 Mark
in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Arbeitstoffe à Pfd. 1.- Mark, Vertedden à Stück 1.25 Mark. Damenkleider, chemisch gereinigt, 2.50 bis 3.- Mark. Herren-Kostüme, gereinigt und gebügelt, 3.00 Mark. Abholung und Zustellung kostenfrei.
Gegründet 1875.
A. Pergandé,
Haupt-Geschäft: Waldemarstr. 52.
Filialen: Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 8a; Potsdam: Nauenerstr. 19.

Rathenower
Brillen u. Pincenez
in Alumin-Gold von 2.50 M.
" Nickel " 2.00 "
" Stahl " 1.00 "
Gebrauchstheater- u. Reiss-Glas
"Excelsior" 12 Mark!
R. Behrendts, Inhaber A. Tschann,
Optiker aus Rathenow,
Berlin N., Voßringstr. 24/25.
Lieferant sämtl. Krankenkassen.
Freundliche und rasche Bedienung.

Deutsche Kaffeemischung
à Pfund 40 Pfg.
Unentbehrlich für jeden Haushalt.
Diese Mischung giebt von 1 Liter 2 Liter vorzügliches Kaffegetränk. Nur allein erht in der Fabrik von
A. Pennitz, Rosenthalerstr. 59.

Emil Tiersch, Uhrmacher,
Brunnenstr. 21-22 (gegen Westendbrunnen)
Grosses Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren und Ketten zu soliden Preisen. Reparaturen unter Garantie! 81611.

Vereins-Abzeichen.
Stempel
H. GUTTMANN
Stempel-, Schablonen-, Schilder-Fabrik
Berlin N., Brunnenstr. 9.
Gravirung von Inschriften etc.

Gchter Langenjalza'er Kautabak
von Gebrüder Adler.
31098
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlin und Umgegend.
Eigene Engros-Lager in den Preislagern von N. 25.- bis N. 100.-
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Vereinsabzeichen, Fahnen und Banner,
Gabeln, Campbänder und Campblumen, Schilder, Stempel, Schablonen und Gravirungen etc. empfiehlt den Herren
Gustav Kleist, Waldemar-Strasse 48.

Richard Raehmer, Juwelier und Goldarbeiter,
Helmstedterstr. 44, Ecke Königsbergerstr.
Verkauf von Gold-, Silber- u. Eisenwaaren u. Uhren.
Werkstatt für Reparaturen, Vergoldungen, Verbilligungen u. Reparaturen schnell u. billig. Granirungen von 1.50 M. an. 81651.

Rob-Tabak.
Sämtl. in u. ausländische Sorten in billiger Preislage. Formen, alt und neue, auch Reissagen, billig abzugeben.
Heinr. Franck, Robtabak-Handlung
Brunnenstr. 141/42.
Freunden u. Genossen theile mit, daß ich in der Schönefelderstr. 15a ein Zigarren- u. Tabak-Geschäft eröffnet habe.
A. Wagner.

Uhren und Goldwaaren
Wilh. Wegner, vormals Reparaturen streng
A. Th. Zsch. reell unter Garantie
Jüdenstr. 108. 991

Sargmagazin u. Beerdigungs-Komtoir
J. Schuhmacher, Zwinowanderstr. 149.
Zahn-Arzt Robert Wolf
Brunnenstr. 41 (Rosenthaler Thor),
Künstl. Zähne von 2 M. an, Plomben von 1.50 M. an, schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr.
J. Semmel, pratt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Moritzplatz).
Sprecht 8-1, 3-5. Poliklinik f. Rabemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M

Achtung! 40
Yorkstrasse 40
Biltschuhe für Damen von 1.25 an. Mädchen u. Kinder 75 an.
Pantoffeln von 45 Pfd. an.
Damen-Stiefel 4.50 M.
Herren-Stiefel 5.- M.
Kinder-Stiefel 75 Pfd.
40. Weissbarth, Yorkstr. 40.

Zahnärztliche Poliklinik
des **Dr. Erich Richter,**
Chausseestr. 1a. Sprechstunden 8-1, 2-5, Zahnoperation unentgeltlich - Zahnersatz - Institutpreise.

Bestes Nähgarn!

40 Achtung! 40
Yorkstrasse 40
Biltschuhe für Damen von 1.25 an. Mädchen u. Kinder 75 an.
Pantoffeln von 45 Pfd. an.
Damen-Stiefel 4.50 M.
Herren-Stiefel 5.- M.
Kinder-Stiefel 75 Pfd.
40. Weissbarth, Yorkstr. 40.

Große öffentl. Versammlung
der
Töpfer Berlins u. Umgegend
am Mittwoch, den 23. d. M., Abends 7 Uhr,
in Fey's Gesellschaftshaus, Brunnenstrasse No. 140.
Tages-Ordnung:
1. Was heißt uns der diesjährige Feiertag? 2. Wie wird die
Wunderunterstützung vom 1. Dezember für Berlin geregelt? 3. Wahl eines
Gesandten der Töpfer zum Gewerbeobergericht.
Die Versammlung wird Punkt 7 Uhr eröffnet. Um zahlreichen Besuch
der Kollegen ersucht
(1891) **C. Thieme.**

Verband der Geschäftsdienere, Rader und Berufsgenossen.
Bureau und Arbeitsnachweis: O. Meisselstr. 10, I. Fernspr.: Amt 1, 810.
Große Versammlung mit Damen
am Sonntag, den 20. November, Abends 8 Uhr, in Paster's
Gesellschaftshaus, Neue Königstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Frauenbewegung“. Referent: Fräulein Ottilie
Baader. 2. Entschieden der Vorträge.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bitten
170/4 **Der Vorstand.**

Verein deutsch. Schuhmacher
(Filiale Berlin).
Sonntag, den 20. November, Abds. 6 Uhr, bei Kellner, Bergstr. 68:
Gemüthliches Beisammensein mit Damen.
Montag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gröndel,
Dresdenerstr. Nr. 118:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Jost. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des
Kassierers vom letzten Quartal. 4. Verschiedenes und Prozeduren.
Kollegien und Kollegen haben als Gäste Zutritt. 275/3

Arbeiter-Bildungsschule
Grosse Versammlung
am Montag, den 28. November 1892, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
Kosenthalerstr. 38.
Vortrag des Schriftstellers Herrn Karl Weigt über: „Amerika, seine
Entdeckung und die ersten Anfänge seiner Kulturentwicklung.“
Mitglieder haben unentgeltlichen Zutritt. Gäste zahl. u. 10 Pf.
103/10 **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Große Versammlung
am Dienstag, den 23. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-
Hallen“ (gr. Gartenstr.), Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die liberale Berliner Stadtverwaltung. Referent: Alfons Borchardt.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Um zahlreichen Erscheinen bitten
188/5 **Der Vorstand.**

Achtung! Bildhauer!
Am Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des
Herrn Reiner, Annenstr. 10:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Der Kampf gegen das Verbrechen.“ Referent: Genosse
Julius Fark. 2. Aufnahme eines Beisitzer-Kandidaten zum Gewerbe-
Schlichtergericht. 3. Bericht des Delegierten von der Streik-Kontrollkommission.
4. Verschiedenes.
Die Kommission der Bildhauer.
110/6 **Der Vorstand.**

Blumen- u. Putzfedern-Arbeiter u. -Arbeiterinnen.
Sonntag, den 20. November, Abends 5 1/2 Uhr:
im Lokal „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. Nr. 45,
II. Cyklus-Vortrag
des Genossen Dr. Vian über: „Die Religionen des Alterthums“ u. Diskussion.
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen
und pünktlichen Erscheinen ersucht
87/2 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gängerbund
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 27. November, Vormittags 10 Uhr,
bei Lips (Brauerei Friedrichshain):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Wahl des ge-
samten Vorstandes. 4. Antrag auf Aenderung des Statuts. — Die Ver-
einung sind verpflichtet, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Bundesmitglieds-
karte legitimiert. 106/5 **Der Vorstand.**

Fachverein der Tischler.
Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr,
in Goth's Lokal (fr. Feuerlein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Anschluss an den Verband. 2. Anfrage. 3. Eventuelle
Statutenänderung. 4. Verwaltungangelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
33/12 **Der Vorstand.**

Schöneberg!
Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg u. Umgegend.
Montag, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Vereins-Versammlung
in der Schloss-Brauerei.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Kalman über Deutsch-Ost-
Preußen und dessen Klima. 2. Diskussion. 3. Weiterberatung des Statuts.
4. Vereinsangelegenheiten.
106/2 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Mauerer zu Berlin.
Hierdurch wird auf Grund des § 61
des diesseitigen Krankenstatuts bekannt
gemacht, daß die Kasse z. B. 21905 Mit-
glieder hat und nach § 46 des Statuts
daher 785
1. aus der Zahl der Kassemitglieder
(Arbeitnehmer) 212 Vertreter,
2. aus der Zahl der Arbeitgeber 100
Vertreter und die zu 1 und 2 er-
forderlichen Stellvertreter für die
Jahre 1893 u. 1894 neu zu wählen sind.
Wahlberechtigt und wählbar sind die
bezüglichen beiden Gruppen sind nur
solche Personen, welche großjährig und
im Besitze der bürgerl. Ehrenrechte sind.
Die Wahl der 212 Vertreter
und der Stellvertreter d. Kasson-
mitglieder findet
am Sonntag, den 27. November,
Vorm. 10 Uhr, Andradstraße 21,
bei Jost (Andreas-Säle), statt,
wobei sämtliche wahlberechtigte Kasson-
mitglieder hierdurch eingeladen werden.
Zutritt zum Wahllokal haben nur
wahlberechtigte Mitglieder der dies-
seitigen Kasse, diese haben sich durch das
bis zum letzten Zahlungstermine ab-
gehempelte Quittungsbüch, sowohl beim
Eintritt in das Wahllokal, wie zur Aus-
übung des Wahlrechts am Wahltag
zu legitimieren. Zu diesem Zweck werden
die bez. Arbeitgeber hierdurch er-
sucht, den bei ihnen beschäftigten Kasson-
mitgliedern die bez. Quittungsbü-
cher ordnungsgemäß quittiert am
Sonntag, den 26. November er.,
anzuhändigen.
Die Kasse ist an dem Wahltage ge-
schlossen.
Die Wahl der 100 Vertreter der
Arbeitgeber findet am Montag,
den 28. November d. J., Abends
8 Uhr, bei Holtz (früher Feuer-
stein), Alte Jakobstr. 75, im Garten-
saal statt, wozu die Arbeitgeber
hierdurch eingeladen werden.
Berlin, den 10. November 1892
Ang. Vian, Vors. E. Simanowski,
Dennmerstr. 66. Schriftf. Richterstr. 101.

Orts-Krankenkasse der Schneider zu Berlin.
Die Herren Vertreter der Orts-
Krankenkasse der Schneider zu Berlin
werden hierdurch zu der
ordentl. Generalversamml.
am Montag, den 28. November 1892
im Lokale des Herrn Oberl. Neues
Clubhaus, Kommandantenstr. 71/72
(im unteren großen Saal), ergebenst
eingeladen. 117/5
In getrennter Versammlung:
Abends 8 Uhr:
für die Herren Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 2 Mitgliedern zur Vor-
prüfung der Jahresrechnung von 1892.
2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern
und deren Stellvertreter.
Abends 8 1/2 Uhr:
für die Herren Kassonmitglieder.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 4 Mitgliedern zur Vor-
prüfung der Jahresrechnung von 1892.
2. Wahl von 6 Mitgliedern in den
Vorstand und deren Stellvertreter.
Abends 9 Uhr:
gemeinschaftl. Generalversamml.
Tages-Ordnung:
Innere Verwaltungangelegenheiten.
Der Vorstand.
G. Adler. R. Schütz.
Vorsitzender. Schriftf. Richterstr.

Graveure u. Ciseleure.
Montag, den 21. November:
Versammlung
Dresdenerstr. 45 (Dresdener Garten).
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches.
2. Kunstgewerblicher Vortrag des
Kollegen Bernhard über Metalltechnik
mit besonderer Rücksicht der Kleinlunst.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.
167/5 **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Zinkgiesser u. Stürzer Berlins und Umgegend
Ordnentliche General-Versammlung
am Dienstag, d. 22. November, Abends
8 Uhr b. Schröder, Reichenbergerstr. 24.
Tages-Ordnung: 1. Vierteljähriger
Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes
resp. des Arbeitsvermittlers. 3. Er-
wahl des Vorstandes. 4. Gewerkschaft-
liche. 5. Verschiedenes.
112/5 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbefasse der Tabakarbeiter (Berlin I).
Mitglieder-Versammlung
am Montag, d. 21. November, Abends
9 Uhr, bei Herschleb, Adalbertstr. 4.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom
3. Quartal 1892. 2. Verschiedenes. Um
zahlreichen Erscheinen ersucht (1892/1)
Der Vorstand. J. R. B. Prögel.
Verolazzim. J. verg. Fruchtstr. 81, Bach.

Verein zur Wahrung der Interessen d. Stockarbeiter.
Dienstag, den 22. November,
Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Jost, Andradstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Sparfeld
über „Produktionsassoziationen“.
2. Diskussion. 288/4
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Mothenburger Vereins-Sterbefasse.
Am Dienstag, den 22. Nov., Abends
9 Uhr, findet in den „Konkordia-
sälen“, Andradstraße Nr. 84, eine
Versammlung
für die Mitglieder des Distrikts Rattf.
1892 O. Stogmann, Bez.-Vorsitzender.

Central-Kasse der Tabakarbeiter, Berlin II.
Dienstag, den 22. Novbr., Abds. 8 1/2 Uhr,
bei Pilschke, Pilschkestr. 14:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Rechnungslegung. Die Umgestaltung
der Kassenverhältnisse durch das neue
Krankensicherungs-Gesetz. Der
Krankentassen-Verband der Freien
Hilfskassen. Verschiedenes.
322/2 **Die Ortsverwaltung.**

Verband deutscher Nordmänner. (Filiale Berlin.)
Montag, den 21. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr,
bei Noll, Adalbertstr. 21.
Versammlung.
Um zahlreichen und pünktlichen Be-
such bitten
194/2 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gesangverein.
Stimmbegabte Genossen, welche ge-
willt sind, einem Gesangverein (M. d.
H.-E.) beizutreten, werden ersucht, sich
Montag, Abends 9 Uhr, im Lokal von
Niedel, Kreuzauer Allee 26, zu melden.

Spitzel auf Reisen.
Ein neues Gesellschaftsspiel.
Preis 75 Pf.
Verlag: Hans Saake,
Berlin 8, Gilt-Passage.
Reisepique, auch außerhalb,
geschl. Abat. 1.
Muster geg. Einsend. v. 55 Pf.

Geschäfts-Eröffnung.
Freunden und Genossen mache ich
die ergebene Anzeige, daß ich das
Cigaretten-Geschäft (früher Wilsdorf),
Junterstr. 1, am 15. d. M. übernommen
habe.
Mein Bestreben soll sein, stets gute
und reiche Waare zu führen.
Alle bestehenden Einrichtungen, sowie
Zahlstelle für den Wahlverein u. f. w.
In Erwartung, mich in meinem
Unternehmen unterstützen zu wollen
Joh. Windthorst,
785 Junkerstraße 1.

Teppiche!!! Gardinen!!! Steppdecken!
am billigsten in der Fabrik von
J. Brünn, Hackescher
Markt 4.
bei Stadtbahnhof Börse.

**Neu! Patent-Litho (neu ver-
bessert). Zehnfach u. jedem
in 1 Stunde nach d. vorz. gl.
Schule ohne Lehrer erlernbar
(unübert.). Gr. 55 x 55 cm, 22 Seiten.
Hochsein und halbdar gearbeitet,
Ton wundervoll (Wacht-Austr.).
Preis nur 100 Pf. — mit Schule 200
geg. Nachh. **O. C. F. Miether,**
Instrum.-Fabrik, Hannover. [1892]**

Gardinen-Neste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in
der Fabrik **Grüner Weg 80,** vom Plaz.

**Elegante Herren-
Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider nur nach
Maß, billigst, auch gegen
Theilzahlung. [1892].
Oranienstr. 126, I.**

**100,000 Mark
Honigkuchen**
sind nach in größeren und kleineren
Porten abzugeben. 142/5
Deutsche Honigkuchen-Fabrik
Zentralstr. 138 und 159.
Für Händler höchsten Rabatt.

Anwalt für die Invaliden- u. Alters-
versicherung, Jadenstr. 81, I.

Unserem Genossen Carl Grund
zu seinem 29. Wiegensfest ein donnerndes
Hoch! Die Stammgäste des Kurz'schen
Restaurants, Neue Friedrichstr. 73.
Carl, finden wir Grund? 154/5

Unserem Freund und Genossen
Gustav Kling zum Geburtstage ein
dreimaliges Hoch! 151/5
E. K. L. K. T. K.

Freunden und Genossen, sowie
Kollegen zur Nachricht, daß am
Donnerstag, den 17. d. M., Abends,
meine Frau von einem gef. Anfall
„Sozialdemokrat“ erkrankt wurde.
Franz Hany, 339/92
Gutmacher, Gr. Frankfurterstr. 145.

Todes-Anzeige.
Das Mitglied der Freien Krankenkasse
und Begräbniskasse der Schuhmacher
und Berufsgenossen Berlin (G. S. 27)
F. Prietz
ist am 17. d. M. verstorben und wird
am Sonntag, den 20. d. M., Mittags
1 Uhr, von der Leichenhalle des
Georgenkirchhofs (in Weissenhof) aus
beerdigt. 140/6 **Der Vorstand.**

1 gr. 2fenstr. Zimmer vorn 4 Zr.
sofort od. s. l. Des. Kottbuser Damm 5,
J. verm. b. Gen. Bauer. (94/5)

Möbl. Zimmer (9 M.) b. Quaner,
Gr. Frankfurterstr. 84, 4 Zr. 168/5

Möbl. Schlafst. verm. Statigerstr. 8, 2 Zr.
Prof. Schliff. Gr. Frankf. Str. 94, 1. 5. 4 Zr.

Schlafst. zu verm. Langestr. 15,
Quergeb. 2 Zr. 1. 144/5

Suche zum 1. Dezember ein möblirt.
Zimmer oder Schlafst. (SW. od. U.)
abr. unt. **Th. H. Postant** 12. 187/5

Möbl. Schlafst. bei Bade, Landberger-
straße 65, Hof 3 Zr., am Alexanderpl.
Prof. Schliff. J. 2 Herren bei Sch-
mann, Reichenbergerstr. 184, v. 4 Zr.
2 Genossen finden febl. Schlafst. bei
Selle, Manteuffelstr. 60, 2 Zr. rechtl.
2 Genossen finden febl. Schlafst. bei
Bell, Reichenbergerstr. 128, vorn 1 Zr.
Manteuffelstr. 44, 4 Zr. 1. freumöbl.
Schliff. J. Herrn, sofort oder später,
sep. Eingang. 191
Schliff. J. Herr. Oranienstr. 52, Hof
links 2 Zr., bei Ww. Meyer. 184/5
Prof. Schliff. sep. Eing., bei
Schmidt, Michaelkirchplatz 4, 5. 2 Zr.
Prof. Schliff. J. 2 Herren od. Damen,
6 M., bei Breisacher, Manteuffel-
straße 80, vorn 4 Zr. 189/5
Möbl. Schlafst., sep. Eing., Reichen-
bergerstr. 167, 2 Zr. r., b. Frau Becker.
Eine Schlafst. z. verm. bei D. Jcius,
Langestr. 70. 105/5
E. febl. Schlafst. z. verm. bei Miele,
Adalbertstr. 9, 4 Zr. 170/5
Prof. Schliff. J. Herrn bei Frau Ww.
Kraus, Adalbertstr. 98, 5. r. 1 Zr.
E. Schlafst. J. Herrn zu verm. bei
Schow, Brunnenstr. 11, Seitenflügel
1 Zr., Rosenthaler Thor. 182/5
Möbl. Zimm. od. Schlafst. J. 2 Herren
b. Vian, Grünauerstr. 29, 3 Zr. 181/5
Möbl. Schlafst. J. 2 Herren b. Müller,
Kottbuserstr. 2, 3 Zr., v. 179/5
Prof. Schliff. Oranienstr. 13, v. 2 Zr., I.
Möbl. Schlafst. J. Herrn Baumga-
straße 18, v. 1. 165/5
Prof. Schliff. Zimm. b. Ww. Gebhardt,
Schlichterstr. 125, 1 Zr. 9 M. (Piano).
Prof. Schliff. b. Med. Frieden-
straße 80, 5. 1 Zr. 170/5
Ein Gen. findet möbl. Schlafst. bei
Grüne, Finkenstr. 22, v. 1 Zr. (Möbl.).
Prof. Schliff. sep., Preis 10 M., bei
Plettner, Ritter 116, v. 2 Zr. I.
Prof. Vorderh., sep. Eing., J. e. Herrn,
7 M., b. Maabe, Stralauer Platz 17,
v. 4 Zr. 173/5
Möbl. Schlafst., sep., Adalbertstr. 73,
v. 4 Zr., r. 172/5
Möbl. Schlafst. b. Besch, Adalbert-
straße 84, 4 Zr. 171/5
Möbl. Zimm., 1-2 Herren, Stoll-
schreiberstr. 3, 2 Zr., I. 492/2
Möbl. Schlafst., sep., Oranienstr. 2a,
Seitenflügel, 8 Zr. 185/5
2 j. Wsch. m. eign. Bett find. anst.
Wohn. Buttmanstr. 18, v. 3 Zr., I.
Bessere Schlafst. vermietet
Wwe. K. 5 n. g. Kottbuser Ufer 53, II,
an der Admiral-Brücke. 146/5
Möbl. Schlafst. für Herrn, Man-
teuffelstr. 99, v. 8 Zr. bei Schmidt,
Eingang beim Postamtgebäude.

Nach beendeter bedeutender Vergrößerung des Geschäfts
offerten wir für Herbst und Winter:

Damen-Kleiderstoffe

zu sehr billigen Preisen.

Eine praktische Woll-Pama-Robe 3,50 und 4 Mark! Eine Tuch-Robe 5,50 und 6 Mark! Eine englische Cheviot-Robe mit bunten Knoppen 6 Mark! Eine englische Cheviot-Robe mit schönen Phantasiestreifen 6 Mark! Eine englische Diagonal-Robe mit bunten Effekten 7,50 Mark! Eine englische Cheviot-Regen-Robe 8,50 Mark. Eine große Auswahl sehr feiner Kleiderstoffe-Roben.

Fertige Kleider. Elegante, farbige Kleider 20, 25 Mark. Schwarze Kleider 25, 30, 35 Mark. Schwarze, seidene Kleider 50, 60 Mark. Einzelne Kleider-Röcke 12, 15, 18 und 20 Mark.

Morgenröcke in großer Auswahl 5, 6, 8 und 10 Mark.

In unserer neu und großartig errichteten

Damen-Mäntel-Fabrik

verkaufen wir zu enorm billigen Preisen:

Stoff-Jaquets mit carrirtem Wollfutter 7,50, 9, 10, 15 Mark, Plüsch-Jaquets in Wolle und Seide 15, 20, 25, 30 Mark, Regenmäntel in allen neuen Façons, Capes-Pelerinen abzunehmen und besonders zu tragen 12, 15, 20, 25 Mark, Capes und Röcke in allen denkbaren neuen Façons, aus Stoff, wattiert in allen Farben 10, 15, 20, 25 Mark.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Winter-Paletots.

Das Piesen-Etablissement des Kleider-Pascha verkauft von heute ab, um der Konkurrenz die Spitze zu bieten, zu unerhörten Spottpreisen. Die nobelsten Winter-Paletots werden jetzt halb umsonst ausverkauft.

8000 Winter-Paletots zu halben Preisen (sonst 25 M.), jetzt 8 und 10 M.
8000 Winter-Paletots in herrlicher Pracht und Güte (sonst 35 M.), jetzt 12 und 15 M.
20 000 Jaquet- u. Hoch-Anzüge, Herbstmode (darunter die nobelsten Kammgarn-, Gesellschafts- und Braut-Anzüge), zu halben Preisen, nur 8, 10, 12, 15 bis 35 M.
5000 Arbeitsjassen von 1 1/2 M. an.
6000 Hosen und Westen von 3 M. an.
Eingewe Zoppen und Röcke, sowie 6000 Knaben-Pelerinen-Paletots und Knaben-Anzüge. Alles für die Hälfte des Wertes. Arbeiter-Garderobe spottbillig. [3306L]

Kleider-Pascha. Inhaber: Otto Polke.
Nur allein 32 Rosenthalerstr. 32, Ecke Sophienstrasse.
Warnung! Jede ähnliche Firma ohne den Namen Otto Polke bezweckt eine Täuschung des Publikums.
Sonntags früh von 7-10 und von 12-2 Uhr Mittags geöffnet.
Man achte ja genau auf Nr. 32.

J. R. Bauer, Neue Königstr. 56, I.
Complete Wohnungs-Einrichtungen,
2 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer und Küche M. 1800,
1 do. 1 do. 600,
wie dieselben in der Möbel-Ausstellung zu sehen waren, und zu jeder Zeit bei mir am Lager sind; auf Wunsch auch noch billiger!

August Schulze
35 Kommandanten-Strasse 35
I. Etage (1934 L.)
Trauringe: 2 Dukaten 21 M.
empfehlen sein Lager in massiven Ringen, Ketten, Korallen, Granaten etc.
Bitte auf Haus-Nr. zu achten.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Für Straß- bewährter sozialistischer Führer (Kasseler, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schiffsquadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, Büsten. En gros. En détail.
2274 L. B. G. - zel, jetzt Lothringersstr. 53, am Rosenthaler Thor.

Magazin für
Sitten-Garde
145/16 Moritzplatz 145/16
Alle Mann zu Fuss
bekannt um mit dem großen Lager zu wählen, von heute ab Winterpaletots u. 10 M. an, gute Wasserhosen u. 4,50 M. an, Hr. Lager im Stoff in 12 Stück nach Maß, 612. Westf.

Soeben erschien
11. Auflage.
Herwegh,
Gedichte eines Lebendigen. 2
M. 3.60, geb. M. 4.60.
G. J. Götting, Stuttgart.

Nur Hüte mit
der richtigen
Arbeiter-
Kontrollmarke
führt das Hutgeschäft von
G. Luanke,
Andreas-Str. 24.

Die Restbestände d. zurückgesetzten
Teppiche
mit keinen Webefe hern
verkaufe jetzt auch an Private!!
à 5, 8, 12, 15, 25 40-100 M.
Kardinon, Tischdeck, Portiären etc.
Fabrik **Emil Lefèvre**
Berlin S., Oranienstr. 158.
Waaren-Katalog! Reich illustriert,
200 Seiten stark, franko.

Landwolle,
reine Schaawolle, garantiert nicht ein-
lauend, sehr empfehlenswert gegen
Schwimmfäden. Schod 25 Pf. [3034L]
Alleinverkauf Wrangelstr. 119 und
Falkenfeinstr. 8.
Richard Stock.
Strümpfe jeder Art werden angestrichelt.

Gardinen-Fabrik.
Großes Lager gestickter und engl.
Tüllgardinen, Stores, weiß und
crème. Große Auswahl in Sopha-
Tisch- und Bettdecken, auch im
Engl. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knappe 3206B
aus Lutzsch in Sachsen.
Brunnenstrasse 26, 1 Trepp.

Nähmaschinen verk. bei feiner Ver-
zählung, u. Anzahl. Jed. Kauf. m. u.
Nähen von Knaben-Garderobe macht
gettlich geliebt Moritzplatz 53, 3 Tr. n.

H. Richter, Optiker,
Berlin, O. Spittelmarkt, (Wallstr. 1)
und Weidenbergsweg 15b, nahe am
Rosenthaler Thor.
Anerkannt beste und billigste Be-
zugsquelle aller optischen Artikel.



Rathenower
Alumingold-Brillen und
Pincenez,
antant. nie schwarz werd. M. 2,50
Nickelbrillen u. Pincenez " 1,50
no. allererste Qualität " 2,-
Rathenower Stahlbrillen " 1,-
Alles mit den besten Rathenower
Kristallgläsern I. Qual. versehen.
Operngläser, rein achromat. M. 6.
Neu! Richter's Opern- u. Reiseglas
„Excelsior“
inkl. Lederetui u. Riemen M. 12,
übertrifft alles bisher Gebotene.
Prompter Versandt nach außer-
halb gegen vorherige Einsendung
oder Nachnahme.
Genauste Fachkenntnis.
Eigene Werkstatt. 1899L.
Bitte genau auf Straße und
Nummer zu achten, um sich vor
werthlosen Nachahmungen und
Täuschung zu schützen.

Meinen werthen Kunden zur Nach-
richt, daß ich meine Filiale Stallger-
straße 99 aufgegeben, so daß sich mein
Gutgeschäft nur noch Manteuffel-
straße 35, Ecke der Naumannstraße, be-
findet.
August Fuchs,
1851b
Manteuffelstr. 35.

Dr. Hoersch, homöopath. Arzt,
Linienstr. 149, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.



Die in der ganzen Welt rühm-
lichst bekannte 3085L
„Helm-Putz-Pomade“
ist nur unser Erzeugnis. Dosen mit
anderen Helmen und nicht mit
unserer Firma, weisse man als
werthlose Nachahmungen zurück.

Poste Preise.
**Der feine
Reisner**
Friedrichstraße 244
(Entfernung 6 Häu'er vom
Belle-Allianceplatz).
Weltbekannt als größtes
und reellstes Fabrikhaus für
Herren- u. Knaben-Bekleidung.
Eleg. Paletots v. 7-24 M.
„engl. Anzüge v. 8-30 „
„Kammg. Anzüge v. 10-30 „
„Hosen v. 2-12 „
„Häute- u. Pelerin- v. 7-25 „
„Knaben-Anz. u. Pat. v. 3 M. an.
Feste Preise, daher vor Weber-
vortheilhaft. 3100L

Helles Licht
geben Domecke's Gas-
schlitzergas. Lampen
1898L) für
Schlitzergas,
Schmelzen,
Schlitzergas,
Poker,
Gas- und Wasserrohr-
loger, Bäckereien o. c.
Staubbrenner
für Arbeiten i. Freien.
Gasäther billigst.
E. Domecke,
N., Lothringersstr.
Nr. 44.

E. Strauss, Schneidmstr.,
Blumenstr. 46, part., 3201L
empfehlen sich zur Anfert. eleg. Herren-
Garderoben. Für guten Sitz u. saubere
Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen
in großer, geschmackvoller Auswahl.
Kontante Zahlungsbedingungen.

Nur 1 Mark.
Röcke, Eingaben, Reklamationen.
Rath im Zivil- und Strafprozeß. Ein-
ziehung von Forderungen. **Pollak,**
jezt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags

Erdmann Gross,
Grosse Frankfurterstr. 146, Ecke Memelerstraße,
empfiehlt sein gut sortirtes Lager von 3234L
Gütern (mit Kontrollmarke), Mägen, Schirmen u. Pelzwaren
in streng solider Ausführung zu billigen Preisen.

**Wer
ist der wahre Freund der Hausfrauen?**
Die große Beliebtheit, welcher sich seiner vorzüglichen Eigenschaften
wegen seit einer langen Reihe von Jahren das rühmlichst bekannte
„Dr. Thompson's Seifenpulver“
erfreut, hat viele geringwertige Nachahmungen hervorgerufen, so daß
bereits jetzt schon eine große Anzahl existirt.
So wird augenblicklich als „Freund der Hausfrau“ **Karol Weil's
Seifen-Extract** angeboten, und es werden dem Publikum bei dessen
Anwendung die verlockendsten Vortheile in Aussicht gestellt!
In den Annoncen wird dieser „Seifen-Extract“ den Hausfrauen
als „etwas Neues“ hingestellt, während dieses Produkt in Wirklich-
keit auch nur eine minderwertige Nachahmung des seit 15 Jahren in
Tausenden von Haushaltungen unentbehrlich gewordenen und von den
berühmtesten Chemikern warm empfohlenen
„Dr. Thompson's Seifenpulver“ ist.
Die geachteten Hausfrauen wollen sich deshalb durch überschwing-
liche Anpreisungen dieses „Seifen-Extracts“ nicht irre machen lassen,
sondern hüten sich überzeugt sein, daß es zur Erzielung blendend
weißer Wäsche kein besseres, billigeres und unschädlicheres
Washmittel giebt, als
„Dr. Thompson's Seifenpulver“.
Da dasselbe aus den besten, reinsten und geruchlosesten Fetten her-
gestellt wird, so erhält die Wäsche dadurch einen angenehmen, frischen
Geruch, ohne daß man nöthig hätte, Dr. Thompson's Seifenpulver
künstlich wohlriechend zu machen.
Dr. Thompson's Seifenpulver ist in Packeten von 1/2 und 1/4 Pfd.
Inhalt in allen besseren Seifen-, Drogen- und Colonial-
waaren-Handlungen zu haben, und fordert man direkt das
„Dr. Thompson's Seifenpulver“ mit der Schutzmarke
„Schwan“.

Gelbes
Kohlsäure 1891,
Leipzig 1892, Solingen 1893.

Man
lasse durch das
ähnliche Aussehen
anderer Fabrikate sich nicht
beeinflussen; durch unser pa-
tentirtes Fabrikationsverfahren
erhält das Innere des Kaffee-
kornes den Kaffee-
geschmack.

**Kathreiner's
Kneipp
Malz-
Kaffee**

Bester Kaffee-Zusatz, ausgezeichnete
Ersatz für Bohnen-Kaffee.
Nur echt mit dieser
Schutzmarke.

Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München,
Wien-Basel-Mailand-Dijon, Filialen in Berlin und Paris.

Central-Leihhaus-Ansverkauf 72 Jägerstraße 72 (zwischen Kanonier-
u. Mauerstr. part.)
Institut für Gelegenheitskäufe, einzig in seiner Art in Berlin.
20 000 moderne Winterpaletots u. Winter-Anzüge wenig getragen in besten Stoffen und neuesten Mustern von Mark 9, 12, 15,
Knaben- u. Jünglings-Anzüge, Kaiser-Mäntel, Schlaf Röcke, Joppen, Pelze (Gelegenheitslauf: 1 Posten deutscher- und W' fepelze
für die Hälfte des Wertes), Schwuloffs, Monats-Anzüge, in den feinsten Werkstätten nach Maß bestellte Sachen, die nur ca. 1 Monat getragen sind (auch für torpulente Personen
passend), goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ringe, Ketten, Alles fabelhaft billig!
Sonntags von 7-10 und von 12-2 Uhr geöffnet!
Die Verwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin Druck und Verlag von Max Dabing in Berlin SW., Weichstraße 2.